

12. Koalitionsvertrag zwischen den Christlich-sozialen und Großdeutschen

Mai 1922.

1. Aus den grundsätzlichen Bestimmungen (Auszug).

Die unterzeichneten Parteien schließen miteinander auf die Dauer laufender Legislaturperiode des Nationalrates eine Arbeitsgemeinschaft. Diese betrifft die Arbeit im Nationalrat und Bundesrat, soll jedoch dadurch ergänzt werden, daß die Parteien auch auf ihre Vertretung in den Ländern und Gemeinden dahin Einfluß nehmen, daß das Zusammenarbeiten der Parteien in diesen Vertretungskörpern in Übereinstimmung mit dem Zusammenarbeiten in Regierung und Nationalrat gebracht wird. Das ständige Einvernehmen beider Parteien über die allgemeine Richtung der Regierungspolitik und wichtige Schritte der Gesetzgebung oder der Außenpolitik wird durch die Vorstände der Abgeordnetenverbände herzustellen sein, denen auch die Aufgabe obliegt, bei auftauchenden Meinungsverschiedenheiten eine Einigung herbeizuführen.

Die bedrängte wirtschaftliche Lage des Staates und der Bevölkerung erfordert die Zusammenfassung aller Kräfte, um auf diesem Gebiete Abhilfe und Gesundung herbeizuführen. Die Parteien sind sich bewußt, daß ihre Zusammenarbeit zur Erreichung dieses Zieles die Ausscheidung der Fragen, in denen sie sich programmatisch gegenüberstehen, bedingt. Sie sind daher übereingekommen, für die Dauer dieser Arbeitsgemeinschaft alle Streitpunkte, die das Verhältnis zwischen Kirche und Staat betreffen, einstweilen zurückzustellen und an dem gegenwärtig bestehenden Zustand weder in der einen noch in der anderen Richtung eine Änderung vorzunehmen.

[201] ## 2. Äußere Politik.

1. Festhalten an der Anschlußpolitik, daher Vermeidung aller Schritte, die den seinerzeitigen Anschluß verhindern oder erschweren könnten. Herstellung und Aufrechterhaltung einer innigen Fühlungnahme mit der deutschen Reichsregierung über die gemeinsame Linie der Außenpolitik und Handelspolitik. Möglichste Heranziehung deutschen Kapitals. Rechtsangleichung.

2. Volle Freiheit der Großdeutschen Volkspartei in derAnschlußpropaganda.

3. Schutz der deutschen Minderheiten in den Nachbarstaaten: Berücksichtigung dieses Gesichtspunktes bei den Verträgen mit den Nachfolgestaaten, moralische und finanzielle Unterstützung der d eutschen Schulen im Auslande.

4. Abwehr der tschechischen Schulforderungen in Österreich.

5. Beschleunigte Liquidation des alten österreichischen Staates, Regelung der wirtschaftlichen Beziehungen zu den Nachfolgestaaten unter Vermeidung aller Bindungen, die die Errichtung eines Donaustaatenbundes oder die Einbeziehung Österreichs in eine deutschfeindliche Mächtegruppe beinhalten oder fördern.

3. Innenpolitik (Auszug).

Wirksamer Schutz der einheimischen deutschen Bevölkerung gegen die zunehmenden schädlichen Einflüsse des Judentums auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens.

Berücksichtigung des Grundsatzes der nationalen Erziehung bei der Schaffung der neuen Lehrpläne.

13. Aus der Programmrede des Bundeskanzlers Dr. Ignaz Seipel

31. Mai 1922.

Hohes Haus! Selten ist nach einer Regierung so lange und so laut gerufen wie nach jener, die heute hier gewählt wurde; und zwar rief nach ihr fast ausschließlich die Partei, die allein sie heute nicht mitwählte......

Ich glaube aber, nicht darauf kommt es an, wer bei einem Hoch auf die Republik lauter schreit, sondern wer in der Republik mehr arbeitet. Freilich um für einen Staat recht ar- [202] beiten zu können, muß man an seine Lebensfähigkeit glauben. In dieser Hinsicht sind aber die Ansichten unter uns sehr geteilt. Es gab vom Anfang unseres Staates an viele, die niemals an seine Lebensfähigkeit glaubten, noch mehr sind im Laufe der Zeit an ihr irre geworden. Ich rechne mit keinem von ihnen, wenn er nur seinen Pessimismus so weit in Schranken hält, daß er dem Staate nichts verweigert, was er braucht, um leben zu können, und vor allem, wenn er nicht aus bloßer Rechthaberei die Arbeitsfreude der anderen lähmt, die noch immer eine günstigere Auffassung von unserer Lage haben. Mit der Frage der Lebensfähigkeit unseres Staates hängt der Grad zusammen, in dem die Notwendigkeit des Anschlusses an Deutschland betont wird. Das gegenwärtige Kabinett setzt sich aus christlichsozialen und großdeutschen Mitgliedern zusammen. Unter den Christlichsozialen bin ich als einer jener bekannt, die, aller bloßen Deklarationspolitik, der nicht alsbald die Tat folgen kann, überhaupt abhold, vor Jahr und Tag den Anschlußabstimmungen, die in einigen unserer Bundesländer veranstaltet oder doch vorbereitet wurden, entgegengetreten sind. Ich habe meinen Standpunkt in dieser Beziehung auch heute nicht geändert. Meine Partei hat es seinerzeit als notwendig erachtet, den Staatsvertrag von Saint-Germain parlamentarisch zu genehmigen und zieht daraus alle Folgerungen. Wenn dennoch die Großdeutsche Partei heute an meiner Wahl zum Bundeskanzler mitwirkte und einige ihrer Mitglieder in das von mir zu leitende Kabinett entsandte, so hat sie damit jedenfalls der Meinung Ausdruck gegeben, daß sie einiges Vertrauen zu meiner nationalen Gesinnung hat und die Politik, die nach meiner Vergangenheit von mir zu erwarten ist, für zulässig hält. Anderseits gaben meine großdeutschen Ministerkollegen, was ich hier ausdrücklich feststellen will, nichts von ihrem Standpunkt auf; sie bekennen nur, daß sie es für die Zeit unserer voraussichtlichen Zusammenarbeit gleich mir als Pflicht erachten, dem Zusammenbruch des Bestehenden mit aller Kraft entgegenzuwirken. Und es ist ja in der Tat dasselbe: meint jemand, das deutsche Volk in Österreich werde in der ihm durch den Staatsvertrag von Saint-Germain zugesicherten Selbständigkeit weiterleben, oder glaubt er, es werde in eine [203] größere nationale Einheit aufgehen, weiterleben muß es und wir, die wir alle zusammen Fleisch vom Fleische dieses Volkes sind und

Blut von seinem Blute, müssen alles tun, was in unserer Macht steht, daß es lebe.

Ich habe soeben von unserer Selbständigkeit gesprochen. Wir wissen, daß diese nicht Unabhängigkeit bedeutet. In natürlicher Abhängigkeit stehen wir, wie alle Staaten, besonders von unseren Nachbarn, darunter an erster Stelle auch von unserem Brudervolke im Deutschen Reiche.



14. Appell Dr. Seipels an den Völkerbundsrat.

6. September 1922.

....

Meine Herren! Ich habe zu Beginn meiner Ausführungen in kurzen ernsten, aber - wir ich versichern möchte - keineswegs übertreibenden Worten gesagt, wie sehr die österreichische Frage im gegenwärtigen Stand ihrer Entwicklung eine politische ist. Meine letzten Bemerkungen zeigen Ihnen, nachdem ich eine Zeitlang von finanziellen Dingen gesprochen habe, wieder, wie wenig sich die politischen Erwägungen von den finanziellen trennen lassen, ja, wie sogar durch die praktische Möglichkeit und den Wert aller Lösungsversuche deren politische Kehrseite mitbestimmt wird.

Die Erkenntnis, daß die österreichische Frage, das heißt die Frage, ob unser Land politisch und auf die Dauer auch wirtschaftlich unabhängig erhalten werden kann, eine politische Frage ersten Ranges geworden ist, hat mich bewogen, vor einigen Tagen mehrere unserer Nachbarländer zu besuchen, um zu hören, was sie über Österreich denken, und weil ich nicht, ohne mit ihnen gesprochen zu haben, vor den Völkerbund treten wollte. Meine Reise hatte aber noch einen anderen Zweck. Ich gestehe offen: Ehe das Volk Österreichs in seiner Absperrung zugrunde geht, wird es alles tun, um die Schranken und Ketten, die es beengen und drücken, zu sprengen. Daß dies ohne Erschütterung des Friedens und ohne die Beziehungen der Nachbarn Österreichs untereinander zu trüben, geschehe, dafür möge der Völkerbund sorgen!

[204] 14a. Genfer Protokoll über Garantie, Internationale Anleihe und Kontrolle für Österreich

4. Oktober 1922.

Die Regierung Seiner Britischen Majestät, die Regierung der Französischen Republik, die Regierung seiner Majestät des Königs von Italien und die Regierung der Tschechoslowakischen Republik

Einerseits,

Im Augenblick, wo sie es unternehmen, Österreich in seinem Werke der wirtschaftlichen und finanziellen Wiederherstellung zu helfen,

Ausschließlich im Interesse Österreichs und des allgemeinen Friedens handelnd sowie in Übereinstimmung mit den Verpflichtungen, die sie bereits übernommen haben, als sie einwilligten, Mitglieder des Völkerbundes zu werden,

Erklären feierlich:

Daß sie die politische Unabhängigkeit, die territoriale Unversehrtheit und die Souveränität Österreichs achten werden;

Daß sie keinen besonderen oder ausschließlichen Vorteil wirtschaftlicher Art suchen werden, der diese Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre;

Daß sie sich jeder Haltung enthalten werden, die dem Geiste der Konventionen zuwider sein könnte, die gemeinschaftlich zum wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbau Österreichs vereinbart werden sollen, oder die den Garantien abträglich sein könnte, welche die Mächte zur Wahrung der Interessen der Gläubiger und der Garantiestaaten vereinbart haben werden;

Und daß sie sich gegebenenfalls, um die Achtung dieser Grundsätze seitens aller Nationen zu gewährleisten, in Gemäßheit der Bestimmungen des Paktes des Völkerbundes, sei es einzeln, sei es gemeinsam, an den Rat des Bundes wenden werden, damit er die zu ergreifenden Maßnahmen erwägt, und daß sie sich den Entscheidungen genannten Rates fügen werden.

Die Regierung der Bundesrepublik Österreich,

Andererseits,

Verpflichtet sich nach dem Wortlaut des Artikels 88 des Vertrages von Saint-Germain, ihre Unabhängigkeit nicht auf- [205] zugeben; sie wird sich jeder Verhandlung und jeder wirtschaftlichen oder finanziellen Verpflichtung enthalten, die diese Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wäre.

Diese Verpflichtung steht nicht im Widerspruch damit, daß Österreich vorbehaltlich der Bestimmungen des Vertrages von Saint Germain seine Freiheit auf dem Gebiete der Zolltarife und der Handels- oder Finanzabkommen sowie im allgemeinen für alles bewahrt, was sein Wirtschaftswesen oder seine Handelsbeziehungen betrifft, wobei indessen verstanden ist, daß sie seiner wirtschaftlichen Unabhängigkeit nicht durch Gewährung einer Sonderbehandlung oder ausschließlicher Vorteile Eintrag tun kann, die diese Unabhängigkeit zu bedrohen geeignet sind.

Das gegenwärtige Protokoll bleibt zur Unterzeichnung für alle Staaten offen, die ihm beitreten wollen.

Urkund dessen haben die Unterfertigten, zu diesem Zweck gehörig bevollmächtigt, die gegenwärtige Erklärung unterzeichnet (Protokoll I).

Gefertigt zu Genf in einem einzigen Exemplar, das im Sekretariat des Völkerbundes niedergelegt bleibt und von ihm sofort registriert werden wird, am 4. Oktober eintausendneunhundertundzweiundzwanzig.

Balfour.
G. Hanotaux.
Imperiali.
Kramář
Pospiśil.

Seipel.

15a. Beginn des Führerbuches "Mein Kampf"

1. Band verfaßt in der Festungshaft 1924, erschienen München 1925.

1. Kapitel.

Als glückliche Bestimmung gilt es mir heute, daß das Schicksal mir zum Geburtsorte gerade Braunau am Inn zuwies. Liegt doch dieses Städtchen an der Grenze jener zwei deutschen Staaten, deren Wiedervereinigung mindestens uns Jüngeren [206] als eine mit allen Mitteln durchzuführende Lebensaufgabe erscheint!

Deutschösterreich muß wieder zurück zum großen deutschen Mutterlande, und zwar nicht aus Gründen irgendwelcher wirtschaftlicher Erwägungen heraus, Nein, nein; Auch wenn diese Vereinigung, wirtschaftlich gedacht, gleichgültig, ja selbst wenn sie schädlich wäre, sie müßte dennoch stattfinden. Gleiches Blut gehört in ein gemeinsames Reich....

15b. Aus dem Lager der Anschlußgegner: "Der österreichische Mensch",
von Oscar A. H. Schmitz

Diese 1914 erschienene Schrift eines reichsdeutschen Literaten zum Anschauungsunterricht für Europäer, insbesondere für Reichsdeutsche, die einer "europäischen Tafelrunde" gewidmet war, erhielt eine eingehende österreichische Widerlegung in dem Buche Der deutschösterreichische Mensch und der Anschluß von Fr. Kleinwächter (Wien 1926.)

Auf viele heutige Österreicher, welche die Orientierung nach Wien verloren haben, übt München eine starke Anziehungskraft aus. Hier blüht jedoch nicht der deutsche Geist, mit dem sich Vermählung lohnt. Diese Atmosphäre hat eine krankhafte Anziehungskraft für wurzellose Menschen aller Art, daher auch für Österreicher, die den Sinn ihres Österreich verloren haben... Auf diese gründet sich auch der Ruhm Hitlers, dessen Nationalsozialismus stark in die österreichischen Alpenländer hinüberwirkt. Ja, es besteht die Gefahr, daß hier nachträglich ein neuer, sich "kerndeutsch" fühlender Typus entsteht, der noch einmal in Reinkultur alles das an deutschen Fehlern und Irrtümern zusammengefaßt, was unsere Kriegsgegner unter dem Wort "boche" der Verachtung aller bessern Geister, auch in Deutschland, preisgegeben haben... Das nationale Großdeutschtum ist nach der Sozialdemokratie das größte Hindernis am Neuaufbau Österreichs. Die revolutionäre Politik erreicht vorübergehende Klassenvorteile auf Kosten des Ganzen; das [207] mag oft verbrecherisch sein, aber die völkische Politik ist schlimmer als verbrecherisch, sie ist dumm. Sie stellt den Gipfel des bekannten politischen Unverstandes der Deutschen überhaupt dar...

In den Vereinigten Staaten Europas wird Österreich eine besondere Rolle spielen als die natürliche Brücke zwischen Ost und West, die es in geringerem Maße und weniger bewußt immer gewesen ist. Bis dahin kann freilich noch viel Zeit vergehen. Was soll aber inzwischen dieses kleine, auf die Dauer allein nicht existenzfähige Land tun? Ein Anschluß wird über kurz oder lang nötig sein, aber welcher? Der an das Reich wäre, wie gesagt, die schlechteste Lösung, denn dabei würde Österreich seine Individualität verlieren... Zwar hat man den Gedanken einer Donauföderation fallen gelassen, aber es besteht die Möglichkeit, daß sich die Kleine Entente zu einem osteuropäischen Block ohne Rußland auswächst. Das wäre der politische Ersatz für die alte Monarchie. Hier sich anzuschließen, entspricht Österreichs alter Tradition wie seinem gegenwärtigen Interesse, solange der Augenblick noch nicht gekommen ist, in den Vereinigten Staaten Europas die deutschsprechende Mitte zu bilden.
(Gekürzter Schlußteil.)

16. Der Anschluß als Programmpunkt der parlamentarischen Parteien Österreichs

Veröffentlicht in der Monatsschrift Der Anschluß des Österreichisch-Deutschen Volksbundes (Führung: Generaldirektor Dr. Ing. Hermann Neubacher, Rechtsanwalt Dr. Arthur Seyß-Inquart, die Universitätsprofessoren Wilhelm Bauer, Hans Eibl u. a.) am 15. Februar 1927.

Christlichsoziale Partei:

Insbesondere verlangt sie auch die Gleichberechtigung des deutschen Volkes in der europäischen Völkerfamilie und die Ausgestaltung des Verhältnisses zum Deutschen Reiche auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes.

(Punkt 8 des Sylvesterprogramms 1926).

[208] Sozialdemokratische Partei:

Die Sozialdemokratie betrachtet den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich als notwendigen Abschluß der nationalen Revolutionen von 1918. Sie erstrebt mit friedlichen Mitteln den Anschluß an die Deutsche Republik.

Großdeutsche Volkspartei:

Der unverrückbare Leitstern unserer Außenpolitik ist der Anschluß Österreichs an das Deutsche Reich. Das Streben nach der Vereinigung aller Volksgenossen in einem staatlichen Verband liegt naturnotwendig im Wesen der Volksgemeinschaft. Denn soll sich die Volkskraft auf kulturellem und wirtschaftlichem Gebiete voll entfalten, so ist hierfür die breiteste Grundlage, also die Heranziehung aller Volksgenossen und kräftigste Unterstützung und Förderung, wie sie nur die staatliche Macht zu bieten vermag, erforderlich.... Die Angleichung unsrer Rechts-, Wirtschafts- und Verwaltungseinrichtungen haben den Anschluß vorzubereiten und zu erleichtern.

Landbund für Österreich:

Der Landbund will im deutschen Landvolk das natürliche Einheitsgefühl heben und vertiefen. Der Zusammenschluß aller deutschen Stämme im geschlossenen Sprachgebiet zu einem einigen Deutschen Reich bildet sein unverrückbares, außenpolitisches Ziel.

> (Zu den Novemberwahlen 1930 folgten auch Schober-Block und Heimat-Block [Starhemberg!] mit ähnlichen Erklärungen; 1933 unterstellten sich die Großdeutschen Hitler, während die anderen Parteien ihre Anschluß-Artikel strichen.)

17a. Entschließung des Nationalrates zur österreichisch-deutschen Rechts- und Wirtschaftseinigung

(Einstimmig angenommen.)

23. Mai 1928.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, in der begonnenen Angleichung des gesamten Eisenbahnrechtes an das reichsdeutsche durch ständige Fühlungnahme mit den deutschen Regierungsstellen weiter fortzufahren. Der Nationalrat erblickt in [209] einer beschleunigten Angleichung österreichischer Rechts- und Wirtschaftsverhältnisse an jene des Deutschen Reiches ein dringendes Gebot und eine unerläßliche Voraussetzung für eine günstige Zukunftsentwicklung Österreichs.

17b. Dr. Seipel über Mitteleuropa und Anschluß

Erklärung im Nationalrat.

27. Juli 1928.

Was wir, wenn solche (gegen den Anschluß gerichtete) Erklärungen (wie die des amtierenden jugoslawischen Außenministers Marinkovic) auch jetzt wieder abgegeben wurden, aus ihnen lernen können, ist, daß es nicht an der Zeit ist, mit einer Erfüllung des Anschlußgedankens zu rechnen, und daß es

auch gar nicht an der Zeit ist, selbst diesen Gedanken in öffentlichen Aussprachen mehr in den Vordergrund zu rücken, als es notwendig ist, weil wir ja wissen, daß wir derzeit auf jede solche Äußerung ein Nein zur Antwort bekommen. Irgendein Versuch, uns zu veranlassen, daß wir etwa selbst auch uns zu diesem Nein bekennen, das die andern ausgesprochen haben, oder daß wir uns zur Hoffnungslosigkeit bekennen, als ob die künftige Entwicklung der europäischen Politik nicht irgendeinmal in anderer Richtung vor sich gehen könne, als sie durch ein solches Nein angedeutet ist, - ein Versuch, dahin zu bringen, ist nicht gemacht worden. Deshalb habe ich die Meinung, daß wir uns frei halten müssen, hineinzugehen in eine größere oder kleinere, eine europäische, mitteleuropäische, deutsche Lösung, sobald sich uns die Tür in dieses oder jenes größere Wirtschaftsgebiet öffnet. Aber niemals werden wir glauben, daß die mitteleuropäische Frage gelöst ist, wenn der große Staat, der das eigentliche Mitteleuropa ausfüllt, das Deutsche Reich, bei dieser Lösung nicht dabei ist.

18. Aus der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Johann Schober

27. September 1929.

Es sei mir gestattet, nunmehr auch noch einige Worte über die Führung der auswärtigen Politik der Republik zu sagen. [210] Sie hat nach dieser Richtung hin von der neuen Regierung keine Veränderung des nun schon traditionellen Kurses zu erwarten.

Unsere Politik ist erstens eine Politik der Freundschaft mit allen Staaten und ganz besonders mit unsern Nachbarn. Daraus folgt, daß sie zweitens eine Politik der Neutralität ist und bleiben muß. Wir treten keiner Staatengruppe bei und richten unsere Politik gegen niemanden. Wir wünschen außenpolitisch neutral zu sein und glauben damit nicht nur unseren Interessen, sondern auch denen aller andern europäischen Staaten zueinander weitaus am besten zu dienen.

Zum dritten ist unsere Politik eine friedliche. Sie lehnt in rückhaltloser Aufrichtigkeit den Krieg als Werkzeug staatlicher Politik ab und unterstützt alle Bestrebungen, die auch im Verhältnis der Staaten zueinander Gewalt durch Recht ersetzen und eine gerechte, vernünftige und friedliche Ordnung der Dinge in Europa herbeiführen wollen.

Wir wissen uns in dieser Politik eins mit dem Deutschen Reiche, dem wir in bösen wie in guten Tagen brüderliche Treue halten wollen.

18a. Telegramm des Bundeskanzlers an den amtierenden Reichskanzler Müller

Bei der Übernahme der Regierungsgeschäfte der Republik Österreich ist es mir ein aufrichtiges Bedürfnis, Sie, Herr Reichskanzler, zu versichern, daß mir und allen Mitgliedern der Regierung die Pflege und der Ausbau der innigsten Beziehungen zwischen dem deutschen Brudervolke und Österreich besonders am Herzen liegt.

19. Deutsches Studentenrecht in Österreich

Verordnung des Akademischen Senats der Universität Wien.

1. Die ordentlichen Hörer der Universität Wien, die gleicher Abstammung und Muttersprache sind und mindestens ein Prozent aller ordentlichen Hörer zählen, werden als eine Studentennation angesehen. Ordentliche Hörer einer Nation, welche wegen zu geringer Anzahl keine Studentennation darstellen oder [211] eine solche wegen ihrer die Mindestzahl nur wenig überschreitenden Mitgliedzahl nicht zu bilden wünschen, können mit einer anderen Studentennation vereinbaren, daß diese ihre Vertretung übernimmt.

2. Die deutsche Studentennation wird Deutsche Studentenschaft genannt, die übrigen Studentennationen werden nach ihrer Volkszugehörigkeit bezeichnet.

3. Die ordentlichen Hörer, die wegen gemischter Abstammung keine Studentennation darstellen, bilden die Gemischte Studentenschaft.

Dem Akademischen Senat steht es jederzeit zu, die Anerkennung der Vertretung einer Studentenschaft mit Angabe der Gründe auf ein oder zwei Semester, höchstens vier Semester, aufzuheben. Als ausreichende Gründe gelten wiederholte Verstöße gegen die allgemeinen und akademischen Gesetze und für die Studentenschaft geltende Satzung, die Nichterfüllung der übernommenen Verpflichtungen oder die Überschreitung der ihr zukommenden Rechte, die Verletzung der Interessen der Hochschule im allgemeinen, im besonderen Bestrebungen, die den deutschen Charakter der Hochschule beeinträchtigen.

Diese Studentenordnung wird auf Grund des Beschlusses des Akademischen Senates vom 20. März 1930 verlautbart.

Wien, 8. April 1930.
Der Rektor der Wiener Universität.
Gez.: Gleispach e. h.

20. Aus dem Anschlußgelöbnis auf der Klagenfurter Tagung des Österreichisch-deutschen Volksbundes: Alle Parteien einig!

Juni 30.
Der Volksbund erreichte damals einen Stand von rd. 1 300 000 Mitgliedern durch korporativen Beitritt von Gewerkschaften, Bünden usw.

Der Volksbund hat bei dieser Jahrestagung die gewaltigen Fortschritte feststellen dürfen, die er organisatorisch gemacht hat. Das deutsche Volk, das gesamte Ausland kann aus der Beteiligung so vieler bedeutender Männer und Frauen der Po- [212] litik, Wirtschaft und Kunst feststellen, daß die Anschlußbewegung ständig im Steigen begriffen ist, daß der Anschlußwille sich mit aller Kraft für den Tag vorbereitet, an dem Deutschösterreich sein Selbstbestimmungsrecht ausüben wird.

Der Volksbund, der von allen vier Parteien des Nationalrates Zustimmung und Unterstützung findet, richtet an die parlamentarische Vertretung - sowohl an den Nationalrat wie an den Reichstag - die Aufforderung, es nicht bei Wünschen und Hoffnungen zu belassen, sondern zu jenen Taten zu schreiten, die heute möglich sind: Wir fordern die doppelte Staatsbürgerschaft! Wir fordern die Zollunion!

(Veröffentlicht im Anschluß vom 26. 6. 1930.)

Tatsächlich brachte die NSDAP. nach ihrem Wahlsiege am 17. 10. 1930 im Reichstag einen Antrag auf Abschluß einer Zoll- und Wirtschaftsunion mit Österreich ein.

20a. Der Versuch einer deutschösterreichischen Zollunion

Das Wiener Protokoll, abgeschlossen zwischen Bundesminister Dr. Schober und Reichsaußenminister Dr. Curtius (Auszug).
19. März 1931.

Im Verfolg der Besprechungen, die Anfang März 1931 in Wien stattgefunden haben, haben die Deutsche Regierung und die Österreichische Regierung vereinbart, alsbald in Verhandlungen über einen Vertrag zur Angleichung der zoll- und handelspolitischen Verhältnisse ihrer Länder auf Grund und im Rahmen der nachstehenden Richtlinien einzutreten:

I.

1. Unter voller Aufrechterhaltung der Unabhängigkeit der beiden Staaten und unter voller Achtung der von ihnen dritten Staaten gegenüber übernommenen Verpflichtungen soll der Vertrag dazu dienen, den Anfang mit einer Neuordnung der europäischen Wirtschaftsverhältnisse auf dem Wege regionaler Vereinbarungen zu machen.

2. Insbesondere werden beide Teile sich in dem Vertrage verbindlich dazu bereit erklären, auch mit jedem anderen Lande, auf dessen Wunsch, in Verhandlungen über eine gleichartige Regelung einzutreten.
[213]

II.

1. Deutschland und Österreich werden ein Zollgesetz und einen Zolltarif vereinbaren, die übereinstimmend in beiden Zollgebieten mit dem Vertrage und für dessen Dauer in Kraft zu setzen sind.

2. Änderungen des Zollgesetzes und Zolltarifs können während der Dauer des Vertrages nur auf Grund einer Vereinbarung der beiden Teile vorgenommen werden.

III.

1. Im Warenverkehr zwischen den beiden Ländern sollen während der Dauer des Vertrages keine Einfuhr- und Ausfuhrzölle erhoben werden.

2. Die beiden Regierungen werden sich in dem Vertrage darüber verständigen, ob, für welche bestimmten einzelnen Warenkategorien und für welche Zeit Zwischenzölle sich als erforderlich erweisen.

20b. Der Haager Schiedsspruch

(Auszug des Rechtsgutachtens des ständigen Internationalen Gerichtshofes, nach Fritz Berber, "Das Diktat von Versailles," Bd. 1, 562 ff.)
5. September 1931.

Von den acht Richtern der Mehrheitsentscheidung haben sechs, nämlich die Richter Guerrero (San Salvador), Graf Rostworowski (Polen), Fromageot (Frankreich), Altamira (Spanien), Urrutia (Kolumbien), und Negulesco (Rumänien) erklärt, daß nach ihrer Ansicht das Zollunionsprojekt nicht nur gegen das Genfer Protokoll, sondern auch gegen den Artikel 88 des Vertrages von St. Germain verstoße, weil es die Unabhängigkeit Österreichs auf wirtschaftlichem Gebiet zu bedrohen geeignet sei und deshalb einen Akt darstelle, der die Unabhängigkeit Österreichs in Gefahr zu bringen vermöge. Von den beiden anderen Richtern der Mehrheit war der Richter de Bustamente (Kuba) dagegen der Ansicht, daß das Zollunionsprojekt gegen Artikel 88 nicht verstoße. Daher bilden die obenerwähnten sechs Richter in diesem Punkt nicht die Mehrheit.

Die Richter Adatci (Japan), Kellogg (Vereinigte Staaten von Amerika), Baron Rolin-Jaequemyns (Belgien), Sir Cecil Hurst [214] (England), Schücking (Deutschland), van Eysinga (Holland) und Wang (China) erklärten, der Mehrheitsentscheidung auch darin nicht beistimmen zu können, daß eine Unvereinbarkeit mit dem Genfer Protokoll vorliege.

Auch die dissentierende Meinung geht davon aus, daß Österreich sich seiner Unabhängigkeit nicht entäußern kann und sie auch nicht gefährden darf, es sei denn mit Zustimmung des Rates. Aber weder eine "aliénation" der Unabhängigkeit eines Staates, der auf seinem Gebiet alle Befugnisse eines unabhängigen Staates ausübe, liege in dem Projekt, noch sei der Tatbestand des "compromettre" gegeben; denn dieser Tatbestand liege nur vor, wenn die fortdauernde Existenz Österreichs als eines Staates, der auf seinem Gebiet alle Befugnisse eines unabhängigen Staates auszuüben vermag, gefährdet sei. Das Protokoll von 1922 habe die Verpflichtung des Vertrages von St. Germain wiederholt und nur ihren Ausdruck leicht verändert. Der Sinn des zweiten Absatzes des Protokolls sei der, klarzustellen, daß innerhalb der ihm verbliebenen Freiheit Österreich das Recht nicht verloren habe, Abkommen im Interesse seines Handels zu treffen. Der Zusatz, nach welchem solche Abkommen die wirtschaftliche Unabhängigkeit Österreichs nicht durch ein Sonderregime oder ausschließliche Vorteile zugunsten eines anderen Staates gefährden dürfen, stellt nach Ansicht der dissentierenden den Richter keine Ausdehnung, sondern nur eine Bestätigung der im Vertrag von St. Germain übernommenen Verpflichtung dar.

Die dissentierenden Richter gehen davon aus, daß im allgemeinen eine Zollunion die Unabhängigkeit der vertragschließenden Staaten für die Zukunft nicht gefährde, und daß vollends keiner der Staaten seine Unabhängigkeit durch einen solchen Schritt einbüße. Da im vorliegenden Fall kein Einzelbeweis für die Gefährdung der Unabhängigkeit, abgesehen von jener allgemeinen Präsumption, erbracht sei, könne die im übrigen nicht begründete Ansicht der Mehrheit nicht zutreffen.

Ein begründetes Sondergutachten des Richters Anzilotti (Italien), in welchem er sich zwar der Entscheidung der Mehrheit anschließt, ihre Beweisführung aber durchaus ablehnt, verdient besondere Beachtung, da es die außenpolitischen Motive des Konfliktes offen behandelt.

[215] 20c. Verzichterklärung Dr. Schobers vor dem Völkerbundsrat

3. September 1931.

Der Unterausschuß der Wirtschaftsexperten hat in seinem Bericht in mutiger Weise die Frage aufgeworfen, ob es nicht möglich wäre, durch ein neues Konzept der europäischen Zusammenarbeit eine neue Sachlage zu schaffen, die geeignet wäre, gleichzeitig zur Sicherung des wirtschaftlichen Aufschwunges wie des dauerhaften Friedens in Europa beizutragen. Der Unterausschuß hat u. a. die Bedingungen untersucht, denen Zollunionen unterworfen werden müßten, um das soeben erwähnte Ziel zu erreichen.

Da die österreichische Bundesregierung aus den Ereignissen der letzten Monate feststellen konnte, daß im Gegensatz zu ihren Absichten Schwierigkeiten für die vertrauensvolle Zusammenarbeit der europäischen Völker aus der Durchführung des Zollprojektes entstehen könnten, erklärt sie, weil für sie das Interesse an dieser Zusammenarbeit eng mit den österreichischen Interessen verbunden ist, ihren Entschluß, das Projekt der Zollunion nicht weiter zu verfolgen.

Ich hoffe, daß diese Erklärung wesentlich dazu beitragen wird, die so notwendige allgemeine Beruhigung herbeizuführen und eine Stimmung zu schaffen, welche konstruktives Zusammenwirken der Regierungen ermöglichen wird. In den letzten Monaten hat sich aus sehr verschiedenen Ursachen, die den Gegenstand der Untersuchungen der wirtschaftlichen Organisation des Völkerbundes bilden, die Wirtschaftskrise nicht nur in Österreich und Deutschland, sondern in einem großen Teil der europäischen

Staaten außerordentlich verschärft und ausgebreitet. Es ist eine weitreichende Vertrauenskrise entstanden, die die Grundlagen des europäischen Wirtschaftslebens erschüttert. Dem Zwecke, das gegenseitige Vertrauen wiederherzustellen, soll auch die Erklärung dienen, die ich soeben bei der ersten sich hierfür bietenden Gelegenheit abgegeben habe.

(Gleichzeitig erfolgte eine sinngemäße Erklärung des Reichsaußenministers.)



[216] 21. Lausanner Anleiheprotokoll
15. Juli 1932.
In Anbetracht,

daß die Regierung der österreichischen Bundesrepublik an den Völkerbund ein Unterstützungsgesuch gerichtet hat, um bei der Fortführung des Werkes des wirtschaftlichen und finanziellen Wiederaufbaues unterstützt zu werden, welches infolge der Entscheidung des Völkerbundsrates vom 4. Oktober 1922 und der Unterzeichnung der drei Protokolle vom gleichen Datum unternommen wurde;

daß die österreichische Regierung von neuem ihren Willen versichert hat, ihren äußeren Verpflichtungen pünktlich nachzukommen;

daß die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs, Italiens bereit sind, Österreich zu diesem Zwecke neue Hilfe zu bringen;

daß die vorerwähnten Regierungen, darunter die österreichische Regierung, erklären, diese Hilfe auf das am 4. Oktober 1922 unterzeichnete Protokoll Nr. 1 mit allen Verpflichtungen, die es mit sich bringt, gründen zu wollen; wird ein Protokoll aufgenommen, dessen Bestimmungen wie folgt lauten:

Die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs und Italiens einerseits und

die Regierung der Österreichischen Bundesrepublik andererseits,

haben in einmütigem Beschluß die folgenden Bestimmungen vereinbart:

Artikel I.

Um der österreichischen Regierung im Ausland die Erlangung einer frei und sofort verfügbaren Summe in fremder Währung zu erleichtern, deren Nettobetrag den Gegenwert von dreihundert Millionen österreichische Schilling, berechnet nach der gegenwärtigen gesetzlichen Goldparität, erreichen darf, verpflichten sich die Regierungen Belgiens, des Vereinigten Königreiches von Großbritannien und Nordirland, Frankreichs, Italiens ohne Verzug die möglicherweise durch ihr inneres [217] Recht geforderten Vollmachten einzuholen, sei es, um unter den untenstehenden Bedingungen einen Teil dieser Anleihe, Zinsen oder Kapital, garantieren zu können, sei es, um damit der österreichischen Regierung den Betrag auf andere Art zu verschaffen. Im Falle der Emission auf ihrem eigenen Markt erleichtern sie die Emission des Betrags, den sie garantiert haben.

Artikel 4.

Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, um das Gleichgewicht der Einnahmen und Ausgaben des Staates ohne Verzug wiederherzustellen und zu erhalten; sie verpflichtet sich gleichfalls, alle nötigen Maßnahmen zu ergreifen, um ohne Verzug das finanzielle Gleichgewicht der österreichischen Staatseisenbahnen wiederherzustellen und namentlich das Programm der Reform des Haushaltes und der Finanzen durchzuführen, wie es im Anhang II entworfen ist.

Artikel 5.

Die Währungspolitik Österreichs nimmt sich vor, in möglichst kurzer Frist und mit der nötigen Vorsicht den bestehenden Unterschied zwischen dem Wert des Schillings im Innern und im Ausland abzuschaffen, und wird folglich auf fortschreitende Aufhebung teils der gegenwärtig über die (Geld)Wechseloperationen eingeführten Kontrolle, teils der Hindernisse des internationalen Austausches gerichtet sein.

Artikel 6.

I. Es ist vereinbart, daß die Regelung der Frage der Kreditanstalt ein Teil des finanziellen Reformprogramms sein soll, das den Gegenstand dieses Protokolls bildet.

II. Die österreichische Regierung wird ohne Aufschub alle Anstrengungen machen, um zu einer Vereinbarung mit den ausländischen Gläubigern der Kreditanstalt zu kommen, einer Vereinbarung, die der Notwendigkeit Rechnung trägt, zu vermeiden, daß ein übermäßiger Druck auf den Schilling ausgeübt wird.

III. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die Schuld der Kreditanstalt gegen die Nationalbank zu ordnen und in mög- [218] lichst kurzer Zeit eine oder mehrere innere Anleihen zu emittieren, deren Gesamtbetrag nicht unter 200 Millionen Schilling liegt und für die teilweise Rückzahlung der Schuld des Staates bei der Nationalbank verwandt wird.

Artikel 7.

Die österreichische Regierung fordert den Völkerbund auf, einen Vertreter des Völkerbundes zu ernennen und einen Beirat für die österreichische

Nationalbank zum Zwecke der Fortsetzung der Zusammenarbeit zu ernennen, die mit der Erklärung des österreichischen Bundeskanzlers vom September 1931 wie durch die Bestimmungen dieses Protokolls und seiner Anhänge ins Auge gefaßt worden ist.

Artikel 8.

Der Ausschuß der garantierenden Staaten wird seine Tätigkeit bis zur vollständigen Rückzahlung der im gegenwärtigen Protokoll vorgesehenen Anleihe ausüben.

22a. Volksdeutsches Bekenntnis der jungen Generation

Sommer 1932.

Aus der Einführung des Sammelwerkes Bekenntnis zu Österreich.
(Hg.1932 im Volk- und Reich-Verlag Berlin unter Mitarbeit von
A. Böhm, F. Riedl, O. Brunner, H. Neubacher, F. Flor, R. Lorenz u. a.)

In diesen Wochen wandern aus allen deutschen Siedlungsgebieten junge deutsche Menschen nach Österreich, nach Eisenstadt im Burgenland, an die Stätte, an der Josef Haydn das Lied der Deutschen geschaffen hat. Sie tragen Erde ihrer Heimat als Zeichen der Verbundenheit aller Deutschen über alle Grenzen, als Verpflichtung und Gelöbnis zum gemeinsamen Handeln in der kommenden Zeit.

So wie die Erde aus Ost und West, Nord und Süd zusammenfließen wird, aus Preußen und Österreich, aus Bayern und Schleswig-Holstein, aus Südtirol und Memel, dem Kor- [219] ridor und von der Saar, von den Ufern der Ostsee bis hinauf nach Narwa, von Ödenburg bis hinunter zu den letzten Sprachinseln im unteren Donauraum, zusammenfließen wird zu einer Erde des Vaterlandes deutschen Lebens - so ineinander muß der Pulsschlag jener Jugend fließen, die das Reich will, das alle Deutschen eint und das den Raum der Mitte Europas führt, leitet, aufbaut und entscheidet.

Bekenntnis zu Österreich haben wir das Buch genannt, das junge Menschen

schrieben über Erbe und Aufgabe ihres Landes. Bekenntnis zu Österreich tut not in einer Zeit, in der die Enge des Raumes, den uns der Feind gelassen, die Bitternis der Gegenwart, die Not des täglichen Gebens uns in eine Resignation zu treiben droht. Sie verwirrt, sie läßt verzichten, sie trübt den Blick, das Ganze zu sehen und weiß nichts um die große Pflicht und um das Gesetz der Freiheit des Reiches aller Deutschen.

Bekenntnis zu Österreich ist das Bekenntnis, alle Halbheit und allen Verzicht in uns zu überwinden, uns allen hinzugeben, die Streiter sein wollen um eine kommende Gemeinschaft.

Bekenntnis zu Österreich ist das Bekenntnis zum Deutschen Reich, zu dem unsere Sehnsucht uns treibt als unsere letzte Erfüllung, ist das Bekenntnis zu dem Dienst und der Herrschaft in dem Raume, um den durch die Jahrhunderte unser Blut floß und unsere Seelen rangen.

Dieser Bereitschaft, die unser ganzes Sein umschließt, ist dieses Buch gewidmet mit dem Gelöbnis:

Deutschland, Deutschland über alles!

22b. Landesleiter der NSDAP., Alfred Proksch: Heim ins Reich!

Beitrag in dem Sammelband: "Deutscher Geist in Österreich," hg. Karl Wache (Dornbirn 1933, alsbald nach Erscheinen beschlagnahmt). Jahreswende 1932/33.

Als im Spätherbst 1918 mit dem Zusammenbruch der Front die alte Donaumonarchie zerfiel und aus dem großen Österreich-Ungarn sich Nationalstaaten bildeten, da hätten die ungeheuren [220] Opfer an Gut und Blut, die insbesondere die Deutschen gebracht hatten, noch Sinn und Zweck bekommen können, wenn statt der Reden, die über den Anschluß der Deutschösterreicher an das Deutsche Reich gehalten und statt der Beschlüsse, die dazu gefaßt wurden, sofort eine Tat gesetzt worden wäre, eine Tat, die der geschichtlichen Größe des Augenblickes würdig, mit der staatengründenden Entschlossenheit anderer Völker auf einer Linie und der großen Hoffnung der Deutschen des zerbrechenden alten Österreichs entsprechend gewesen wäre.

Es blieb leider bei Reden und Beschlüssen, bis der große Augenblick vorbei

und das Anschlußverbot von den Feinden ausgesprochen war. Deutschösterreich stand damals zur Umsturzzeit geschlossen auf dem Boden des Anschlusses und hat seinen Heimkehrwillen aus der Bevölkerung heraus auch in der Folge unausgesetzt bekundet, ja es führte länderweise noch Abstimmungen selbst gegen den Willen der Regierung durch.

Wir wissen, daß wir Schweres zu schaffen haben, denn wir kennen die Kräfte, die diesem Ziele entgegenstehen, und wir kennen die Mittel, die angewendet werden, um zu verhindern, daß es erreicht wird.

Wir wissen vor allem, daß es den Anschlußfeinden darum zu tun ist, Gegensätze zwischen den Deutschen in Österreich und denen im Reiche, besonders zu den Preußen, zu schaffen. Wir wissen, daß man gerne das Selbstbewußtsein des Österreichers anruft und es beschwört, ja nicht früher dem Anschlußwillen Geltung zu verschaffen, als nicht im eigenen Hause Ordnung gemacht ist, da doch der Österreicher nicht als Habenichts und Bittender heimkehren könne.

Wir wissen, daß man gerne von Nichtswürdigen oder gar vom Verlust unserer Stammeseigenart im großen Reiche redet und von der Unterjochung des Österreichers durch die schnauzigen Norddeutschen. Und wir wissen schließlich, daß man von der Gefährdung der katholischen Religion durch den im Reiche herrschenden Protestantismus spricht, um zu erreichen, daß die gut katholische Bevölkerung im Anschlusse an das Reich eine Auslieferung an Glaubensvernichter erblickte.

All diesen sogenannten zwingenden Gründen, die nur zur Verschleierung der Absicht aufgetischt werden, den Anschlußwillen [221] in der Bevölkerung auszutilgen und dafür den Willen zu setzen, die christlichsozial-legitimistischen, franzosenfreundlichen Pläne verwirklicht zu sehen, muß begegnet werden.

Am 20. August v. J. brachte der Bauernbündler, die Zeitung des christlichsozialen niederösterreichischen Bauernbundes, einen Leitartikel zur Rechtfertigung der Lausanner Politik, jener besonderen Leistung zur Verhinderung des Anschlusses, in dem er erst vermeldet, daß er nicht gern bei jeder Bierrunde von nationaler Pflicht redet, "...weil wir sie täglich und stündlich erfüllen".

Gleich aber setzt er fort: "Nun ist heute der hehre Anschlußgedanke zum Schlagwort geworden. Wer die preußische Anmaßung je kennen oder gar fühlen lernte, jene Überheblichkeit, die durch die Hakenkreuzbewegung zum Superlativ gesteigert wurde, wer das 'Vergnügen' schon erlebte, mit Ostelbiern und Brandenburgern darüber zu reden, der weiß, wie diese immer 'von aus dem Drecke ziehen' zu reden wissen. So werten sie den Anschluß.

Anders wohl die Süddeutschen. Sinn und Art und Denken ist bei denen loyal, aufrichtig; sie reden auch darum geflissentlich von einem 'Zusammenschluß'. Und wir sind schon so: wenn wir wo bei einer Türe hineingehen, so dort am liebsten, wo uns die heimatliche Kost wartet und nicht Weißbier und Himbeersaft..."

So also sieht der Anschlußwille der Christlichsozialen aus. Die wenigen Sätze sprechen für ihre famosen Absichten Bände. Damit aber für dieses edle Bekenntnis eine Maske gefunden wird, heuchelte man weiter: "Wir... wünschen ein großes, einiges Reich. Doch wollen wir als Gleichberechtigte dort gelten, wollen unsere Kultur und Brauchtum gesichert wissen. Daher heißt es vorerst im eigenen Hause Ordnung zu machen. Und der Vertrag von Lausanne soll uns Gesundung und Belebung unserer Wirtschaft bringen. Und soll einst der große Tag eines Zusammenfindens in einem großen Mutterreiche möglich sein, dann binden nicht papierene Verträge. Nicht als zerlumpte, herabgekommene Bettler wollen wir dann bei der Mutter Germania uns einfinden, sondern als gesunde, starke und stolze Österreicher, als Ostmärker, als getreue Partisane deutscher Kultur im gefährdeten Osten."

[222] Höher geht die Heuchelei wirklich nicht mehr. Was soll das schöne Reden vom großen Reiche, wenn man mit dem Weißbier und Himbeersaftverzehren einfach nicht will, was bedeutet alle Rede von Stolz, Gesundheit und Stärke, wenn wir vor den Franzosen am Bauche kriechen, um Anleihe betteln und uns damit zu Bettlern machen und in diesem Zustand um Gesundheit auf allen Gebieten bringen lassen?

....

Wir Österreicher werden, das steht fest, im Reiche das bleiben, was wir sind, eben Deutsche der Ostmark, und wir werden unsere Eigenart so wahren, wie die stammesverwandten Bajuwaren und Franken, treu der ererbten Scholle und unbeirrbar in Erfüllung der uns gesetzten Aufgaben.

Wir wollen uns aber wehren gegen die Feinde der Heimkehr, gegen die Verräter an unserer Zukunft, die nur im großen, starken, alle deutschen Stämme umfassenden Reiche liegen kann.

23. Die Parteien vor der Entscheidung

3. März 1933.

Die Reichspost (christlichsozial):

"... Der Staat mag in Fransen gehen, wenn nur die Partei profitieren kann. Der Marxismus vergißt, daß dieser Profit seine Grenzen hat. Sein Weg muß zwangsläufig zur Vernichtung der Freiheit um der Selbsterhaltung des Volkes willen führen! Beweis: Die deutsche Entwicklung des Hitlerismus übersieht, daß Österreich trotz Not und Wirtschaftskrise nicht der geeignete Raum ist, um mit akustischem Tenor allein sich durchsetzen zu können. Mag sein, daß Betäubungserfolge zu erwarten sind. Beide vergessen, daß Revolution in Österreich die Brücke in eine neue deutsche Zukunft gefährdet. Alles steht auf dem Spiele! - So nicht! Man darf in Österreich heute nicht mit einem Generalstreik drohen wollen. Wer es dennoch tut, aus Kurzsichtigkeit oder Prestigemotiven, der befördert die ohnedies kranke Demokratie endgültig in die Geschichte. Der Hakenkreuzler mag sich dann am Ziele seines Wunschtraumes sehen. Ob er mehr als ein bloßer Beckmesser [223] ist, wird die Zukunft weisen. Vorderhand werden jedenfalls um uns nur Trümmer sein.

Die Christlichsozialen aber mögen die Zeichen der Zeit nicht übersehen. Der Umbau des Staates wird zwangsläufig kommen müssen. Es ist nicht wahr, daß die Demokratie nicht zu retten ist, daß Diktatur und alles, was damit zusammenhängt, zur unvermeidlichen Ablöse in den Kampf genommen werden muß. Demokratie und Parlamentarismus dürfen nur nicht verfälscht sein...

Aufgabe der Christlichsozialen wäre es, dies klar zu erkennen und ebenso klar sich zum unerläßlichen Umbau des Staates sich zu bekennen. Ihre Parole müßte daher lauten: Im Zeichen der Autorität für wahre, dauernd gesicherte Freiheit und für geläuterte Demokratie. Es geht um das geistige Antlitz und um die Freiheit Österreichs!"

Die Arbeiterzeitung (sozialdemokratisches Hauptorgan): Die Christlichsozialen am Scheidewege.

"... In der Tat, das österreichische Bürgertum überhaupt und die Christlichsoziale Partei vor allem stehen am Scheidewege. Sie werden sich nun entschließen müssen, welche Schlüsse sie aus den Ereignissen im Deutschen Reiche ziehen wollen. Es ist eine Entscheidung von allergrößter Tragweite. Zwei Wege öffnen sich hier:

Die eine Möglichkeit ist die folgende: Dir faschistische Diktatur in Deutschland

wird sehr bald abwirtschaften... Die große Enttäuschung wird kommen. Gerade wenn Hitler regiert, wird der Nationalfascismus in einem Jahre jede Anziehungskraft verloren haben, nicht nur in Deutschland sondern auch in Österreich.

Die Christlichsoziale Partei könnte sich also entschließen, eine Politik zu treiben, die es ihr ermöglicht, das Schwinden der Anziehungskraft der Nazi in Ruhe abzuwarten. Was wäre das für eine Politik? Sie müßte hierzulande eine Zeitlang alle Herausforderungen vermeiden, allen großen politischen Kämpfen ausweichen, das Einvernehmen mit der großen Partei der Arbeiterklasse suchen...

Die Christlichsozialen können aber aus den Ereignissen im Deutschen Reiche auch einen andern Schluß ziehen... Sie [224] können versuchen, Hitler zu kopieren. Sie können mit den Nazi einen Wettbewerb im 'Antimarxismus', eine Konkurrenz in Angriffen auf die Rechte der Arbeiter und Angestellten aufnehmen. Das scheint die Politik des Herrn Dollfuß zu sein..."

23a. Das kriegswirtschaftliche Ermächtigungsgesetz als politisches Fundament

Amtliche Mitteilung, veröffentlicht im NS.-Organ "Deutsch-Österreichische Tageszeitung" unter dem Titel "Kalter Putsch der Regierung Dollfuß".

8. März 1933.

Gestern fand ein Ministerrat statt, der sich mit der durch die Parlamentskrise verursachten politischen Lage befaßte. Der Ministerrat beschloß den Text eines Aufrufes an das österreichische Volk. Darin wird von einem Versammlungs- und Aufmarschverbot, gültig bis auf weiteres, für das Bundesgebiet, Mitteilung gemacht und die Erlassung einer Verordnung mit gesetzändernder Kraft betreffend presserechtliche Bestimmungen angekündigt. Als Begründung wird die wirtschaftliche Notlage angegeben.

Wie die amtliche Mitteilung weiter angibt, begab sich Bundeskanzler Dr. Dollfuß nach dem Ministerrat zum Bundespräsidenten, um ihm die Demission des Kabinetts mitzuteilen. Der Bundespräsident hat jedoch die Demission nicht zur Kenntnis genommen, die Regierung seines Vertrauens versichert und sie ersucht, die Geschäfte mit ruhiger Festigkeit fortzuführen und die innenpolitischen Verwicklungen möglichst im Geiste der Verfassung zu

entwirren.

Kriegswirtschaftliches Ermächtigungsgesetz (24. Juli 1917):

Die Regierung wird ermächtigt, während der Dauer der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen Verhältnisse durch Verordnung die notwendigen Verfügungen zur Förderung und Wiederaufrichtung des wirtschaftlichen Lebens, zur Abwehr wirtschaftlicher Schädigungen und zur Versorgung der Bevölkerung mit Nahrungsmitteln und andern Bedarfsgegenständen zu treffen.

[225] 24. Aufruf des Landesleiters der NSDAP., Alfred Proksch

9. März 1933.

Die Regierung Dollfuß hat die vom Landesleiter der NSDAP. Österreichs (Hitlerbewegung) an sie gerichtete Aufforderung, zurückzutreten, den Nationalrat aufzulösen und damit die Voraussetzungen zur Bildung einer starken, nationalen Regierung zu schaffen - eine Forderung, die am 6. März in über 1000 Massenversammlungen in ganz Österreich von Hunderttausenden von Volksgenossen einmütig und mit Nachdruck unterstützt wurde - damit beantwortet, daß sie unter Bruch der Verfassung auf unbegrenzte Zeit alle politischen Versammlungen, Kundgebungen und Aufmärsche verbot, die Pressefreiheit aufhob und damit die gesamte Opposition, d. h. zwei Drittel des Volkes mundtot machte und politisch entrechtete. Diese Gewaltmaßnahmen der Regierung sind gedacht und richten sich praktisch ausschließlich gegen die NSDAP. Sie sollen den Durchbruch der großen, deutschen Freiheitsbewegung in Österreich verhindern und einer Regierung das Leben sichern, die von der überwältigenden Mehrheit des Volkes abgelehnt wird. Dagegen erhebt die NSDAP. Österreichs vor der ganzen Nation leidenschaftlichen Protest...

Sie empfindet es als eine unerhörte Schmach, von der Regierung Dollfuß - durch die Berufung auf das Vorbild des Reiches - gleichgestellt und gleich behandelt zu werden mit dem landesverräterischen Marxismus; sie sieht aber weiter aus dieser Haltung und Betätigung der Regierung Dollfuß die ungeheure Gefahr einer Entfremdung zwischen Österreich und dem Deutschen Reiche entstehen, deren Folge nur ein erneutes und verstärktes Abgleiten Österreichs in das Fahrwasser der französischen Politik sein kann...

Die NSDAP. wird daher ihren Kampf um die Befreiung Österreichs und

seinen Zusammenschluß mit dem Reiche - d. h. den Kampf gegen Dollfuß, Starhemberg und Winkler, gegen den Legitimismus innerhalb und außerhalb der Regierung - mit verdoppelter Kraft und Zähigkeit weiterführen, im Bewußtsein, daß der Sieg nur eine Frage kurzer Zeit sein kann, da noch immer in der Geschichte die Kraft einer großen Idee... gesiegt hat.

[226] 25. Die auswärtige Presse und die "Österreichische Mission" von Marcel Dunan

Aus einem Beitrag des Wiener französischen Presseattachés in der Reichspost.

16. Juli 1933.

"Der österreichische Gedanke, der zwar nie gestorben war, aber doch schlummerte, ist gleichsam unter dem Schock der Geschehnisse in gewissen Nachbarstaaten in der großen Masse des Volkes erwacht. Der österreichische Mensch, der liebenswürdige, künstlerisch und träumerisch veranlagte Kulturträger Zentraleuropas, ist sich in der letzten Zeit immer mehr, immer deutlicher bewußt geworden, welche bedeutende Rolle er zu spielen hat. Das Volksbewußtsein sagt es allen, die es gern oder ungern hören wollen: 'Wir sind Menschen, denen die geschichtliche Entwicklung seit vielen Jahrzehnten eine ganz besondere Mission auferlegt hat: Mittler zu sein zwischen Ost und West, Nord und Süd. In unserm Blut, unserm Geist treffen sich soviel verschiedene Eigenheiten, so viele Eigentümlichkeiten, daß wir ohne Anstrengung, ganz von selbst die andern Völker verstehen können, besser oft als sie selbst sich untereinander. Darum wollen wir bleiben, was wir waren, was wir sind, selbständige Österreicher!'

So spricht heute Österreichs Volk durch den Mund zahlreicher mutiger, unerschrockener und vaterlandstreuer Männer, allen voran: Bundeskanzler Dr. Dollfuß, der Chef der Christlich-sozialen Partei, General Vaugoin, Justizminister Dr. Schuschnigg und vieler anderer. Jedem, der dieses Land liebt, muß bei diesem Ausdruck des echten Volksbewußtseins das Herz höher schlagen! Auch ich empfinde aufrichtigste und innigste Freude darüber... Habe ich doch für den österreichischen Gedanken gekämpft und geschrieben, als das Ausland ihn für erledigt hielt und als selbst so mancher Österreicher verzagt und entmutigt war und viele mich für einen Utopisten hielten..."

(Dunans Schrift Österreich erschien 1921, deutsch übersetzt 1922, wurde von der Academie française preisgekrönt!)

[227] 25a. Aus der Programmrede des Bundeskanzlers Dr. Dollfuß

In der Versammlung der V. F. auf dem Wiener Trabrennplatz.

11. September 1933.

"Die Zeit des kapitalistischen Systems, die Zeit kapitalistisch-liberalistischer Wirtschaftsordnung ist vorüber; die Zeit marxistisch-materialistischer Volksführung und Volksverführung ist nicht mehr! Die Zeit der Parteienherrschaft ist vorbei! Wir lehnen Gleichschalterei und Terror ab. Wir wollen den sozialen, christlichen, deutschen Staat Österreich auf ständischer Grundlage, unter starker autoritärer Führung! Die äußeren Organisationsformen der berufsständischen Vertretung neu zu gestalten, ist die Aufgabe dieser Regierung in den nächsten Wochen und Monaten...

Ich habe bei allen Gelegenheiten, wenn ich im Auslande über unsere Heimat zu reden und für sie zu werben hatte, niemals unterlassen zu sagen, daß wir Österreicher sind und daß wir ein deutsches Land sind. Diese Tatsache hat niemanden abgestoßen und war niemandem Anstoß. Wir haben uns in der Welt Freunde erworben und ich erkläre, manche verstehen nicht, warum wir in dem Kampf, der in sehr übler Weise von einer Partei über die Grenze hereingetragen wurde (!), nicht schärfer zugegriffen haben.

......

So ist die Vaterländische Front heute eine Bewegung und nicht eine Addition von zwei oder drei Parteien, sondern eine innen unabhängige, große, vaterländische Bewegung, die alle, die sich zu Österreich als ihrem deutschen Vaterlande bekennen, in sich schließen will, eine Bewegung, die jeden, der das Abzeichen der V. F. trägt, dazu verpflichtet, das Einigende zu betonen, das Trennende beiseite zu schieben und keiner Bewegung anzugehören, die den Klassenkampf oder den Kulturkampf zum Ziele hat. Das sind die Grenzen, die wir stecken, und so soll der Gedanke der Gemeinschaft von heute ausgehen und mit organisatorischer Gewalt über ganz Österreich hinbrausen."

[228] 26. Führererklärung zur österreichischen Frage

30. Januar 1934.

Zum großen Bedauern der Deutschen Reichsregierung sind demgegenüber die Beziehungen des Reichs zur derzeitigen österreichischen Regierung keine befriedigenden. Die Schuld liegt nicht allein auf unserer Seite. Die Behauptung, daß das Deutsche Reich beabsichtige, den österreichischen Staat zu vergewaltigen, ist absurd und kann durch nichts belegt oder

erwiesen werden. Allein, es ist selbstverständlich, daß eine die ganze deutsche Nation erfassende und sie auf das tiefste bewegende Idee nicht vor den Grenzpfählen eines Landes haltmachen wird, das nicht nur seinem Volke nach deutsch ist, sondern seiner Geschichte nach als deutsche Ostmark viele Jahrhunderte hindurch integrierender Bestandteil des Deutschen Reiches war, ja, dessen Hauptstadt ein halbes Jahrtausend lang die Ehre hatte, Residenz der deutschen Kaiser zu sein, und dessen Soldaten noch im Weltkrieg Seite an Seite mit den deutschen Regimentern und Divisionen marschierten. Aber auch davon abgesehen ist diese Tatsache keine absonderliche, wenn man berücksichtigt, daß fast alle europäischen geistigen, revolutionären Gedanken und Vorstellungen bisher noch immer über die Grenzen einzelner Länder hinweg wirksam wurden. So haben die Ideen der Französischen Revolution in ganz Europa über die staatlichen Schranken hinweg die Völker erfüllt, genau wie heute die nationalsozialistische Idee auch vom österreichischen Deutschtum verständlicherweise in natürlicher Geistes- und Seelenverbindung mit dem ganzen deutschen Volk aufgegriffen wurde. Wenn die derzeitige österreichische Regierung es für notwendig hält, diese Bewegung unter Einsatz äußerster staatlicher Mittel zu unterdrücken, so ist dies selbstverständlich ihre eigene Angelegenheit. Sie muß aber dann auch selbst für die Folgen ihrer eigenen Politik die Verantwortung übernehmen und für sie einstehen.

Die deutsche Reichsregierung hat aus dem Vorgehen der derzeitigen österreichischen Regierung gegen den Nationalsozialismus überhaupt erst in dem Augenblick gewisse Konsequenzen gezogen, da deutsche Reichsangehörige, die in Österreich lebten [229] oder sich dort als Fremde aufhielten, davon betroffen wurden. Es kann der Deutschen Reichsregierung nicht zugemutet werden, ihre Bürger als Gäste in ein Land zu schicken, dessen Regierung unmißverständlich zum Ausdruck gebracht hat, im Nationalsozialisten an sich ein unliebsames Element zu erblicken. So wenig wir auf einen amerikanischen oder englischen Reiseverkehr in Deutschland rechnen dürften, wenn diesen Reisenden auf deutschem Gebiet ihre nationalen Hoheitszeichen oder Fahnen abgerissen würden, so wenig würde es die Deutsche Reichsregierung hinnehmen, daß jenen Deutschen, die als Fremde und Gäste in ein anderes und noch dazu deutsches Land kommen, diese entwürdigende Behandlung zuteil wird; denn das Hoheitszeichen und die Hakenkreuzfahne sind Symbole des heutigen Deutschen Reiches! Deutsche aber, die heute in das Ausland reisen, sind, abgesehen von den Emigranten, immer Nationalsozialisten. Wenn die österreichische Regierung sich darüber beklagt, daß Deutschland seine Bürger zurückhält, in ein Land zu reisen, dessen Regierung selbst den einzelnen Angehörigen einer hier herrschenden Weltanschauung so feindlich gegenübertritt, so mag sie bedenken, daß sich bei einer Vermeidung dieser deutschen Maßnahmen zwangsläufig Zustände ergeben würden, die dann tatsächlich unerträglich

und bedenklich wären; denn da der heutige deutsche Reichsangehörige zu stolz und selbstbewußt ist, um sich sein nationales Ehrenzeichen widerstandslos herunterreißen zu lassen, bleibt nichts anderes übrig, als ein solches Land mit unserem Besuche zu verschonen.

Die weitere Behauptung der österreichischen Regierung, daß von seiten des Reiches aus irgendein Angriff gegen den österreichischen Staat unternommen werde oder auch nur geplant sei, muß ich schärfstens zurückweisen. Wenn die Zehntausende politische Flüchtlinge aus Österreich im heutigen Deutschland einen heißen Anteil nahmen an dem Geschehen in ihrer Heimat, so mag das in manchen Auswirkungen bedauerlich sein, ist aber von seiten des Reiches aus um so weniger zu verhindern, als auch die übrige Welt bisher nicht in der Lage war, den tätigen Anteil der deutschen Emigranten im Ausland an der deutschen Entwicklung irgendwie abzustellen. Wenn die österreichische Regierung sich über eine politische Propaganda beklagt, die von [230] Deutschland aus gegen Österreich stattfände, so könnte sich die deutsche Regierung mit mehr Recht über die politische Propaganda beklagen, die in den anderen Ländern von den dort lebenden politischen Emigranten gegen Deutschland getrieben wird. Daß die deutsche Presse in deutscher Sprache erscheint und daher auch von der österreichischen Bevölkerung gelesen werden kann, ist für die derzeitige österreichische Regierung vielleicht bedauerlich, aber durch die deutsche Reichsregierung nicht zu ändern...

Sie hat diese innere Sicherheit erhalten, indem sie es nicht unterließ, zu ihrer eigenen Beruhigung und zur Aufklärung der übrigen Welt in einem Jahre allein einige Male an das deutsche Volk zu appellieren und sich dieses Vertrauen auf dem Wege der Abstimmung bestätigen zu lassen, ohne dazu irgendwie gezwungen zu sein. Es würde den Wert der gegen die heutige österreichische Regierung gerichteten Angriffe sofort erledigen, wenn diese sich entschließen könnte, das deutsche Volk in Österreich ebenfalls aufzurufen, um die Identität seines Willens mit dem Wollen der Regierung vor aller Welt festzustellen.

Ich glaube nicht, daß z. B. die Regierung der Schweiz, die auch Millionen Bürger deutscher Nationalität besitzt, irgendeine Klage über den Versuch einer Einmengung deutscher Kreise in ihre inneren Angelegenheiten vorbringen könnte. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß dort eine ersichtlich vom Vertrauen des schweizerischen Volkes getragene Regierung besteht, die es daher auch nicht nötig hat, innere Schwierigkeiten auf außenpolitische Motive zurückzuführen.

Ohne uns im geringsten in die inneren Verhältnisse anderer Staaten einmischen zu wollen, glaube ich doch das eine sagen zu müssen: nur mit Gewalt allein kann auf die Dauer kein Regiment bestehen. Es wird auch in

der Zukunft daher jederzeit eine ernste Sorge der nationalsozialistischen Regierung des Reiches sein, immer wieder von neuem festzustellen, inwieweit sich der Wille der Nation verkörpert in der sie führenden Regierung, und in diesem Sinne sind wir Wilde doch wirklich bessere Demokraten.

Im übrigen muß ich, der ich mich selbst mit stolzer Freude zum österreichischen Bruderlande als meiner Heimat und der [231] Heimat meines Vaterhauses bekenne, Protest einlegen gegen die Auffassung, als ob die deutsche Gesinnung des österreichischen Volkes überhaupt irgendwelcher Aufreizungen aus dem Reiche bedürfe. Ich glaube meine Heimat und ihr Volk auch heute noch gut genug zu kennen, um zu wissen, daß der Pulsschlag, der 66 Millionen Deutsche im Reiche erfüllt, auch ihre Herzen und Sinne bewegt. Möchte das Schicksal es fügen, daß aus diesen unbefriedigenden Zuständen endlich dennoch der Weg zu einem wirklichen versöhnenden Ausgleich gefunden wird. Das Deutsche Reich ist bei voller Respektierung des freien Willens des österreichischen Deutschtums jederzeit bereit, die Hand zu einer wirklichen Verständigung zu reichen.



27. Drei-Mächte-Garantieerklärung für Österreichs Unabhängigkeit

17. Februar 1934.

Die österreichische Regierung hat sich an die Regierungen Frankreichs, Englands und Italiens gewandt, um ihre Auffassung über die Akten einzuholen, die sie vorbereitet hat, um die deutsche Einmischung in die inneren Angelegenheiten Österreichs festzustellen, und die sie ihnen übermittelte. - Die Besprechungen, die zwischen den drei Regierungen hierüber stattfanden, haben zu einer übereinstimmenden Auffassung über die Notwendigkeit geführt, die Unabhängigkeit und Integrität Österreichs gemäß den geltenden Verträgen aufrechtzuerhalten.

27a. Genfer Garantieerklärung für Österreich

27. September 1934.

Die Vertreter Frankreichs, Großbritanniens und Italiens haben von neuem die Lage Österreichs geprüft und sind übereingekommen, im Namen ihrer Regierungen anzuerkennen, daß die Erklärung vom 17. Februar 1934 im Hinblick auf die Notwendigkeit, die Unabhängigkeit und Unversehrtheit Österreichs aufrechtzuerhalten, im Einklang mit den bestehenden Verträgen ihre ganze Kraft behält und auch weiterhin für ihre gemeinsame Politik maßgebend sein wird.

[232] 28. Aus den Römischen Protokollen

Österreichische Ausfertigung.

17. März 1934.

Der Bundeskanzler der Republik Österreich,
Der Regierungschef Seiner Majestät des Königs von Italien,
Der königlich ungarische Ministerpräsident.

In dem Bestreben, der Erhaltung des Friedens und dem wirtschaftlichen Aufbau Europas auf der Grundlage der Achtung der Selbständigkeit und der Rechte jedes einzelnen Staates zu fördern,

in der Überzeugung, daß die Zusammenarbeit in diesem Sinne zwischen den drei Regierungen die realen Vorbedingungen einer breiteren Korporation

mit andern Staaten zu schaffen vermag,

verpflichten sich zwecks Erreichung der oben angegebenen Ziele:

Über jene Fragen, welche sie im besondern angehen, sowie über die Fragen allgemeinen Charakters zu dem Zwecke, das Einvernehmen zu pflegen, um im Sinne der bestehenden Freundschaftsverträge zwischen Italien und Österreich, Italien und Ungarn und Österreich und Ungarn, welche auf der Erkenntnis vom Bestehen zahlreicher gemeinsamer Interessen beruhen, ihre auf die Förderung einer wirklichen Zusammenarbeit zwischen den Staaten Europas und insbesondere zwischen Italien, Österreich und Ungarn gerichtete Politik aufeinander abzustimmen. Zu diesem Behufe werden sich die drei Regierungen, so oft zumindest eine derselben es für zweckmäßig erachten sollte, gemeinsam beraten.

Dieses Protokoll ist in drei Exemplaren, in deutscher, italienischer und ungarischer Sprache verfaßt. Im Falle von Meinungsverschiedenheiten ist der italienische Text maßgebend.

Zu Urkund dessen haben die Unterfertigten vorliegendes Protokoll unterzeichnet.

Rom, den 17. März 1934.
Dollfuß, Mussolini, Gömbös.

(Die Protokolle II und III enthalten im Sinne der Stresa-Konferenz von 1932 und des italienischen Donau-Memorandums vom September 1933 die Ankündigung von baldigst abzuschließenden zweiseitigen Verträgen über die Erleichterung des [233] gegenseitigen Exports und eine stufenweise Ergänzung ihrer nationalen Wirtschaften. Im besonderen wird für Italien und Österreich ein System von Vorzugszöllen "zugunsten einer großen Anzahl von zur Einfuhr nach Italien bestimmten, in Österreich erzeugten und aus Österreich stammenden Produkten" festgelegt werden.)

29. Die sogenannte Gesetzwerdung der "Maiverfassung 1934"

Nach Mitteilungen des Abg. Dr. Ernst Hampel an den Schriftleiter Hans Ambroschitz der "Wiener Neuesten Nachrichten".

30. April 1934.

Am 30. April 1934 fand nach einer unfreiwilligen Pause von vierzehn Monaten die letzte Sitzung des österreichischen Rumpf-Nationalrats statt, dem die damalige Regierung Dollfuß die Aufgabe zugedacht hatte, 471 auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassene Verordnungen, darunter die neue Maiverfassung 1934, zu sanktionieren.

War schon die Ausschaltung des Nationalrats - dessen drei Präsidenten am 4. März 1933 ihre Ämter niederlegten, ohne daß der letzte derselben, Dr. Sepp Straffner, die Sitzung geschlossen hätte, ein Verfassungsbruch, begangen dadurch, daß die Regierung den Nationalrat am 15. März 1933 durch Brachialgewalt am Wiederzusammentritt hinderte, so war die pflichtwidrige Nichtaktivierung des Nationalrats ein weiterer Verfassungsbruch.
Nach dem Verbot der NSDAP. und der Ausschaltung der Sozialdemokraten nach dem Februarputsch 1934 war durch Aberkennung der Mandate der Nationalrat nicht mehr vollzählig, er zählte nur mehr etwa drei Fünftel der seinerzeit gewählten 165 Abgeordneten. Davon gehörten gegen 70 der Christlichsozialen Partei an, der Rest entfiel auf die Großdeutschen, Landbündler und Heimatschutzabgeordneten. Einer der Wortführer der Großdeutschen in der für den 30. April einberufenen [234] Sitzung des Rumpf-Nationalrats war der Abgeordnete Dr. Ernst Hampel, der gestern einem Schriftleiter unseres Blattes Mitteilungen über den Verlauf der Sitzung machte, über die seinerzeit in der Presse nur höchst mangelhafte Berichte erschienen waren, da Bundeskanzler Dr. Dollfuß höchstpersönlich den Zensurstift gehandhabt und insbesondere von den oppositionellen Reden nur einige wenige, den Sachverhalt entstellende Sätze zur Veröffentlichung freigegeben hatte.

"Worauf, Herr Doktor, kam es den Vertretern der nationalen Opposition bei dieser Sitzung vor allem an?"

"Uns war es vor allem darum zu tun", erwiderte Doktor Hampel, "die Zahl der im Sitzungssaal anwesenden Abgeordneten unter der Ziffer 83 zu halten. Denn, abgesehen von der an und für sich verfassungswidrigen Einberufung der Sitzung selbst, waren geschäftsordnungsmäßige und verfassungsändernde Beschlüsse nur gültig, wenn von den 165 Abgeordneten des österreichischen Nationalrates wenigstens die Hälfte, also

83, anwesend waren und von diesen wieder eine Zweidrittelmehrheit den Beschlüssen zustimmte.

Im vollen und stetigen Einvernehmen mit der Landesleitung der NSDAP. mußten deshalb die nationalen Abgeordneten an diesem Tag außerhalb des Sitzungssaales bleiben, da im Fall ihrer Anwesenheit eben mehr als 83 Abgeordnete anwesend gewesen wären. So konnten bloß der Parteiobmann der Großdeutschen, Abg. Hermann Foppa, der jetzt in den Großdeutschen Reichstag gewählt worden ist, und ich als Klubvorsitzender namens der nationalen Opposition ihre feierlichen Rechtsverwahrungen vor der ganzen Welt abgeben."

"Welche Vorlagen hatte die Bundesregierung dem Rumpfnationalrat zur Beschlußfassung vorgelegt?"

"Die sogenannte Maiverfassung 1934, in die das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl eingebaut war, und 470 weitere Verordnungen, die auf Grund des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes erlassen worden waren. Also etwas viel für eine einzige Sitzung."

"War es nicht möglich, diese Sitzung überhaupt zu verhindern?"

"Das Parlament, selbst die Couloirs vor dem Sitzungssaal, [235] waren zum förmlichen Polizeilager geworden. Der Versuch die Sitzung zu behindern, wäre schon aus diesem Grund unausführbar, ja auch vollkommen unzweckmäßig gewesen. Galt es doch, den eklatanten Eid- und Verfassungsbruch der Dollfußregierung eindeutig und klar vor der ganzen Welt aufzuzeigen und zu beweisen."

"Wurde in der Sitzung selbst darauf hingewiesen, daß die Einberufung gesetzwidrig erfolgte?"

"Selbstverständlich! Gleich zu Beginn der Sitzung legte ich a!s erster Sprecher der nationalen Opposition unter Heranziehung der betreffenden Verfassungsbestimmungen dar, daß auf Grund der Argumentation der Dollfuß-Regierung selber die Einberufung dieser Parlamentssitzung vollkommen gesetzwidrig sei, daß einzig und allein nur der Bundespräsident durch Auflösung des alten Parlaments und Ausschreibung von Neuwahlen der Verfassung entsprechen könne."

"Welche Gründe führten Sie ins Treffen?"

"In erster Reihe den klaren und eindeutigen Wortlaut des kriegswirtschaftlichen Ermächtigungsgesetzes selbst, weiters aber den ebenso klaren Wortlaut des Notverordnungsrechtes des Bundespräsidenten, die beide jede Änderung verfassungsrechtlicher Bestimmungen

ausschlossen."

"Wie verhielt sich der 'Präsident' (Dr. Ramek) zu Ihren verfassungsrechtlichen Einwendungen?"

"Der ad hoc bestellte 'Präsident' machte sich die Sache mehr als einfach. Er erklärte mir, daß er sich meinen Rechtsausführungen nicht anschließen könne, weil die Regierung am 27. April eine Verordnung erlassen und diese im Bundesgesetzblatt veröffentlicht habe, mit der diese Sitzung einberufen worden sei. Diese Verordnung sei deshalb für ihn und die anderen Abgeordneten bindend. Mit mehr Schamlosigkeit hat man sich wohl noch nie in einem Staat der Welt über eine Staatsauffassung hinweggesetzt!"

"Sie erwähnten früher, daß die Regierung dem Rumpfnationalrat nicht weniger als 471 Verordnungen zur Genehmigung vorlegte, darunter auch die umfangreiche und inhaltsschwere Verordnung über die Mai-Verfassung 1934. Da hat der Verfassungsausschuß, dem ja diese Vorlagen zur Vorbera- [236] tung überwiesen werden mußten, wohl tagelange Sitzungen abgehalten, um diese Riesenarbeit zu bewältigen?"

"Gar keine Spur! Der Rumpf-Verfassungsausschuß erledigte diese 471 Vorlagen in wenigen Minuten in Bausch und Bogen. Die nationale Opposition legte natürlich auch im Ausschuß Protest ein, doch wurde er ebenfalls nicht zur Kenntnis genommen."

"Es war also nunmehr der Weg frei zur 'Verhandlung' im Rumpf-Nationalrat selbst. Was tat die nationale Opposition in diesem Stadium?"

"Nun trat der zweite Oppositionsredner, Abg. Prof. Hermann Foppa in Aktion. Namens der großdeutschen Abgeordneten gab er eine feierliche Erklärung ab, in der er vor dem deutschen Volk, vor der ganzen Welt Einspruch erhob gegen das Regime, das mit der Brachialgewalt der Bajonette den wahren Volkswillen zu beugen versuchte. Er erhob feierlichen Einspruch gegen die verfassungs- und gesetzwidrigen Beschränkungen der geistigen und körperlichen Freiheit, gegen die maßlosen Verfolgungen unschuldiger Menschen, gegen die willkürliche Vernichtung von Existenzen, gegen das jeder Humanität hohnsprechende Geiselverfahren, gegen das System der Anhaltelager und gegen das Denunziantenwesen, Einspruch gegen die verfassungswidrige Tagung des Parlaments, das verfassungswidrig in seiner Zusammensetzung, gar nicht in der Lage sei, einfache Beschlüsse, geschweige denn verfassungsmäßig zu qualifizierende Beschlüsse, zu fassen, Einspruch dagegen, daß der Artikel 44 der Verfassung 1929, der für eine Gesamtänderung der Verfassung eine Volksabstimmung vorsehe, durch ein illegales Parlament und eine illegale Abstimmung beseitigt werden solle."

"Welche Gegenvorschläge machte Abg. Prof. Foppa?"

"Er warnte die Regierung, das Konkordat mit dem heiligen Stuhl oder andere Staatsverträge (das Konkordat war bereits in die vorliegende Mai-Verfassung eingebaut) auf dieser ungesetzlichen Grundlage zu schließen, da solche Staatsverträge schon heute und für alle Zukunft als null und nichtig angesehen werden müßten. Er appellierte in letzter Stunde an den Bundespräsidenten, diesem beabsichtigten Eid- und Verfassungsbruch [237] der österreichischen Regierung die Bestätigung zu versagen und forderte ihn auf, das deutschösterreichische Volk zur Abstimmung darüber aufzurufen."

"'Was sagte Abg. Professor Foppa über die Beziehungen Österreichs zum Deutschen Reich?"

"Professor Foppa schloß seine denkwürdige Rede nach einem Hinweis auf den am 12. November 1918 vom Parlament einmütig gefaßten Beschluß: 'Deutsch-Österreich ist ein Bestandteil der Deutschen Republik' mit folgenden Worten:

'Wir erklären daher feierlich, vor aller Welt, daß es das unveräußerliche Naturrecht unseres Volkes ist, seine Beziehungen zum Deutschen Reich so innig zu gestalten, wie es seinen völkischen Zielen und seinem nationalen Selbstbestimmungsrecht entspricht.

Wir grüßen in dieser entscheidenden Stunde als freigewählte österreichische Volksvertreter mit dem Bekenntnis unserer Treue und leidenschaftlichen Liebe zu unserer österreichischen Heimat trotz aller Not, doch frohen Mutes unsere Brüder im Deutschen Reich und geloben, auf unserem völkischen Vorposten auszuharren, bis die Lebensforderung des österreichischen Volkes erfüllt ist: Keine Lösung der österreichischen Frage ohne das Deutsche Reich, keine Lösung des mitteleuropäischen Problems ohne Deutschland.'"

"Ergriffen auch Pro-Redner das Wort, um das Ermächtigungsgesetz zu verteidigen?"

"Außer dem Berichterstatter Ing. Winsauer sprach noch Abg. Dr. Aigner, der mit wenigen Sätzen die zustimmende Auffassung der Christlichsozialen zum Ausdruck brachte."

"Von der nationalen Opposition ergriff vor der Abstimmung selbst niemand mehr das Wort?"

"Doch, ich selbst! Ich stellte abermals fest, daß das österreichische Parlament 165 Abgeordnete zähle. Wenn die sozialdemokratischen Abgeordneten, zumeist hinter Schloß und Riegel, also durch Brachialgewalt, verhindert seien, ihrer Abgeordnetenpflicht zu entsprechen, ja, selbst wenn

man sich wieder den Standpunkt der Regierung zu eigen machte, daß deren Mandate als ungültig anzusehen seien, müßte bis zur entsprechenden [238] Ersatzwahl jederzeit das Haus formal mit 165 Stimmen und die Mindestzahl eines beschlußfähigen Hauses für verfassungrechtliche Beschlüsse unter allen Umständen mit einer Anwesenheit von mindestens 83 Abgeordneten angenommen werden. Ich beantrage deshalb die Auszählung des Hauses."

"Wurde diese vorgenommen?"

"Ja. Sie ergab eine Präsenz von nur 76 Abgeordneten. Aber der Vorsitzende erklärte mit frecher Stirn, daß das Haus aus 91 Mandataren bestehe und daß daher mehr als die Hälfte der Mitglieder des Nationalstes anwesend seien."

"Und welches Ergebnis hatte die Abstimmung?"

"Der Vorsitzende erklärte die neue Verfassung, das Konkordat mit dem Heiligen Stuhl und die 471 Gesetze mit 74 gegen 2 Stimmen (Foppa und Doktor Hampel) als angenommen. Ich verlangte nochmals das Wort zur Abstimmung, doch wurde es mir verweigert, worauf Prof. Foppa und ich mit einem feierlichen Protest gegen diesen offenen Verfassungsbruch und die ganze ungesetzliche Abstimmung den Sitzungssaal verließen. Noch im Abgehen erhielt ich einen Ordnungsruf."



30. Die Juli-Tragödie. (Wie Planetta und Holzweber starben.)

Aus dem Augenzeugenbericht von Ward Price in der "Daily Mail".

4. August 1934.

So schrecklich auch die Ermordung des Bundeskanzlers und der damit verbundene Hochverrat waren, so wird doch keiner, der der Verhandlung beiwohnte, bestreiten, daß Planetta, der den Bundeskanzler erschoß, und Holzweber, der die ganze Aktion gegen das Bundeskanzleramt leitete, beide sehr tapfere Männer waren, vor denen jeder Achtung haben muß. Ich habe dem ganzen Ablauf des Verfahrens gegen sie von Anfang bis zum bittern Ende beigewohnt und sah keinen von beiden auch nur den geringsten Augenblick durch eine Miene, durch einen Ton, eine Bewegung oder durch einen sonstigen Ausdruck auch [239] nur das geringste Zeichen von Furcht oder Zurückweichen verraten, obwohl sie von Anfang an wußten, welcher Würgetod sie in dem düstern, kleinen Hof hinter den Fenstern des mit Menschen vollgestopften Saales erwartete, in dem die Verhandlung (des Militärgerichtssenates) vor sich ging. Die letzten Worte, die sie in die Öffentlichkeit mit scharfer militärischer Stimme und strammster militärischer Haltung sprachen, werden mir für meine Lebzeit unvergeßlich bleiben.

"Ich glaube kaum", sagte Otto Planetta zum Gerichtshof, "ob ich die Sonne von morgen noch werde aufgehen sehen. Aber ich bin kein feiger Mörder und nichts lag mir ferner, als den Bundeskanzler zu töten. Die unmotivierten Bewegungen, die er mit seinen Armen machte, die unruhigen Schatten, die dadurch hervorgerufen wurden, und die ungeheure Aufregung, in der ich mich befand, haben vielleicht die Schüsse hervorgerufen. In meiner Absicht lagen sie nicht und dies ging auch dem schärfsten Befehl zuwider, den wir erhalten hatten. Ich bedaure den tödlichen Ausgang und bitte hier in aller Öffentlichkeit, der Witwe des Kanzlers mein schmerzliches Bedauern zu übermitteln." Planetta sprach in lautem Ton und überzeugte wohl alle, die ihn hörten.

Dann sprach Holzweber auch, lebhaft, wie während den ganzen Verhandlung... "Alles, was ich getan habe, tat ich für mein Vaterland. Getreu dem Grundprinzip des Führers aller Deutschen habe ich die Aufgabe der Besetzung des Bundeskanzleramtes nur unter der Bedingung und Voraussetzung übernommen, daß sie nicht mit Blut befleckt sein dürfe. Ich mußte auch annehmen, daß das gesamte Ministerium versammelt und vor allem, daß Dr. Rintelen zur Stelle sei. Denn wir gingen von der

Voraussetzung aus, daß Dr. Rintelen uns als neuer Kanzler mit seiner Autorität schützen würde. Als ich festgestellt hatte, daß der neue Kanzler nicht anwesend war, besprach ich mit dem Minister Fey ganz freundlich die Wege, auf denen wir die Aktion ohne Blutvergießen abblasen könnten. Ich sagte ihm, daß ein großes Mißverständnis vorliegen müsse und daß ich nun nicht mehr wüßte, was ich ohne Gefährdung einerseits meiner Leute, andererseits der verhafteten Minister zu tun hätte. Minister Fey gab uns sein Ehrenwort [240] als Offizier, daß uns nichts passieren würde. Wenn er dieses Wort bricht, wird es sich an ihm rächen..."

Franz Holzweber fuhr dann mit erhöhter Stimme fort: "Alles, was ich getan habe, tat ich für mein Vaterland! Ich bin ganz und gar darauf gefaßt, die nur offenbaren Konsequenzen meiner Handlungsweise auf mich zu nehmen..."

Drei Stunden später fand die Vollstreckung des Urteils statt, die um 4.30 Uhr nachmittags angesetzt war... Dem Urteil entsprechend mußte Holzweber als erster sterben. Er wurde in Begleitung eines evangelischen Geistlichen auf den düsteren Hof geführt. Festen Schrittes bestieg er das Gerüst und sagte mit weithin schallender Stimme: "Ich bitte doch, daß die militärischen Richter uns wenigstens die ehrliche Kugel des Soldaten gegönnt hätten. Die Schande des Hängens fällt nicht auf uns, sondern auf sie zurück. Ich sterbe für die Zukunft des deutschen Volkes. Heil Hitler!"

Dieser Ruf schallte wie durch ein Wunder von den Mauern des Gefängnisses zurück und in der Aufregung bemerkte ich erst nach einigen Sekunden, daß er eine vielseitige Antwort durch die Ventilationslöcher der Mauer gefunden hatte. Wahrscheinlich durch die Antworten angeregt, wiederholte auch Holzweber diesen Nazi-Gruß noch viele Male. Und es war das grauenhafte Erlebnis, von den toten Mauern des Gefängnisses, an denen man kein menschliches Wesen sah, diesen widerhallen zu hören...

Als Holzweber endlich nach einer entsetzlich langen Zeit vom Galgen gelöst war, bestieg Planetta das Gerüst. Er stieß die Henker, die sich seiner bemächtigen wollten, beiseite und sagte mit lauter Stimme: "Ich bete im Gnadenschutze zu Gott. Es lebe Deutschland! Es lebe Hitler!"

Als alles zu Ende war, suchte ich den Priester auf. Es ging ein Leuchten von ihm aus, nicht so, als ob er soeben erst einem Hingerichteten den letzten Trost der Kirche gespendet hätte. Ich fühlte, daß die Kraft des Glaubens stärker ist als der Tod.

(Sonderabdruck der Leipziger Neuesten Nachrichten, 5. August 1934.)

[241] 30a. Der Sinn der Befriedungsaktion Ing. Reinthaller

Aus der Sonderausgabe "Stunden der Entscheidung" der Zeitschrift "Der Weg," hg. Frauenfeld-Stuppäck (polizeilich eingestellt im Dezember 1934).
August 1934.

In der Beurteilung der unglückseligen Vorgänge der letzten Wochen (Juli-Aufstand) hat die Öffentlichkeit vornehmlich die persönliche und die moralische Seite der Ereignisse behandelt... Die politischen Wirrnisse, in die wir uns seit mehr als zwei Jahren verwickelt finden, können in ihrer völligen Bedeutung nur dem offenbar werden, der die Einmaligkeit der österreichischen Situation begreift und es aufgibt, nach politischen Analogien in der Zeitgeschichte zu suchen...

Es möchte ein zeitraubendes und überflüssiges Unternehmen bedeuten, die psychologische Verfassung des österreichischen Stammes seit dem Kriegsende und die aus ihr entsprungene Einstellung des Österreichers zu seinem Staate zu beleuchten, wenn nicht gerade diese längst entschieden geglaubten Dinge durch die politische Entwicklung der letzten Zeit in den Kern des Problems getragen worden wären. Aber selbst wenn die Frage, ob die österreichische Selbständigkeit auch noch aus andern als lediglich vernunftpolitischen Gründen erhaltenswert sei, unerörtert bleiben könnte, müßten die Verteidiger dieser Selbständigkeit zumindesten das entscheidende Zugeständnis machen, daß ihrer Argumentation alle Voraussetzungen fehlen würden, wäre dem auf den Anschluß gerichteten Kardinalwunsch des österreichischen Volkes und seiner Vertretung im Jahre des Friedensschlusses entsprochen worden. Auch die folgenden Jahre bezog der Grundsatz der Unabhängigkeit dieses Landes seine zwingende politische Kraft weder aus dem Willen der österreichischen Bevölkerung noch aus dem seiner oft wechselnden Regierungen. Seine Verankerung war keine zentrale, sondern eine periphere; die Wirksamkeit des Axioms war durch den Willen der im Weltkrieg siegreich verbliebenen Mächte bestimmt, die dem großösterreichischen Staate ein Ende gemacht und die Selbständigkeit des kleinösterreichischen wahrlich nicht [242] deshalb dekretiert hatten, damit er in irgendeiner Form die Traditionen und den Beruf seines Vorgängers fortsetze. Das Anschlußverbot wurde von diesen Mächten in der richtigen Erkenntnis verhängt, daß die Zertrümmerung der Monarchie für das mit nichts als ihrem Namen ausgestattete Restgebiet eine politische und ideologische Neuorientierung notwendig mache, deren unerwünschte Richtung man zur Kenntnis zu nehmen indes nicht geneigt war. Es mußte damit auch dem überzeugtesten Anhänger der österreichischen Selbständigkeit ein bedenklicher Schönheitsfehler, wenn schon nicht ein organisches Gebrechen seiner Idee sein, daß gerade jene Kräfte, die der

altösterreichischen Sendung, in welcher ja schließlich auch der kleinösterreichische Gedanke restlos verwurzelt ist, ein Ende bereitet hatten, die Schöpfer und Garanten der Unabhängigkeit des restösterreichischen Staates waren. Tatsächlich hatte diese Überlegung bis vor kurzem auch das Ergebnis, daß nur jener geringe Teil der Bevölkerung, der mit vollem Bewußtsein die Wiedererrichtung der Monarchie, und zwar mit einem größeren, über die Grenzen des gegenwärtigen Staates hinausreichenden Umfange, erstrebte, in der Ablehnung des Anschlusses eine programmatische Angelegenheit erblickte. Und auch dieser Teil fußte nicht deshalb auf dem Grundsatz der österreichischen Unabhängigkeit, weil er in ihm ein Idealprogramm von zeitlos gültiger Dauer erblickte, sondern weil er ihn zum Ausgangspunkt der Entwicklung einer auf größere Ziele gerichteten Politik für geeignet erachtete. Daß sich mit Ausnahme dieser bedeutungslosen Gruppe alle Parteien, auch jene, deren Programm eher alle andern Züge als die eines betonten Nationalismus aufwies, dem Anschlußgedanken verpflichtet glaubten, beweist, daß sie in ihm den politischen Zentralgedanken des österreichischen Volkes sahen, dessen Verwirklichung zwar angesichts der widrigen Umstände zeitlich nicht bestimmbar war, der aber nach Möglichkeit doch auch den ideellen Mittelpunkt aller Gegenwartspolitik bilden sollte. Durch die Stimmen des österreichischen Volkes und seiner Vertretungen wurde oft und unzweideutig zum Ausdruck gebracht, daß die Einheit des Volkstums in den beiden deutschen Staaten die Beseitigung der politischen Grenzen zwischen ihnen fordere. Aus solchen [243] Manifestationen durfte ein Recht abgeleitet werden, die Beziehungen der beiden Staaten unter andern Gesichtspunkten, als denen einer formalistischen Außenpolitik zu betrachten. Wer - aus welchen Gründen immer - darüber anderer Meinung wurde, mußte dartun (wollte er seine Auffassung zur offiziellen machen), daß die allgemeine Mentalität von dieser Gesinnungswandlung in der gleichen Breite ausgefüllt werde, wie sie von dem nunmehr verworfenen Grundsatz bisher besessen worden war.

In dem Gegensatz der deutschen zur österreichischen Auffassung streitet im wesentlichen ein Grundsatz gegen eine Aufgabe. Der Grundsatz, daß das Gemeinsamkeitsgefühl des Deutschtums letzten Endes auch die Verwirklichung der politischen Einheit fordert, steht gegen die Aufgabe, das reale Leben des abgetrennten deutschösterreichischen Volksteiles unter Beachtung der gegebenen politischen Verhältnisse zu fristen. Diese beiden Auffassungen sind untereinander durchaus des Kompromisses fähig. Erst als das durch die ungeheure Entwicklung einer überwältigenden Massenbewegung gesteigerte Nationalempfinden den Grundsatz der künftigen politischen Einheit als eine ehestens lösbare Aufgabe zu betrachten begann und die mit wichtigen Fragen der Gegenwartspolitik befaßte Regierung des österreichischen Volksteiles in der Reaktion auf diesen Standpunkt die von ihr zu lösende Aufgabe zu einem auch für die Zukunft

verpflichtenden Programm erhob, war der Zwist zwischen den beiden deutschen Bruderstaaten gesät... Sofern nur dieser Standpunkt (der Regierung) es nicht unternimmt, durch seine Behauptung in der Gegenwart die auf die Zukunft gegründeten Rechte des andern zu bestreiten, ist er legitimiert, den gegenwärtigen Gang der Dinge zu beherrschen und den Nöten der Zeit durch die Mittel des Augenblicks abzuhelfen. Konstituiert er sich aber unter Verdrängung des auf eine künftige nationale Einheit gerichteten Programms als oberster Staatsgrundsatz, so überschreitet er das Maß, und entfacht in jener gehobenen Sphäre der Politik, in der alle Mitglieder eines Gemeinwesens einig sein sollen, einen Kampf, den auch nur mit äußern Mitteln zu bestehen, alle Mittel materieller Macht dauernd aufgeboten werden müssen.

31. Der Staatsbesuch des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg in Rom

Österreichisches Kommuniqué vom 21. November 1934.

In den Unterredungen (mit Mussolini) wurden... die Voraussetzungen erörtert, unter welchen das politisch und wirtschaftlich gefestigte Österreich, unterstützt durch die Freundschaft Italiens und Ungarns, in die Lage versetzt werden könnte, in vollem Maße wieder der ihm zukommenden historischen Aufgabe gerecht zu werden, die darin besteht, dem Ausgleich der im Donauraum zusammentreffenden Kräfte zu dienen... Als nützlich wurde schließlich erkannt, die kulturellen Beziehungen zwischen den beiden Staaten durch den Abschluß neuer Vereinbarungen über die Gründung beiderseitiger Kulturinstitute in Rom und Wien zu vertiefen.

31a. Das Ergebnis von Stresa. (Im Zeichen der Paktpolitik und "Nichteinmischungs"frage.)

Nach dem Schlußcommuniqué vom 14. April 1935.

Punkt 3 (Österreich). Die englisch-französisch-italienischen Erklärungen vom 17. Februar und 27. September 1934 sind neuerlich bestätigt worden. Hinsichtlich des im französisch-italienischen Protokoll vom 7. Jänner 1935 (Laval-Besuch in Rom!) und im englisch-französischen Communiqué vom 3. Februar 1935 (Flandin-Laval in London) aufgenommenen Beschlusses einer gemeinsamen Beratung im Falle der Bedrohung der Unabhängigkeit Österreichs ist vorgeschlagen worden, eine Konferenz aller beteiligten

Regierungen ehestens nach Rom einzuberufen. (Als Termin geben die Zeitungen den 20. Mai an.)

(Vgl. Keesings Archiv der Gegenwart, Jg. 1935.)

31b. Zweite Führer-Erklärung über Österreich

Aus der Reichstagsrede.

21. Mai 1935.

Deutschland hat weder die Absicht noch den Willen, sich in die inneren österreichischen Verhältnisse einzumengen, Österreich etwa zu annektieren oder anzuschließen. Das deutsche Volk und [245] die deutsche Regierung haben aber aus dem einfachen Solidaritätsgefühl gemeinsamer nationaler Herkunft den begreiflichen Wunsch, daß nicht nur fremden Völkern, sondern auch dem deutschen Volk überall das Selbstbestimmungsrecht gewährleistet wird. Ich selbst glaube, daß auf die Dauer kein Regime, das nicht im Volk verankert, vom Volke getragen und vom Volke gewünscht wird, Bestand haben kann. Wenn zwischen Deutschland und der zu einem großen Prozentsatz auch deutschen Schweiz solche Schwierigkeiten nicht bestehen, dann einfach deshalb, weil die Unabhängigkeit und Selbständigkeit der Schweiz eine tatsächliche ist, und weil niemand zweifelt, in ihrer Regierung den wirklichen legalen Ausdruck des Volkswillens zu sehen.

Wir Deutsche haben aber allen Anlaß, zufrieden zu sein, daß sich an unserer Grenze ein Staat mit einer zum hohen Teile deutschen Bevölkerung bei großer innerer Festigkeit und im Besitze einer wirklichen und tatsächlichen Unabhängigkeit befindet. Die deutsche Regierung bedauert die durch den Konflikt mit Österreich bedingte Spannung um so mehr, als dadurch eine Störung unseres früher so guten Verhältnisses zu Italien eingetreten ist, einen Staat, mit dem wir sonst keinerlei Interessengegensätze besitzen.

31c. Erklärungen des Bundeskanzlers Dr. Schuschnigg

Aus der Rede im Bundestag.

30. Mai 1935.

... Daß Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung im Innern des Landes erforderlich seien, beweisen nicht nur die bitteren Erlebnisse des vergangenen Jahres. Sie sind auch in der Tatsache begründet, daß immer

noch, wenn auch zahlenmäßig unbedeutend (!) und in versteckter Weise agitierend, Kräfte im Lande am Werke sind, die ihre Aufgabe darin erblicken, nach Möglichkeit Unruhe zu erzeugen. Eines sei vorweggenommen: Die Wehrkraft Österreichs ist auch heute stark genug, um jede Abenteuerlust (!), sofern sich eine solche zeigen sollte, im Keime zu ersticken. Weil das allgemein bekannt ist, halte ich jede Befürchtung in dieser Richtung für vollkommen [246] unzutreffend und ich hoffe, daß wir einem ruhigen Sommer entgegengehen. Ich gebe der sicheren Hoffnung Ausdruck, daß dem Lande jede weitere Wunde erspart bleiben möge...

Der weiter kundgegebenen Auffassung, daß das Regime in Österreich nicht vom Volke getragen sei, muß entgegengehalten werden, daß diese Auffassung als sachlich unzutreffend, größtes Befremden zu erregen geeignet ist. Abgesehen davon handelt es sich hierbei um eine typische, rein innerösterreichische Angelegenheit, die einer offiziellen Beurteilung oder Wunschmeinung dritter Stellen niemals unterliegen kann... Aber auch weitere, gegen das neue Österreich erhobene Argumente vermögen einer sachlichen Prüfung nicht standzuhalten, so der Versuch einer künstlich großgezogenen Propaganda für eine Volksabstimmung. Mancher österreichischer Nationalsozialist rechnet vielleicht darauf, bei den parlamentarisch-demokratisch orientierten Mächten mit einer solchen Forderung auf Sympathie und Verständnis zu stoßen. Aber hier gilt das Gleiche: Zu spät! wir hatten Volksabstimmung am 25. Juli!... Seither gibt es fast Sonntag für Sonntag landaus, landein keine Gemeinde, in der nicht aus Erz und Stein der Stimmzettel Dollfuß-Platz, Dollfuß-Straße, Dollfuß-Gedächtnis zu finden sind...

So möchten wir, gerade wir, die wir aus eigenem Erleben einmal schon den Verlust des Vaterlandes mitgemacht haben, uns an die Zeit des Zusammenbruchs erinnernd, niemals vergessen, daß es auf uns und auf uns in erster Linie ankommt, daß eine Wiederholung eines ähnlichen Vorgangs in unserem Lande vermieden werde; daß es darauf ankommt, trotz aller Schwierigkeiten alles zusammenzufassen, was aufrichtig österreichischen Willens ist...

32. Aufruf der österreichischen "illegalen" Nationalsozialisten

In Flugzetteln und Plakaten in ganz Österreich verbreitet.

17. Januar 1936.

Im Namen des deutschen Volkes von Österreich erheben wir Nationalsozialisten vor aller Welt unsere Stimme, um folgendes festzustellen,

zu fordern und zu erklären: [247] Wir stellen fest, daß die Regierung des derzeitigen österreichischen Regimes durch Rechtsbeugungen und Verfassungsbrüche den Boden der Legalität verlassen, den Volkswillen ausgeschaltet und damit die den Staat tragende Rechtsgrundlage zerstört hat.

Wir stellen fest, daß das derzeitige System sich nur mit Mitteln gewaltsamer Unterdrückung und mit fremder Hilfe an der Macht erhält. Tausende der Besten des Volkes, die für Freiheit und Recht der Nation eintraten, werden verfolgt, entrechtet und in die Gefängnisse geworfen.

Wir stellen fest, daß das derzeitige Gewaltsystem zur Erhaltung seiner eigenen Macht gegen den Willen des Volkes ungeheure Summen sinnlos verschleudert, während es der immer mehr um sich greifenden Verelendung des Volkes nicht zu steuern vermag.

Wir stellen fest, daß die Regierung des gegenwärtigen Systems, indem sie vorgab, zum Besten des gesamten Deutschtums Österreichs Unabhängigkeit zu wahren, diese längst völlig preisgegeben hat zugunsten fremder Mächte, die den deutschen Staat Österreich als Werkzeug ihrer deutschfeindlichen Politik mißbrauchen.

Wir stellen fest, daß die vom gegenwärtigen Regierungssystem mißbräuchlich durchgeführte Vermischung von Religion und Staat das Ansehen der Kirche weitgehend herabgesetzt hat.

Im Bewußtsein dessen, daß das deutsche Volk von Österreich aus diesen Gründen in seiner überwältigenden Mehrheit das derzeitige System mit aller Schärfe ablehnt, hat dieses es bisher ängstlich vermieden, sich offen einer Volksbefragung zu stellen. Wir Nationalsozialisten Österreichs fordern aber im Namen des unterdrückten Volkes vor aller Welt: Recht, Freiheit und Frieden durch Volksbefragung!

Wir fordern: Wiederherstellung eines unanfechtbaren Rechts- und Verfassungszustandes in Österreich. Wir bekämpfen die Aufspaltung der Volksgemeinschaft in eine Minderheit von Bevorrechteten und eine Mehrheit von Rechtlosen.

Wir fordern restlose Einstellung der Rachepolitik nach den beiden Volkserhebungen vom Februar und Juli 1934 und die [248] Wiedergutmachung ihrer Auswirkungen in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht. Wir fordern eine freie, allgemeine und geheime Abstimmung zur Ermittlung des unverfälschten Volkswillens. Durch sie soll eine vom Vertrauen des Volkes getragene Regierung an die Macht gebracht werden, deren Aufgabe es sein wird, im Innern Arbeit und Brot für jeden Volksgenossen zu

schaffen und die wahre deutsche Volksgemeinschaft zu verwirklichen und nach außen eine Politik gesamtdeutscher Solidarität zu treiben, die in Ablehnung jeder volksfremden Abhängigkeit aus dem bisherigen Unruheherd Österreich ein Element der Sicherheit und des Friedens im Herzen Europas schafft.

Unerschütterlich auf dem Boden des nationalsozialistischen Programms stehend, erklären wir österreichischen Nationalsozialisten uns entschlossen, in eigener Verantwortung und aus eigener Kraft bis zur äußersten Grenze der Zurückhaltung mit den Waffen des Geistes und Charakters dafür zu kämpfen, daß die kostbarsten nationalen Güter - Vaterland, Volkstum, Heimat, Religion, Freiheit, Ehre und Recht - dem eigennützigen Mißbrauch der Gegenwart entzogen und in einer größeren Zukunft Gemeingut aller deutschen Volksgenossen in Österreich sein werden!
(Abdruck jetzt auch bei Fritz Berber,
Das Diktat von Versailles, Bd. 1, S. 588 ff.)

33. Das deutsch-österreichische Juli-Abkommen

a) Der öffentliche Staatsvertrag.

11. Juli 1936.

In der Überzeugung, der europäischen Gesamtentwicklung zur Aufrechterhaltung des Friedens eine wertvolle Förderung zuteil werden zu lassen, wie in dem Glauben, damit am besten den vielgestaltigen wechselseitigen Interessen der beiden deutschen Staaten zu dienen, haben die Regierungen des Deutschen Reichs und des Bundesstaates Österreich beschlossen, ihre Beziehungen wieder normal und freundschaftlich zu gestalten.

[249] Aus diesem Anlaß wird erklärt:

1. Im Sinne der Feststellungen des Führers und Reichskanzlers vom 21. Mai 1935 anerkennt die deutsche Reichsregierung die volle Souveränität des Bundesstaates Österreich.

2. Jede der beiden Regierungen betrachtet die in dem anderen Lande bestehende innerpolitische Gestaltung, einschließlich der Frage des österreichischen Nationalsozialismus, als eine innere Angelegenheit des anderen Landes, auf die sie weder unmittelbar noch mittelbar Einwirkung nehmen wird.

3. Die österreichische Bundesregierung wird ihre Politik im allgemeinen, wie insbesondere gegenüber dem Deutschen Reiche, stets auf jener grundsätzlichen Linie halten, die der Tatsache, daß Österreich sich als deutscher Staat bekennt, entspricht. Hierdurch werden die Römer-Protokolle ex 1934 und deren Zusätze ex 1936 sowie die Stellung Österreichs zu Italien und Ungarn als den Partnern dieser Protokolle nicht berührt.

In der Erwägung, daß die von beiden Seiten gewünschte Entspannung sich nur verwirklichen lassen wird, wenn dazu gewisse Vorbedingungen seitens der Regierungen beider Länder erstellt werden, wird die Reichsregierung sowohl wie die österreichische Bundesregierung in einer Reihe von Einzelmaßnahmen die hierzu notwendigen Voraussetzungen schaffen.

b) Punkt 5 des Gedächtnisprotokolls vom 10./11. Juli 1936.

Der Bundeskanzler erklärt, daß er bereit ist mit dem Zweck eine wirkliche Befriedung zu fördern, in dem geeigneten Zeitpunkte, der für eine nahe Zeit in Aussicht genommen ist, Vertreter der bisherigen sogenannten nationalen Opposition zur Mitwirkung an der politischen Verantwortung heranzuziehen, wobei es sich um Persönlichkeiten handeln wird, die das persönliche Vertrauen des Bundeskanzlers genießen und deren Auswahl er sich vorbehält. Hierbei besteht das Einverständnis darüber, daß die Vertrauenspersonen des Bundeskanzlers mit der Aufgabe betraut sein werden, nach einem mit dem Bundeskanzler zuvor festgelegten Plan für die innere Befriedung der nationalen Opposition und ihre Beteiligung an der politischen Willensbildung in Österreich zu sorgen.

[250] c) Telegrammwechsel Schuschnigg - Mussolini.

11. Juli 1936.

Es gereicht mir zur Freude, Euer Exzellenz mitzuteilen, daß ich soeben mit dem deutschen Gesandten, der hierzu vom Führer und Reichskanzler des Deutschen Reiches bevollmächtigt ist, ein Übereinkommen unterfertigt habe, das dazu bestimmt ist, die Beziehungen zwischen Österreich und Deutschland wieder normal und freundschaftlich zu gestalten. Bei diesem Anlaß erinnere ich mich gern der wiederholten, so überaus wertvollen Gespräche mit Euer Exzellenz, zuletzt in Rocca delle caminale. Ich bin überzeugt, daß Euer Exzellenz meine Befriedigung über das erzielte Abkommen teilen werden, das einen wertvollen Beitrag zum allgemeinen Friedenswerk darstellen soll. Ich möchte diesen Anlaß benutzen, um Euer Exzellenz neuerlich meiner aufrichtigen Freundschaft und meiner Entschlossenheit zu versichern, mit dem unter der starken und erfolgreichen Führung Euer Exzellenz stehenden Italien auf Grund der bewährten Römer-

Protokolle auch weiterhin im Einvernehmen mit Euer Exzellenz zusammenzuarbeiten.
von Schuschnigg.

Ich danke Euer Exzellenz für Ihr freundliches Telegramm. Das Abkommen, das Euer Exzellenz mit dem Vertreter des Führers und Reichskanzlers unterzeichnete, muß von allen, denen die Sache des Friedens am Herzen liegt, mit Befriedigung begrüßt werden. Das Abkommen bedeutet einen bemerkenswerten Schritt auf dem Wege des Wiederaufbaues Europas und der Donauländer. In diesem Geiste wurde, wie Sie sich entsinnen, die Frage in Rocca delle caminale besprochen und ferner auf dem Boden der italienisch-österreichisch-ungarischen Abkommen geprüft.
Mussolini.

d) Aufruf der "illegalen" Landesleitung Österreich (Hauptmann Leopold) an die Nationalsozialisten.

Juli 1936.

Wir Nationalsozialisten Österreichs haben den Führer verstanden. Wir werden in unerhörter Disziplin uns einfügen in die Lage, die er geschaffen hat, und dabei gern unsere Wünsche [251] zurückstellen gegenüber den Interessen des ganzen deutschen Volkes. Wir wollen darüber hinaus dem großen Friedenswerk des Führers ein Hüter sein. Wir werden den Vertrag, den er schloß, Punkt für Punkt genauestens befolgen, werden aber solches auch vom Gegner verlangen. Ehrlicher Friede und gerechte Verständigung kann nie diktiert werden, kann immer nur durch Recht und Freiheit garantiert und bewiesen werden. Soll der Friede dauerhaft sein, so muß er der Tatsache des Bestehens einer geschlossenen, unzerreißbaren nationalsozialistischen Bewegung und Gesinnungsgemeinschaft in Österreich Rechnung tragen. Jede Täuschung darüber oder Fortsetzung der Verfolgungen würde nur erneut Unfrieden und eine zu jedem Kampf entschlossene Abwehr hervorrufen. Wir stehen zu unsern Forderungen und Friede oder Kampf wird von der Ehrlichkeit der österreichischen Regierung abhängen.

(Wiederabdruck in der Essener National-Zeitung, 13. 3. 1939.)

34. Der 11. Juli in der Auffassung des Vizebürgermeisters Dr. E. K. Winter

Aus dem Buche "Monarchie und Arbeiterschaft" (erschienen September 1936).

Das neue Österreich ist nicht gerade arm an erschütternden Daten. Der 7. März 1933 (Ausschaltung der gewählten Volksvertretung), der 12. Februar 1934 (die sozialistische Revolte), der 25. Juli 1934 (die nationalsozialistische Erhebung) haben das österreichische Volk politisch und menschlich aufs tiefste aufgewühlt.
Nach diesen Ausbrüchen folgte bleierne Apathie. Der 11. Juli traf auf ein vielfach apathisches Volk. Eben deshalb war er möglich. Aber nun scheint es fast genug. Nach unserer Auffassung ist der 11. Juli, falls es bei ihm bleibt, der endscheidendste Tag der österreichischen Geschichte seit dem 12. November 1918. Wenn diese Auffassung richtig ist, dann wird das österreichische Volk aus der politischen Apathie, in die es versunken ist, in den nächsten Monaten überraschend erwachen! Die politischen Kräfte in diesem Lande rüsten sich zum letzten [252] Absprung. Mitreißen werden nur diejenigen Kräfte das Volk, die sich der historischen Stunde bewußt sind: Entweder finis Austriae oder eine nuova creatura, eine Neuschöpfung Österreichs, durch die wir der Mittelpunkt des Weltkampfes gegen das Dritte Reich werden! Ein Drittes gibt es nicht!...

Österreich ist erfüllt vom Ringen zweier Prinzipien, die vor dem Forum rationalen Denkens unvereinbar sind... Der eine Standpunkt betrachtet Österreich als deutsches Schicksal, das österreichische Volk als deutschen Stamm, die österreichische Kultur als ein Stück Deutschtum, den österreichischen Staat als eine deutsche Aufgabe. Der andere Standpunkt hingegen sieht das historische Gesetz der Auseinanderentwicklung Österreichs und Deutschlands in den Jahrhunderten. Das Heraustreten Österreichs aus Deutschland. Nicht wie das Kind aus dem Mutterleibe herauswächst, sondern wie sich Schicksale scheiden, die ein historisches Mißverständnis vorübergehend verkettet hatte... Es setzt sich nun ein integrales Österreichertum durch, das mit der verhängnisvollen Zuneigung zu Deutschland radikal bricht und die Idee des österreichischen Volkes, der österreichischen Kultur, des österreichischen Staates kompromißlos zu Ende geht.

(Auszug in der Schrift Wie es kommen sollte! von Dr. Anton Fellner, Linz 1938.)

35. Ein Neujahrsbrief des Thronprätendenten Otto

Überreicht Neujahr 1937 an die Bürgermeister sämtlicher österreichischer "Kaisergemeinden".

25. Dezember 1936.
Nach mir wird gerufen, weil die Heimat in Not ist!

....

Die Zeiten sind vorbei, wo wir es an Wünschen und Erwartungen genug sein lassen konnten. Was wir in diesen flüchtigen Stunden versäumen, bringt keine Ewigkeit zurück.
Darum zu dieser ernsten Jahreswende ein ernstes Wort!

Kommt meine Herrschaft zur rechten Zeit, so wird sie Österreich, soweit es an mir liegt - die Erfüllung seiner berechtig- [253] ten Hoffnungen bringen. Von den Gefühlen schwerer Verantwortung vor dem Ewigen Richter durchdrungen, werde ich die Pflichten getreulich erfüllen, die mir durch die Wiederherstellung des am 12. November 1918 verletzten Rechtes zufallen werden.

Ich will Österreich den Frieden geben, den Frieden nach außen und im Innern...

Unser Vaterland muß endlich die Brücke über die Kluft finden, die der 12. November 1918 zum namenlosen Unglück Österreichs aufgerissen hat. Die Revolution kann zur Erinnerung werden, wenn die Gemeinden, die mich zu ihrem Ehrenbürger erwählt haben, sich nunmehr fest zusammenschließen und ihrem Geiste immer neue Gemeinden gewinnen. In der Eintracht liegt die Kraft, die Wünsche Wirklichkeit werden läßt...

Allen Ihren Gemeindegenossen übersende ich, lieber Bürgermeister, meinen bewegten Gruß mit dem heißen Wunsch:

Auf baldiges Wiedersehen in der geliebten Heimat!

In der Fremde. Am Weihnachtstag 1936. Otto.

(Aus der legitimistischen Wochenzeitung Der Österreicher vom 8. 1. 1937.)

35a. Die Antwort des Bundeskanzlers auf die legitimistische Forderung

"Grundsätzliches zu einer wichtigen Frage" in der amtlichen "Wiener Zeitung".

10. Februar 1937.

Es ist durchaus zu verstehen, wenn manche annehmen, die Zusammenführung zu einer neuen Form der Friedens- und Rechtsgemeinschaft würde leichter vor sich gehen, wenn Österreich seine außenpolitische Sendung, die ihm durch die Geschichte und durch die geographische Lage gewiesen ist, durch die legitimistische Lösung der Staatsform mit einem gewissen Nimbus umgeben würde.

Deutet man auf diese mannigfachen Fragen hin, so appelliert man auch schon an das Verständnis dafür, daß die Neubegrün- [254] dung der Monarchie nicht als spontaner Akt, sondern nur als eine Folge der hierfür gereiften Verhältnisse vor sich gehen kann. Ein Monarch, der sich für seine Aufgabe legitimiert fühlt, braucht nicht wie ein Usurpator auf Hintertreppen oder durch Gewalt in sein Erbe zurückkehren. Er wird sich niemals durch die Ungeduld jener hinreißen lassen, die ihn zu einem voreiligen und damit verhängnisvollen Schritte bereden möchten... Nicht die Monarchie hat den "Revolutionsschutt" zu beseitigen. Dieser muß erst weggeräumt sein, bevor ein Monarch in sein Erbe wiederkehren kann. Ist es einerseits gewiß, daß die staatspolitische Entwicklung Österreichs die Vertiefung des autoritären Gedankens fordert, so ist auch daran nicht zu zweifeln, daß wir die letzte Etappe noch nicht erreicht haben. Gerade darum darf die Staatsführung von jenen Kräften, die für Autorität und Tradition wirken wollen, eine eifrige Mitarbeit in der V. F. erwarten, weil nur in der V. F. und nirgendwo anders eine tatsächlich einflußreiche politische Willensbildung möglich ist.

36. Vor dem Neurath-Besuch

Drei Neujahrsgrüße nach Berlin.

1. Januar 1937.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg:

Die Entwicklung der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reiche und Österreich seit dem 11. Juli läßt erkennen, daß die Wiederherstellung des freundnachbarlichen Verhältnisses auf beiden Seiten als Entlastung empfunden und mit Befriedigung begrüßt wird. Ein beiderseits als unnatürlich

beurteilter Zustand ist beseitigt und dadurch die Möglichkeit geschaffen, gemeinsame Interessen im gegenseitigen Einverständnis wahrzunehmen und alle Kräfte zum Zwecke des wirtschaftlichen Aufbaues und der Erhaltung des Friedens zu vereinen.

Bundesminister Dr. h. c. Glaise-Horstenau:

Trauervolle Jahre liegen hinter uns wie ein böser Traum. Eine tausendjährige Gemeinschaft schien zerrissen zu sein. Nun ist der Alpdruck von uns gewichen. Die Lehre war bitter genug. Nie mehr soll neuer Zwist uns trennen!

[255] **Staatssekretär Dr. Guido Schmidt:**

Dankbar gedenken wir an der Jahreswende des österreichischen Bundeskanzlers und des deutschen Reichskanzlers, die durch das Werk vom 11. Juli das Herzstück in die Friedenskarte Europas eingefügt haben: Das ist die Versöhnung der beiden deutschen Staaten.

(Auszug nach Wiener Neueste Nachrichten vom 1. 1. 1937, bzw. Berliner 12-Uhr-Blatt vom 31. 12. 1936.)

36a. Ein Zwischenspiel um die innere Befriedung

Aus dem Informationsdienst der "Essener National-Zeitung".

Die Linzer Neue Zeit, die häufig von Bundesminister Neustädter-Stürmer inspiriert wird, schreibt unter der Überschrift "Der deutsch-soziale Bund in Österreich":

In der Rede des Herrn Bundeskanzlers (vom 14. Feber) wurde der Gründung des Vereins Deutsch-sozialer Bund Erwähnung getan. Wir haben bisher über die Vereinsgründung keine nähern Daten mitgeteilt, da uns bekannt war, daß der Streit um die Vereinsgründung die Öffentlichkeit in der nächsten Zeit nicht mehr beschäftigen soll. Soviel uns bekannt ist, wurde dieser Wunsch des Bundeskanzlers der gesamten österreichischen Presse bekanntgegeben. Wir sind nicht besonders erstaunt, daß jene Blätter, welche sich seit jeher eindeutig als gegen die Befriedung gerichtet gezeigt haben, den Wunsch des Bundeskanzlers mißachtet und nunmehr die Diskussion über die Gründung

des Vereins in gehässiger Weise aufgenommen haben. Unter diesen Umständen kann man auch von uns nicht verlangen, daß wir uns weiter schweigend verhalten, und wir sind daher gern bereit, die Neugierde, die in gewissen Blättern geäußert wurde, weitgehend zu befriedigen:
Nach den Statuten setzt sich der Verein die Aufgabe, die nationalkulturellen und sozialen Interessen des deutschen Volkes in Österreich, namentlich aber auch die kulturelle Gemeinschaft mit dem gesamten deutschen Volk zu pflegen und den Gedanken der Volksgemeinschaft insbesondere durch soziale Werke zu [256] verwirklichen. Bei der Erfüllung dieser Aufgaben steht der Verein auf dem Boden der christlichen Weltanschauung. Was die Bedeutung der als Proponenten unterschriebenen Personen anlangt, so glauben wir der Sache am besten zu dienen, wenn wir die Namen der Betreffenden veröffentlichen.

Es folgt nun auf vier Seiten eine Auswahl wahrhaft klingender Namen von 493 Persönlichkeiten aus allen Gebieten der Politik, der Wirtschaft und des Kulturlebens - darunter Hauptmann Leopold als Führer der "nationalen Opposition".

(Schon im folgenden Monat entließ Schuschnigg den Minister Neustädter-Stürmer und die Linzer Neue Zeit verfiel der Einstellung.)

36b. Das Ergebnis des Neurath-Besuches

Amtliche österreichische Mitteilung.

24. Februar 1937.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Freiherr von Neurath, hat in Erwiderung des Besuches des Staatssekretärs für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Guido Schmidt in Berlin am 22. und 23. d. M. der österreichischen Regierung einen Besuch abgestattet. Der zweitägige Aufenthalt des Reichsministers in Wien hat den beteiligten Staatsmännern Gelegenheit zu eingehenden Aussprachen, die sich in einer überaus freundschaftlichen Atmosphäre abwickelten, geboten.

Diese betrafen in erster Linie die Beziehungen zwischen den beiden deutschen Staaten. Mit Befriedigung konnte festgestellt werden, daß sich das Abkommen vom 11. Juli 1936 als eine geeignete Grundlage für die Wiederherstellung eines vertrauensvollen und freundschaftlichen Verhältnisses erwiesen hat und geeignet erscheint, eine weitere erfolgreiche Zusammenarbeit in diesem Sinne zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang wurde auch auf den Abschluß des letzten

Wirtschaftsabkommens vom 27. Jänner l. J. hingewiesen und dabei der Erwartung Ausdruck gegeben, daß die hierdurch erzielte Anbahnung eines regeren Austausches im Güter- und Fremdenverkehr sich günstig auf die allgemeine Entwicklung der gegenseitigen Beziehungen auswirken werde.

[257] In kulturpolitischer Hinsicht wurden die einzelnen vordringlichen Fragen des gegenseitigen kulturellen Verkehrs eingehend erörtert und der bereits anläßlich des Berliner Besuches des Staatssekretärs Schmidt in Aussicht genommene Ausschuß für kulturelle Angelegenheiten zwischen Österreich und Deutschland bestellt, der bereits am 25. l. M. seine Tätigkeit aufnehmen wird.

Hieran schlossen sich naturgemäß auch Aussprachen über die gegenwärtig im Brennpunkt des allgemeinen Interesses stehenden Fragen der europäischen und insbesondere der mitteleuropäischen Politik, wobei völlige Übereinstimmung über die der Außenpolitik beider Regierungen zugrunde liegenden gleichartigen Bestrebungen zur Erhaltung und dauernden Sicherung des allgemeinen Friedens festgestellt werden konnte.



37. Das Ausbleiben der inneren Befriedung

Aus den Briefen eines "Landarztes" in der Linzer "Tagespost". 22. Mai 1937.

Unser Lebensraum muß durchflutet sein von einer lebensbejahenden Idee, die aus dem Volke wie aus tiefstem Borne emporsteigt. Eine Idee aber, die das Volk mit Glauben und Vertrauen an seine Zukunft erfüllen soll, muß wurzelverbunden mit der Heimaterde sein. Was nicht wurzelecht ist, verdirbt im rauhen Klima unserer Berge, okulierte Rosen sterben in der Strenge unserer Winter. Leidvolle Jahre hat Österreich hinter sich. Bruder stand gegen Bruder, der Sohn gegen den Vater. Die Ideen der Welt kreuzten sich im Schnittpunkt Österreich. Diese Zeit hat der Geburtenentwicklung mehr geschadet als die Zeit des Marxismus. Was soll ich Mutter sein, wenn mein Sohn gegen den Vater steht? Es ist töricht, sich und der Welt vorzumachen, daß diese Zeit abgeschlossen ist. Noch steht Bruder gegen Bruder, noch steht Vater gegen Sohn, wenn auch meist auf einer Seite der Kampf nur verbissener Ingrimm und heimlich in der Tasche verkrampfte Faust ist. Aber der latente, der schleichende Kampfzustand ist da und hindert das deutsche Weib an das Graserl für sein Haserl zu glauben. Tief in des Volkes Seele, wurzelecht und wurzelverbunden mit dem Heimatboden ist die Idee des innern Frie- [258] dens längst erstanden. Die Idee muß nur arm am Boden ranken, weil tausend Wichtigtuer mit Justamenten und Prinzipien und Klauseln ihr das Dasein verargen. Die Idee der innern Befriedung erstand nicht im Interesse derer, die sich gegen die Regierung des Staates stellten und dafür büßen. Sie erstand im Interesse des Staates. Der Staat kann nur dann in die Jahrhunderte ragen, wenn ihm seine Mütter Kinder schenken. Sie schenken ihm Kinder aber nur dann, wenn sie an ihn glauben. Sie glauben aber nur dann an ihn, wenn ihnen alle sagen, daß der Glaube begründet ist. Es sagen ihnen aber nur dann alle das, wenn alle von dem Geist der Eintracht und des Friedens im Dienste der Heimat erfüllt sind.

Man kann mir nun sagen, der Wunsch sei Vater des Gedankens, weil mir die innere Befriedung gerade in meinen Kram passe. Es wird an Stimmen nicht fehlen, die sagen, Geburtenzuwachs und innere Befriedung hätten nichts mitsammen zu tun. Sie haben aber mitsammen gar sehr zu tun. Den Beweis dafür kann ich freilich erst erbringen, wenn die innere Befriedung noch Jahr und Tag ausbleibt und als Folge davon, die Lawine des Geburtenrückgangs in ein beschleunigtes Tempo kommt. Dann wird es allerdings zum Erkennen zu spät sein. Der Beweis würde sich schließlich von selbst erbringen, wenn die innere Befriedung kommt und als Ausdruck dafür, daß nunmehr der Glaube an unseres Volkes Zukunft ein allgemeiner ist, die Zahl der Kinder steigt. Als in Deutschland und in Italien der Glaube an den Staat ein fanatischer und vom ganzen Volke getragener wurde, da stieg die

Geburtenzahl sofort, denn da wußten die Mütter: Gibt Gott ein Haserl, so gibt er auch das Graserl!

38a. Staatsrat Dr. Seyß-Inquart über nationale und soziale Aufgaben in Österreich

Ansprache in der Union auswärtiger Journalisten.
6. Oktober 1937.

Nationale Aufgaben sind soziale Aufgaben und es gibt keine sozialen Aufgaben, die nicht nationale sind. National sein heißt heute die Erkenntnis besitzen von der Bedeutung des Volks- [259] tums, in dem wir stehen, heißt fühlen, was wir sind, und umfaßt alles, was in den Kräften des Volkstums gelegen ist.
Was heißt sozial sein? Einordnung des einzelnen und seiner Kräfte in die Volksgemeinschaft ist die Grundhaltung jeglichen sozialen Denkens. Das, was wir sind, erfließt aus dem Volkstum und daraus ergibt sich die Verpflichtung, das, was wir aus dem Volkstum geworden sind, für die Volksgemeinschaft einzusetzen.

Meine Auffassung ist eine absolut gesamtdeutsche. Wir haben unsere Aufgabe hier im Donauraum zu erfüllen, aber immer als Deutsche.

Was nun die Unabhängigkeit Österreichs betrifft, so ist diese ausschließlich eine Sache des deutschen Volkes. Der einzige Garant für die Unabhängigkeit und Selbständigkeit Österreichs ist das deutsche Volk in Kenntnis seiner Aufgaben im deutschen Raum. Alle übrigen sind nur Interessenten an der Unabhängigkeit. Wenn ich das sage, möchte ich feststellen, daß nicht erst der 11. Juli die gesamtdeutsche Schicksalsgemeinschaft hergestellt hat, sondern daß es das gesamtdeutsche Schicksal war, das zum 11. Juli führte.

(Gekürzte Wiedergabe nach Die Warte, Oktober 1937.)

38b. Programm des Volkspolitischen Referats

Dr. Walter Pembaur: "Die Aufgabe", abgedruckt in den "Wiener Neuesten Nachrichten".

17. Oktober 1937.

Nach der Errichtung des jüngsten Referats im Rahmen der Front stellten sich von allen Seiten die Fragen ein: was bringt das Volkspolitische Referat,

welche sind seine Aufgaben und Zieleseiner Gründung schöpfte? Den berechtigten Fragen ließ ich bisher keine Beantwortung zuteil werden, ich widerstand jeder Verlockung, mich als Prophet zu versuchen. Diese Zurückhaltung hatte ich mir hauptsächlich deshalb auferlegt, weil ich der Überzeugung bin, daß die Bevölkerung nicht Worte hören, sondern Taten sehen will, und weil es mir nicht [260] um die Betonung meiner Person, sondern um die Durchführung der Sache zu tun ist., wie lautet sein Programm, und wird es die Hoffnung erfüllen, die man bei seiner Gründung schöpfte? Den berechtigten Fragen ließ ich bisher keine Beantwortung zuteil werden, ich widerstand jeder Verlockung, mich als Prophet zu versuchen. Diese Zurückhaltung hatte ich mir hauptsächlich deshalb auferlegt, weil ich der Überzeugung bin, daß die Bevölkerung nicht Worte hören, sondern Taten sehen will, und weil es mir nicht [260] um die Betonung meiner Person, sondern um die Durchführung der Sache zu tun ist.
Nun hat das Volkspolitische Referat einen ersten grundlegenden Schritt getan, und dieser gibt den berechtigten Anlaß, von den Aufgaben des Referates zu sprechen. In jedem Lande wurde im Rahmen der Landesführung der Vaterländischen Front ein Referat bestellt. Dadurch steht das Volkspolitische Referat auf breiterer Grundlage, seine Verankerung einerseits in der Führung der Vaterländischen Front, andererseits in weitesten Kreisen des Volkes, ist eine wesentlich stärkere geworden. Es wird nun die nötigen Verbindungen herstellen können, das bisher bestehende Mißtrauen muß mit der Betätigungsmöglichkeit der neu bestellten Landesreferenten behoben werden. Gewiß werden auch einzelne der Persönlichkeiten, deren Auswahl der Herr Bundeskanzler bestätigte, noch der Kritik von dieser oder jener Seite ausgesetzt sein; indessen wird man dem Referat und allen seinen Mitarbeitern die Zeit gönnen müssen, sich zu bewähren und die Absicht aufrichtiger, zielbewußter und rückhaltloser Arbeit unter Beweis zu stellen.

Die Aufgaben, die durch den Namen Volkspolitik umfaßt werden, sind groß, bedeutsam und darum nicht minder verantwortungsvoll. Die Errichtung des Referates bezweckt zunächst die Lösung jener innerpolitischen Spannungen, die sich immer wieder zum Nachteil des ganzen Volkes in Österreich auswirkten. Die Gegensätze hatten sich verkrampft und der positiven Aufbauarbeit stand eine verbitterte Opposition gegenüber; aus den Erfahrungen der letzten Jahre muß aber endlich die Erkenntnis reifen, daß sich eine negative Einstellung zum Staate in erster Linie zum Nachteil der Nationalen selbst ausgewirkt hat. Es muß darum den Nationalen wieder zum Bewußtsein kommen, daß sie in Österreich, ihrem Vaterlande, eine deutsche Aufgabe zu erfüllen haben!

Soll es aber möglich sein, die bisher abseits stehenden Kreise zu einer legalen Mitarbeit heranzuziehen, müssen die Voraussetzungen hierfür geschaffen sein: wir wollen in die Front, die durch Gesetz als Träger der politischen Willensbildung bestimmt ist, mit loyaler Gesinnung und mit

offenem Visier eintreten; wir wollen uns der gegebenen Verfassung einordnen. [261] Aber wir dürfen auch erwarten, daß wir in dem Augenblick, da wir den Willen zu positiver Mitarbeit erwiesen haben, auch als gleichberechtigte Bürger betrachtet werden. Das Kriterium der Wertung soll nicht mehr das sein, was einer einst gewesen, sondern was er ist, und was er leistet.

Über die vielen Fakten, die eine traurige Zeit der Zerklüftung der Deutschen in Österreich über uns gebracht, muß sich endlich das milde Vergessen senken. Das Volkspolitische Referat wird sich in seiner Arbeit nicht darin erschöpfen dürfen, für hunderte von Einzelfällen eine versöhnende und verzeihende Einstellung zu erwirken, es wird vielmehr seine Aufgabe darin zu erblicken haben, für die Zukunft jene Richtlinien zu erstellen, die eine Wiederholung der überwundenen Gegensätze für immer verhindern.

Die Heimatliebe ist in ganz besonderem Maße dem deutschen Volk eigen; aus der Heimatliebe erwuchs erst in neuerer Zeit das wache Bewußtsein der Volkszusammengehörigkeit. Wer die Heimatliebe austilgen wollte, schüfe darum kein stärkeres Volksbewußtsein. Deshalb muß auch dem deutschbewußten Österreicher klar werden, daß er in diesem Lande seiner Väter eine nationale Aufgabe besitzt; in der Pflege der heimischen Scholle, der heimischen Kultur wird er seine deutsche Sendung finden. Unsere schöne österreichische Heimat war ja auch immer das erste Ziel der Wandersehnsucht der Deutschen aus dem Reich. Wenn uns die Möglichkeit einer legalen Arbeit für unser Volk im Rahmen der Heimat offen steht, dann, glaube ich, wird jeder von uns wieder bekennen müssen: wir lieben dieses Land, denn in ihm ist unsere deutsche Aufgabe geborgen, wir lieben Österreich, weil wir Deutsche sind!

Das kommende Jahr soll das der Verwirklichung der Verfassung sein. Das Volkspolitische Referat wird in seinem Rahmen daran mitzuarbeiten haben, daß die Tüchtigen und Berufenen, die positiven Kräfte nach den Grundlagen der ständischen Verfassung zum Dienst am Staat herangezogen werden. Unser Bundeskanzler hat beim großen Appell am Rathausplatz seinem letzten Gruß das Wort Freiheit eingefügt. Wir alle, die wir als aufrechte Deutsche unser Vaterland Österreich bewohnen, freuen uns dieses Wortes; Freiheit nach außen soll [262] dem Staate werden, Freiheit im Inneren allen denen, die des guten Willens sind. Dann wird Österreich seiner Aufgabe gerecht werden, die eine deutsche ist!

39. Ein "Katechismus der Führenden"

Aus der Einleitung des Buches: "Österreich im Prisma der Idee" von Baron Leopold Andrian.

Graz 1937.

Das weitere Schicksal des Buches aber ist unzertrennbar von jenem der österreichischen Idee. Ist dieser nach Gottes Ratschluß Untergang und dem Volke, das ihr Träger ist, Verlust des Eigendaseins bestimmt, so wird die Geschichtsschreibung der Zukunft seiner nur als literarischer Seltsamkeit, als Zeugnis der Geisteshaltung seit langem entschwundener Kämpfer für eine besiegte Sache Erwähnung tun. Wenn aber Kaiser Karl auf Madeira und Engelbert Dollfuß im Wiener Ballhauspalast nicht umsonst ihr Leben für Österreichs Auferstehung und Triumph geopfert haben, dann wird dieser vaterländische Katechismus von künftigen österreichischen Geschlechtern als klassisches Denkmal aus der Zeit ferner heroischer Daseinskämpfe, als eine der ersten Offenbarungen des sehend gewordenen Patriotismus, als eines jener grundlegenden Ahnenwerke, welche jede Generation der nachfolgenden ehrfürchtig überliefert, gepriesen werden.

... Dieses Buch ist keine Apologetik, es richtet sich nicht an die Ungläubigen, vielmehr an die österreichischen Patrioten, die gefühlsmäßig und über alle Worte hinaus dasjenige erfaßt haben, was den duftartigen Reiz ihres Vaterlandes und ihres Volkes ausmacht... Die österreichische Nation zu sichern ist der gegenwärtigen Generation erste Pflicht; sie ihr einzuprägen, ist dieses Buch geschrieben worden... Unersetzlich kostbar für Deutschland ist eine in voller Eigenpersönlichkeit lebende, das zartschimmernde Gewebe ihrer Kultur aus sich herausspinnende österreichische Volksgemeinschaft. Denn nur eine solche vermag außer den eigenen die größten deutschen Werte einer Welt, die sie sonst verloren geben würde, zu vermitteln und steigert solchermaßen die Wirkungsfähigkeit des deutschen Geistes ins Unberechenbare.

[263] Der Erhaltung und Ausgestaltung der österreichischen Volkswesenheit, durch die allein die österreichische Sendung verwirklicht werden kann, haben die Patrioten dieser Zeit, derselben Aufgabe auch hat nach dem Vorsatze des Verfassers (der auch eine "österreichische" Sprache propagiert) dieses Buch zu dienen.

(Im weiteren gliedert sich das Buch in drei Kapitel - ein philosophischer, ein geschichtlicher und ein politischer Abend - die durch Wechselreden zwischen einem Adligen, einem Jesuitenpater, einem Dichter und einem jungen Heimwehroffizier ausgefüllt werden und in einem gemeinsamen Hoch auf den

- Kaiser ausklingen. Hier nur eine kurze Testprobe aus dem politischen Abend: "Man relegiert ein paar hochverräterische Studenten, pensioniert wohl einmal auch einen allzu offenkundig hochverräterischen Professor. Aber die Ideologien, deren Frucht der Verrat ist, werden ungestraft vorgetragen, weil sie sich wissenschaftlich verkleiden. Ich habe mir von Fakultäten erzählen lassen, in denen sich keiner habilitieren kann, der österreichischer Gesinnung verdächtig ist. Sicherlich kann das österreichische Kulturwerk nicht zu gutem Ende gebracht werden, solange die Phalanx seiner Feinde die Hochschulen hält...")

39a. Schuschniggs Kanzlerbuch "Dreimal Österreich"

Ende 1937.

In dem Abriß altösterreichischer Geschichte betont der Verfasser besonders, daß der Kaiserstaat als Hort deutscher Kultur und nationaler Mission anzusehen war, und daraus schöpft er seine Ideologie für das dritte Österreich.

Ausführlicher kommt er auf die legitimistische Bewegung zurück und erneuert eine frühere Erklärung, wonach die Staatsform als eine rein innerösterreichische Angelegenheit zu betrachten sei, "die keine Einmischung von dritter Seite zulasse". Er zieht dann auch die Grenzen für die monarchistische Agitation.

An anderer Stelle wiederholt er eingehend diese Grundtendenzen seiner Ideologie und seiner Ziele: Diese (österreichische) vermittelnde Aufgabe ist auf wirtschaftspolitischem wie auf kulturpolitischem Gebiet gelegen; sie unterscheidet sich von [264] früher dadurch, daß sie dem machtpolitischen Bereich entrückt bleibt.

Zu dem Vorwurf, das Juli-Abkommen sei von Österreich nicht restlos eingehalten worden, heißt es u. a.: "Das Jahr (1937) hat nicht alles gehalten, was 1936 versprochen hatte. Demnach wäre es ungerecht, den Fortschritt zu übersehen. Aber wir sind der Lösung, zumindest doch der Klarheit über die Lösungsmöglichkeiten, näher gekommen."

Im Schlußwort zitiert Schuschnigg ein Wort Hammerstein-Equords (Kulturreferent der Regierung, früher Sicherheitsdirektor und -staatssekretär!) aus dem Jahre 1935, daß es nicht leicht sei, die österreichische Geschichte zu verstehen, schwerer aber noch die österreichische Idee faßbar zu machen. Auf die Frage, was Österreich sei, könne man witzige Antworten hören, kaum eine erschöpfende und befriedigende, manche zweifelnde, und ich fürchte, keine, die eine rechte Glaubensstärke sprüht. Aber kommen nicht

manchem von uns immer wieder in trüben Stunden auch heute noch Zweifel an Österreich? Ob es noch einen Sinn hat, ob es sich wird behaupten können? Ob es dafür steht, sich weiter als Österreicher zum österreichischen Vaterland zu bekennen? Der Bundeskanzler will als Antwort nur ein tausendfaches Ja!

(Auszüge nach Die Warte, Dezember 1937.)

39b. Schuschniggs Neujahrs-Interview 1938

5. Januar 1938.

Bundeskanzler Dr. Schuschnigg hat einem Sonderkorrespondenten des Daily Telegraph, Kees van Hoek, ein ausführliches Interview gewährt, das bemerkenswert ist wegen der scharfen Ablehnung des Nationalsozialismus für Österreich. "Ein Abgrund trennt Österreich vom Nationalsozialismus", erklärte der Kanzler, "wir sind nicht für willkürliche Gewalt, wir wollen, daß Recht unsere Freiheit bestimmt, wir lehnen eine Zentralisation ab und halten an dem Gedanken der Autonomie fest. Das Christentum ist in dem Boden unseres Staates fest verankert, wir kennen nur einen Gott, das ist nicht der Staat oder die Nation oder der dehnbare Begriff Rasse. [265] Unsere Kinder sind die Kinder Gottes, die nicht vom Staate mißbraucht werden dürfen. Wir verabscheuen den Terror. Österreich ist immer ein humanitärer Staat gewesen. Als Volk sind wir von Natur aus tolerant."

Auf die Frage des Korrespondenten, ob der Bundeskanzler für die Wahrung des Status quo sei, erwiderte Dr. Schuschnigg, ich war es nicht 1918, aber ich bin es heute. "Jede Änderung könnte nur zum Schlechten sein. Unsere Außenpolitik, so wie sie durch unsere besondere Zivilisation und unsere geographische Lage bestimmt ist, hat nur einen Zweck: Sie will unserm Volke ermöglichen zu leben und ihm seinen Anteil an einem allgemeinen Wohlstand sichern. Dieses Ziel kann im Rahmen unseres jetzigen Staates erreicht werden. Ich scheue mich nicht zuzugeben, daß ich eine große Sympathie für Mussolini habe, indem ich anerkenne, daß er niemals den leisesten Versuch gemacht hat, sich in unsere auswärtigen oder inneren Angelegenheiten einzumischen. Die Behauptung aber, daß wir uns im Schlepptau Italiens befinden, ist reine Erfindung."

Auf die Frage, ob der Kanzler für die Wiederherstellung der Monarchie eintrete, erwiderte Dr. Schuschnigg: "Ich bin der Tradition und meiner Überzeugung nach ein Monarchist. Ich kann aber nicht vorgehen, wie es einige meiner Anhänger wünschen würden. Eine Restauration ist zur Zeit unmöglich. Die Rückberufung Ottos würde heute zu ernsthaften Schwierigkeiten führen, nicht nur mit der Kleinen Entente und mit

Deutschland, sondern würde den Vorwand zu einer allgemeinen Konflagration in Europa bieten. Die Bedingungen müssen langsam geschaffen werden. Jeder Patriot muß sich mit dem Regime abfinden, das die geringsten Widerstände bietet. Die Habsburgerfrage darf nicht die Rekonstruktion von Zentraleuropa hintanhalten. Die Beziehungen zwischen den Donauländern sind seit 1918 niemals so erfreulich gewesen wie heute und ich hoffe, daß die wachsende Einsicht in die Gemeinsamkeit unserer Interessen eines Tages Resultate zeitigen werde, die etwas für die Zukunft des Friedens in Europa bedeuten."

Der Bundeskanzler setzte abschließend auseinander, daß Österreich sich der Bindung an Deutschland wohl bewußt sei. Indem wir die historische Mission Österreichs in Zentraleuropa er- [266] füllen, sagte Dr. Schuschnigg, werden wir auch weiterhin dem deutschen Volke als Ganzem einen großen Dienst leisten, aber nicht im Wege des Anschlusses, durch den Österreich ein zweites Bayern werden und zum Range einer Provinz herabsinken würde, sondern als selbständiger Staat.

(Nach Mittagausgabe des Neuen Wiener Tagblatt.)

40. Die Verfolgung des Nationalsozialismus

Aus dem Salzburger Strafregister.

Januar 1938.

Das Salzburger Volksblatt veröffentlichte einen Auszug der politischen Strafen, die das Salzburger Landesgericht in der Verbotszeit gegen Nationalsozialisten fällte. In dieser Bilanz sind nur die gerichtlichen Strafen, nicht aber die unzähligen Verwaltungsstrafen und Parallelstrafen enthalten. Auch die zahllosen Geldstrafen und Geiselinhaftierungen sind hierin nicht erwähnt.

Aus dem Strafregister des Salzburger Handesgerichtes sind drei große Gruppen ersichtlich: Jugend-Schöffengericht, Einzelrichter und Schöffen- und Schwurgericht.

Vor dem Jugend-Schöffengericht standen 176 Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren. Das Jugendgericht fällte Strafen im Ausmaße von 20½ Jahren, 223 Monaten, 244 Wochen und 24 Tagen. Die Monats- und Wochenstrafen dominieren also, wenngleich auch die Jahresstrafen in diesem Ausmaß für Jugendliche ganz erklecklich sind. Die meisten Strafen vor dem Jugendgericht fielen im Jahre 1937 mit 112. Vor den Einzelrichter wurden 300

Nationalsozialisten gezerrt. Er verhängte Strafen von insgesamt 401½ Monaten, 502 Wochen und 446 Tagen. Die meisten Fälle (159) standen 1934 zur Verhandlung, 1937 gab es nur zwei Fälle. Anscheinend war der Einzelrichter dem System zu human, denn er wurde im Laufe der Jahre immer seltener. Der ganze Sadismus des Systems tobte sich vor dem Schöffen- und Schwurgericht aus. Hier wurden 748 Fälle "verhandelt". Die meisten Verurteilungen (342) erfolgten im Jahre 1937. Das Höchstmaß der Strafen [267] wurde 1934 verhängt: 206¼ Jahre, 239½ Monate, 111 Wochen, 23 Tage.

Zum Tode durch den Strang wurden im Salzburger Landesgericht 30 Parteigenossen verurteilt. Im Jahre 1934 neun, im Jahre 1935 21 Parteigenossen. Einer von diesen wurde zu lebenslänglichem schweren Kerker, 29 zu Kerkerstrafen von insgesamt 405 Jahren "begnadigt".

Sehr aufschlußreich wird diese traurige Statistik, wenn man die Gesamtziffer betrachtet. Insgesamt wurden in dem kleinen Land Salzburg 1224 Nationalsozialisten vor Gericht verurteilt. Sie erhielten 1042 Jahre, 8 Monate und 23 Tage. Das Höchstausmaß der Strafen fiel im Jahre 1934 mit 487 Jahren, 2 Monaten und 17 Tagen. Die meisten Verurteilungen (456) erfolgten jedoch im Jahre 1937. In dem Jahre nach dem Abkommen vom 11. Juli 1936! So sah Schuschniggs "Befriedungsaktion" aus! Bedingt wurden von 1224 nur 139 Verurteilungen ausgesprochen, wobei jedoch 98 Fälle allein dem Jugendgericht gutzuschreiben sind.

Welchen Schwung sich das System für 1938 nahm, geht daraus hervor, daß allein im Jänner 1938 nicht weniger als 124 Parteigenossen vor dem Salzburger Gericht standen und in diesem einen Monat allein vier Jahre, 284 Monate und 173 Wochen ausfaßten.

(Das Bundesland Salzburg zählte, was bei der richtigen Einschätzung dieser von den Wiener Neuesten Nachrichten am 30. April 1933 als Beispiel vorgenommenen Veröffentlichung zu beachten ist, rd. 250 000 Einwohner!)

41. Das Berchtesgadener Abkommen mit Schuschnigg

Amtliche Mitteilung, erschienen nach der Wiener Regierungsumbildung. Außerdem erfolgte bis 19. Feber eine Amnestieerklärung und im Zuge der sogen. "Liquidierung der Illegalen" die Zusicherung der nationalsozialistischen Gesinnungsfreiheit.

Wien, 15. Februar 1933.

In der Aussprache, die am 12. Februar zwischen dem Führer und Reichskanzler und dem Bundeskanzler Dr. Schusch- [268] nigg auf dem Obersalzberg bei Berchtesgaden stattgefunden hat, wurden alle Fragen der Beziehungen zwischen dem Deutschen Reich und Österreich eingehender Erörterung unterzogen. Ziel dieser Aussprache war, die bei Durchführung des Abkommens vom 11. Juli 1936 aufgetretenen Schwierigkeiten zu bereinigen.

Es ergab sich Übereinstimmung darüber, daß beide Teile an den Grundsätzen dieses Abkommens festzuhalten entschlossen sind und dasselbe als den Ausgangspunkt einer befriedigenden Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Staaten betrachten.

In diesem Sinne haben nach der Unterredung vom 12. Februar 1938 beide Teile die sofortige Durchführung von Maßnahmen beschlossen, die Gewähr leisten, daß ein so enges und freundschaftliches Verhältnis der beiden Staaten zueinander hergestellt wird, wie es der Geschichte und dem Gesamtinteresse des deutschen Volkes entspricht.

Beide Staatsmänner sind der Überzeugung, daß die von ihnen beschlossenen Maßnahmen zugleich ein wirksamer Beitrag zur friedlichen Entwicklung der europäischen Lage sind.

(In Berlin erschien ein gleichlautendes Communique.)

41a. Abschiedsworte des Botschafters von Papen

Aussprache in der Österreichisch-Deutschen Arbeitsgemeinschaft (Vorsitz: Friedrich Tilgner und Richard Riedl).

18. Februar 1938.

Wenn ich nach dem Befehl des Führers in wenigen Tagen diesen Posten verlassen werde, so glaube ich, dies mit gutem Gewissen gegenüber meinem Auftraggeber und den Interessen des deutschen Volkes zu tun. Mein Streben in dieser Zeit war es gewesen, dem Gedanken der deutschen Einheit auf friedlichem Wege Raum zu schaffen, zu verhindern, daß die Tragik der deutschen Geschichte um eine weitere Katastrophe vermehrt werde.

Der 11. Juli war nur ein Anfang und Sie werden sich erinnern, daß ich an dieser Stelle vor Jahresfrist die Ansicht aus- [269] gesprochen habe, dem Sturm über Österreich (hier liegt ein Wortspiel vor - so hieß das haßerfüllte, Schuschnigg nahestehende Wochenblatt der Ostmärkischen Sturmscharen) werde ein neuer Frühling folgen. Kommen aber werde er, so sicher wie die Welt sich um ihre Achse dreht. Die am 12. Februar auf dem Obersalzberg stattgehabte Besprechung der beiden führenden Staatsmänner wird ein weiterer Markstein in der Geschichte der deutschen Frage sein.

Ein selbständiges Österreich kann seine Aufgabe nur sehen im Rahmen der gesamtdeutschen Entwicklung und nur als Mitwirkender und Mitgestalter an dem großen Geschehen dieser Tage, an der Wiedererringung der Stellung und des geistigen Einflusses des Reiches im Abendlande...

41b. Aus der Erklärung der V. F. zur neuen Lage

19. Februar.

Wenn ein aus dem früheren (!) nationalsozialistischen Lager stammender Österreicher heute von der Möglichkeit der legalen Tätigkeit Gebrauch machen will, so steht ihm die legale politische Betätigung offen. Das wurde von österreichischer Seite auch in der letzten Zeit immer wieder betont (!). Ebenso wie es möglich ist, daß einzelne Mitglieder einen bestimmten andern Programmpunkt der Front bei voller Aufrechterhaltung aller als ihre besondere Herzenssache betrachten, so kann auch etwa der nationale und soziale Gesichtspunkt bei Anerkennung aller Gesichtspunkte besonders betont werden. Aus der Ablehnung der Sektionierung der Front kann die absolute Unteilbarkeit des Programms logisch gefolgert werden. Das ehrliche Bekenntnis zur Unteilbarkeit des Programms ist die unerläßliche Voraussetzung für die weitgehende politische Toleranz der Front im einzelnen. Für den Fall, daß diese großzügige Aktion, die von wirklichem Versöhnungswillen zeugt, doch von einzelnen gestört würde, ist vorgesehen, solche Elemente neben den gesetzlichen Straffolgen dazu zu veranlassen, ihren Wohnsitz ins Ausland zu verlegen (!).

42. Dritte Führer-Erklärung über Österreich

Aus der Reichstagserklärung über das Südostdeutschtum.

20. Februar 1938.

Ich bin glücklich, Ihnen, meine Abgeordneten, mitteilen zu können, daß in den letzten Tagen eine weitere Verständigung mit dem Lande erzielt wurde, das uns aus vielerlei Gründen besonders nahesteht. Es ist nicht nur das gleiche Volk, sondern vor allem es ist eine lange gleiche Geschichte und eine gemeinsame Kultur, die das Reich und Deutschösterreich verbinden.

Die Schwierigkeiten, die sich im Vollzug des Abkommens vom 11. Juli ergeben hatten, zwangen dazu, einen Versuch zu unternehmen, Mißverständnisse und Hindernisse für eine endgültige Aussöhnung beiseite zu räumen.

Denn es war klar, daß eine an sich unerträglich gewordene Lage eines Tages gewollt oder ungewollt die Voraussetzungen für eine sehr schwere Katastrophe hätten bilden können. Es liegt dann meist nicht mehr in der Macht der Menschen, einem Schicksal Einhalt zu gebieten, das durch Nachlässigkeit oder Unklugheit erst einmal ins Rollen gekommen ist.

Ich bin glücklich, feststellen zu können, daß diese Erkenntnisse auch den Auffassungen des österreichischen Bundeskanzlers, den ich um einen Besuch bat, entsprachen. Der Gedanke und die Absicht waren dabei, eine Entspannung unserer Beziehungen dadurch herbeizuführen, daß dem nach seiner Auffassung und Weltanschauung nationalsozialistisch denkenden Teil des deutsch-österreichischen Volkes im Rahmen der sonst gültigen Gesetze die gleichen Rechte gegeben werden, wie sie auch den anderen Staatsbürgern zustehen.

In Verbindung damit sollte eine große Befreiungsaktion eintreten durch eine Generalamnestie und eine bessere Verständigung der beiden Staaten durch ein nunmehr engeres freundschaftliches Verhältnis auf den verschiedenen Gebieten einer möglichen politischen, personellen und sachlich wirtschaftlichen Zusammenarbeit. Dies alles ist eine Ergänzung im Rahmen des Abkommens vom 11. Juli.

Ich möchte an dieser Stelle vor dem deutschen Volk dem österreichischen Bundeskanzler meinen aufrichtigen Dank aussprechen für das große Verständnis und die warmherzige Be- [271] reitwilligkeit, mit der er meine Einladung annahm und sich bemühte, gemeinsam mit mir einen Weg zu finden, der ebenso sehr im Interesse beider Länder wie im Interesse des

gesamten deutschen Volkes liegt, jenes gesamten deutschen Volkes, dessen Söhne wir alle sind, ganz gleich, wo die Wiege unserer Heimat stand.

Ich glaube, daß wir damit auch einen Beitrag zum europäischen Frieden geleistet haben.

......

Allein zwei der an unsern Grenzen liegenden Staaten umschließen eine Masse von 10 Millionen Deutschen. Sie waren bis 1866 mit dem deutschen Gesamtvolk noch in einem staatsrechtlichen Bund vereinigt. Sie kämpften bis 1918 im Großen Kriege Schulter an Schulter mit den deutschen Soldaten des Reiches. Sie sind gegen ihren eigenen Willen durch die Friedensverträge an einer Vereinigung mit dem Deutschen Reiche verhindert worden. Das ist an sich schmerzlich genug. Über eines aber darf in unsern Augen kein Zweifel bestehen:

Die staatsrechtliche Trennung vom Reiche kann nicht zu einer politischen Rechtlosmachung führen, d. h. die allgemeinen Rechte einer volklichen Selbstbestimmung, die übrigens in den 14 Punkten Wilsons als Voraussetzung zum Waffenstillstand zugesichert worden sind, können nicht einfach mißachtet werden, weil es sich hier um Deutsche handelt. Es ist auf die Dauer für eine Weltmacht von Selbstbewußtsein unerträglich, an ihrer Seite Volksgenossen zu wissen, denen aus ihrer Sympathie oder aus ihrer Verbundenheit mit dem Gesamtvolk, seinem Schicksal und seiner Weltanschauung fortgesetzt schwerstes Leid zugefügt wird.

43. An der Schwelle des Bürgerkrieges

Schuschniggs Mobilisierungsbefehl "D".

11. März 1938.

Armeebefehl des Bundeskanzlers und Landesverteidigungsministers:

1. Konsignierung aller Truppen ab 11. März, 6 Uhr früh.

2. Einberufung des Reservejahrganges 1915, soweit min- [272] destens 10 Monate gedient, zur sofortigen Waffenübung auf 14 Tage. Einberufung von Evidenzoffizieren im nötigen Ausmaß für die Truppe. Dabei ist Bedacht zu nehmen, daß nur vaterländische Personen einberufen und national Gesinnte

ferngehalten werden. Mit einer auswärtigen Verwendung der Truppen muß gerechnet werden.

3. Die gesamte Miliz (sogen. V. F. Miliz) wird mit sofortiger Wirkung aufgeboten.

Nach außen sind diese Maßnahmen als zur Durchführung der Abstimmung notwendig zu bezeichnen. In Wirklichkeit jedoch ist der Mobilisierungsfall "D" angeordnet und durchzuführen. Die Mobilisierung ist eine vollständige, weil der Jahrgang 1915 der einzige ausgebildete Reservejahrgang ist.

Die Gegenarbeit des nationalsozialistischen Soldatenrings:

Am 9. März erging für Oberösterreich und Salzburg folgende Weisung für die Schuschnigg-Wahl (schriftlich durch Kurier):

1. Wahlenthaltung.

2. Auf allen Kasernen am Wahltag früh Hakenkreuzfahnen hissen! (Beistellung von SA. und NS.-Frauenschaft).

3. Zu Assistenzen eingesetzte Truppen: Schußbefehl verweigern, ansonsten mit Demonstranten sympathisieren, Durchmarsch für SA. und SS. bei Absperrungen freigeben!

Meldungen vom 11. März: Die Parteiführung kann sich darauf verlassen, daß in Oberösterreich das Militär sicher auf Seite der NSDAP. steht. Ab Mittag waren die wichtigsten Wachen von NSR.-Mitgliedern besetzt; alle Telephonzentralen in den Kasernen von NSR.-Soldaten besetzt, so daß die in den Kasernen führenden nationalsozialistischen Offiziere laufend unterrichtet wurden. Verbindung zwischen den Kasernen durch Frauen.

14 Uhr: Bei Befehlsausgabe der SA. im Hotel Wolfinger Verlautbarung, daß 4. Division mit Oberst Sinzinger verläßlich auf Seite der Partei steht.

15 Uhr hat Sicherheitsdirektor hiervon Kenntnis.

[273] 18 Uhr: Weisung an Kasernen, offene Propaganda für NSDAP. machen! Erfolg durchschlagend! Bald wehen auf den Kasernen die für den nächsten Tag vorbereiteten Hakenkreuzfahnen. Kommandogewalt zur Gänze in den Händen nationalsozialistischer Offiziere.

Aus Österreichischer Beobachter (hg. vom Gaupropagandaleiter Oberdonau

Dr. Fellner). 1. Märzfolge 1939.

44. Landesleiter der NSDAP. Major Klausner an das Volk Österreichs

Nächtliche Rundfunkansprache nach der Bildung der Regierung Seyß-Inquart.

11./12. März 1938.

In tiefer Bewegung verkünde ich in dieser feierlichen Stunde, Österreich ist frei geworden, Österreich ist nationalsozialistisch!

Durch das Vertrauen des ganzen Volkes emporgetragen, ist eine neue Regierung gebildet worden, die nach den Grundsätzen unserer herrlichen, nationalsozialistischen Bewegung ihre ganze Kraft für Glück und Frieden für das ganze Land einsetzen wird.

Arbeit und Brot für alle Volksgenossen zu schaffen, wird ihre erste Aufgabe sein.

Wieder ist eine nationalsozialistische Erhebung in unglaublicher Disziplin verlaufen. Wenn es noch eines Beweises bedürft hätte, daß uns die Macht im Staate gebührt, so war es diese einzigartige, spontane Erhebung und Machtergreifung. Niemand wurde etwas zu Leide getan. Dafür danke ich und dankt das ganze deutsche Volk in Österreich vor allem den Kameraden der SA. und SS.

In dieser Stunde gedenke ich in tiefer Dankbarkeit und in Liebe unseres Führers Adolf Hitler. Nun wehen die Hakenkreuzfahnen über seiner Heimat. In Ehrfurcht gedenken wir der Toten der Bewegung, die im Kampf um Österreich fielen. Ihre Opfer fanden nun höchste Erfüllung. An euch, deutsche Volksgenossen und Parteigenossen, aber ergeht mein Ruf: An die Arbeit! Unser Ziel ist erreicht:

Ein Volk, ein Reich, ein Führer!
Heil unserm Führer! Heil Hitler!

[274] 45. Bundeskanzler Dr. Seyß-Inquart: Bitte um reichsdeutschen Waffenschutz

11. März 1938.

Die provisorische österreichische Regierung, die nach der Demission der Regierung Schuschnigg ihre Aufgabe darin sieht, die Ruhe und Ordnung in Österreich wiederherzustellen, richtet an die deutsche Regierung die dringende Bitte, sie in ihrer Aufgabe zu unterstützen und ihr zu helfen, Blutvergießen zu verhindern. Zu diesem Zweck bittet sie die deutsche Regierung um baldmöglichste Entsendung deutscher Truppen.

Seyß-Inquart.

45a. Gruß der Wehrmacht an Österreich

Flugzettel, abgeworfen von den Geschwadern der Luftwaffe.
12. März 1938.

Das nationalsozialistische Deutschland grüßt sein nationalsozialistisches Österreich und die neue nationalsozialistische Regierung!

In treuer unlösbarer Verbundenheit! Heil Hitler!

45b. Die neue Bundesregierung

12./13. März 1938.

Dr. jur. Arthur Seyß-Inquart, Rechtsanwalt in Wien (Bundeskanzler),
Dr. phil. h. c. Edmund Glaise-Horstenau, Direktor des Kriegsarchivs (Vizekanzler),
Dr. phil. Wilhelm Wolf, Ministerialrat (Außenamt),
Dr. jur. Franz Hueber, Rechtsanwalt in Mattsee (Justiz),
Dr. phil. Oswald Menghin, Univ.-Professor (Unterricht),
Dr. med. Hugo Jury, Arzt in St. Pölten (Soziale Verwaltung),
Dr. jur. Rudolf Neumayer - Wien (Finanzen),
[275] Ing. Anton Reinthaller, Gutsbesitzer im Attergau (Landwirtschaft),
Dr. jur. Hans Fischböck - Wien (Handel und Verkehr).

Die Belassung des Wiener Polizeipräsidenten Michael Skubl als Staatssekretär für Sicherheitswesen war nur ein ganz kurzes Provisorium. Schon am 13. März erfolgte die Abrundung der Liste durch Ernennung des Majors d. R. Hubert Klausner - Klagenfurt zum Minister für politische Willensbildung und der Staatssekretäre Dr. jur. Ernst Kaltenbrunner - Linz für Sicherheitswesen, Dr. jur. et phil. Friedrich Wimmer - Wien für den Dienst beim Bundeskanzler und des Majors Maximilian Angelis für das Heereswesen.

Am 14. März übergab der Minister Dr. Wilhelm Wolf sein Amt an den in Wien eingetroffenen Reichsaußenminister von Ribbentrop mit folgenden Worten: "Als letzter österreichischer Außenminister übergebe ich, in tiefster Seele erfreut, die Geschäfte des österreichischen Außenamtes in Ihre Hände. Wir Österreicher haben nur ein Vaterland und das ist Deutschland!"

46. Das Führermanifest

Verlesen von Reichsminister Dr. Goebbels.

12. März 1938.

Deutsche! Mit tiefem Schmerz haben wir seit Jahren das Schicksal unseres Volkes in Österreich erlebt.

Eine ewige geschichtliche Verbundenheit, die erst durch das Jahr 1866 gelöst wurde, im Weltkrieg aber eine neue Besiegelung erfuhr, fügt Österreich seit jeher ein in die deutsche Volks- und Schicksalsgemeinschaft. Das Leid, das diesem Lande erst von außen und dann im Innern zugefügt wurde, empfanden wir als unser eigenes, so wie wir umgekehrt wissen, daß für Millionen Deutschösterreicher das Unglück des Reiches die Ursache der gleichen Bekümmernis und Teilnahme war!

Als in Deutschland die Nation dank dem Siege der nationalsozialistischen Idee wieder den Weg zu dem stolzen Selbstbewußtsein eines großen Volkes fand, begann in Österreich eine neue Leidenszeit bitterster Prüfungen. Ein Regime, dem jeder legale Auftrag fehlte, versuchte seine von der überwältigenden [276] Mehrheit des österreichischen Volkes abgelehnte Existenz durch brutalste Mittel des Terrors, der körperlichen und wirtschaftlichen Züchtigung und Vernichtung aufrechtzuerhalten. So konnten wir es als großes Volk erleben, daß mehr als sechs Millionen Menschen unserer eigenen Herkunft von einer ziffernmäßig kleinen Minorität unterdrückt wurden, die es einfach verstanden hatte, sich in den Besitz der hierzu notwendigen Machtmittel zu bringen.

Der politischen Entrechtung und Knebelung entsprach ein wirtschaftlicher Verfall, der im furchtbaren Gegensatz stand zur Blüte des neuen Lebens in Deutschland.

Wer konnte es diesen unglücklichen Volksgenossen verdenken, daß sie ihre Blicke sehnsüchtig nach dem Reiche richteten? Nach jenem Deutschland, mit dem ihre Vorfahren durch so viele Jahrhunderte verbunden waren, mit dem sie einst im schwersten Kriege aller Zeiten Schulter an Schulter fochten, dessen Kultur ihre Kultur war, in der sie selbst auf so vielen Gebieten höchst eigene Werte beigesteuert hatten.

Diese Gesinnung unterdrücken, hieß nichts anderes als Hunderttausende von Menschen zu tiefstem Seelenleid zu verdammen.

Allein wenn vor Jahren dieses Leid noch geduldig ertragen wurde, dann war mit dem steigenden Ansehen des Reiches der Wille, die Unterdrückung zu beseitigen, immer heftiger geworden.

Deutsche!

Ich habe in den letzten Jahren versucht, die früheren Machthaber in Österreich vor diesem Weg zu warnen. Nur ein Wahnwitziger konnte glauben, durch Unterdrückung und Terror den Menschen die Liebe zu ihrem angestammten Volkstum rauben zu können auf die Dauer. Die europäische Geschichte beweist es, daß in solchen Fällen nur ein um so größerer Fanatismus gezüchtet wird. Dieser Fanatismus zwingt dann die Unterdrücker, zu immer schärferen Methoden der Vergewaltigung zu greifen, und diese wieder steigern den Abscheu und den Haß der davon Betroffenen. Ich habe weiter versucht, die dafür verantwortlichen Macht- [277] haber zu überzeugen, daß es auf die Dauer aber auch für eine große Nation unmöglich, weil unwürdig ist, fortgesetzt zusehen zu müssen, wie Menschen gleicher Volkszugehörigkeit nur wegen ihrer Abstammung oder ihrem Bekenntnis zu diesem Volkstum oder ihrer Verbundenheit mit einer Idee unterdrückt, verfolgt und eingekerkert werden. Über 40 000 Flüchtlinge hat allein Deutschland bei sich aufnehmen müssen, 10 000 andere sind in diesem kleinen Lande durch die Gefängnisse, Kerker und Anhaltelager gewandert, Hunderttausende sind an den Bettelstab gebracht worden, sind verelendet und verarmt. Keine Nation der Welt würde auf die Dauer diese Zustände an ihrer Grenze dulden können, außer denn sie verdiente es nicht anders, als selbst mißachtet zu werden! Ich habe mich im Jahre 1936 bemüht, irgendeinen Weg zu finden, der die Aussicht bieten könnte, die Tragik des Schicksals dieses deutschen Bruderlandes zu mildern, um so vielleicht zu einer wirklichen Aussöhnung gelangen zu können.

Das Abkommen des 11. Juli wurde aber nur unterzeichnet, um im nächsten

Augenblick schon wieder gebrochen zu werden. Die Rechtlosigkeit der überwältigten Mehrheit war geblieben, ihre unwürdige Stellung als Paria in diesem Staat wurde in nichts gehoben. Wer sich zum deutschen Volkstum offen bekannte, blieb verfolgt, ganz gleich, ob er nationalsozialistischer Straßenarbeiter oder alter verdienter Heerführer des Weltkrieges war.

Ich habe nun noch ein zweites Mal versucht, eine Verständigung herbeizuführen. Ich bemühte mich, dem Repräsentanten dieses Regimes, der mir selbst als dem vom deutschen Volk gewählten Führer ohne jedes eigene legitime Mandat gegenüberstand, ich bemühte mich, ihm verständlich zu machen, daß dieser Zustand auf die Dauer unhaltbar sein würde, da die steigende Empörung des österreichischen Volkes nicht mit steigender Gewalt ruhig niedergehalten werden könnte, daß hier von einem gewissen Augenblick an es auch für das Reich untragbar sein würde, einer solchen Vergewaltigung noch länger stillschweigend zuzusehen. Denn, wenn heute schon koloniale Lösungen von Fragen des Selbstbestimmungsrechtes der davon betroffenen niederen Völkerschaften abhängig gemacht werden, [278] dann ist es unerträglich, daß 6½ Millionen Angehörige eines alten und großen Kulturvolkes durch die Art eines Regimes praktisch unter diese Rechte gestellt sind.

Ich wollte daher in einem neuen Abkommen erreichen, daß in diesem Lande allen Deutschen die gleichen Rechte zugewiesen und die gleichen Pflichten auferlegt würden. Es sollte diese Abmachung eine Erfüllung sein des Vertrages vom 11. Juli 1936. Wenige Wochen später mußten wir leider feststellen, daß die Männer der damaligen österreichischen Regierung nicht daran dachten, dieses Abkommen sinngemäß zu erfüllen. Um aber für ihre fortgesetzten Verletzungen der gleichen Rechte der österreichischen Deutschen sich ein Alibi zu verschaffen, wurde nun ein Volksbegehren ersonnen, das bestimmt war, die Mehrheit dieses Landes endgültig zu entrechten! Die Modalitäten dieses Vorganges sollten einmalige sein. Ein Land, das seit vielen Jahren überhaupt keine Wahl mehr gehabt hat, dem alle Unterlagen für die Erfassung der Wahlberechtigten fehlen, schreibt eine Wahl aus, die innerhalb von knapp dreieinhalb Tagen stattfinden soll.

Es gibt keine Wählerlisten, es gibt keine Wählerkarten, es gibt keine Einsichtnahme in die Wahlberechtigung, es gibt keine Verpflichtung zur Geheimhaltung der Wahl, es gibt keine Garantie für die unparteiische Führung des Wahlaktes, es gibt keine Sicherheit für die Auszählung der Stimmen usw. Wenn dies die Methoden sind, um einem Regime den Charakter der Legalität zu geben, dann wären wir Nationalsozialisten im Deutschen Reich 15 Jahre lang nur Narren gewesen! Durch hundert Wahlkämpfe sind wir gegangen und haben uns mühselig die Zustimmung des deutschen Volkes erobert. Als mich der verewigte Herr Reichspräsident endlich zur Regierung berief, war ich der Führer der weitaus stärksten Partei

im Reich. Ich habe seitdem immer wieder versucht, mir die Legalität meines Daseins und meines Handelns vom deutschen Volke bestätigen zu lassen, und sie wurde mir bestätigt. Wenn dies aber die richtigen Methoden sind, die Herr Schuschnigg anwenden wollte, dann war auch die Abstimmung im Saargebiet einst nur eine Schikane eines Volkes, dem man die Heimkehr in das Reich erschweren wollte.

[279] Wir sind hier aber einer anderen Meinung! Ich glaube, wir dürfen alle stolz darauf sein, daß wir gerade auch anläßlich dieser Abstimmung im Saargebiet in so unanfechtbarer Weise vom deutschen Volk das Vertrauen erhalten haben.

Gegen diesen einzig dastehenden Versuch eines Wahlbetruges hat sich endlich das deutsche Volk in Österreich selbst erhoben.

Wenn aber diesmal das Regime es nun wieder beabsichtigte, mit brachialen Mitteln die Protestbewegung einfach niederzuschlagen, dann konnte das Ergebnis nur ein neuer Bürgerkrieg sein. Das Deutsche Reich duldet es aber nicht, daß in diesem Gebiet von jetzt an noch Deutsche verfolgt werden wegen ihrer Zugehörigkeit zu unserer Nation oder ihrem Bekenntnis zu bestimmten Auffassungen. Es will Ruhe und Ordnung! Ich habe mich daher entschlossen, den Millionen Deutschen in Österreich nunmehr die Hilfe des Reiches zur Verfügung zu stellen. Seit heute morgen marschieren über alle Grenzen Deutschösterreichs die Soldaten der deutschen Wehrmacht!

Panzertruppen, Infanteriedivisionen und die -Verbände auf der Erde und die deutsche Luftwaffe am blauen Himmel werden - selbst gerufen von der neuen, nationalsozialistischen Regierung in Wien - der Garant dafür sein, daß dem österreichischen Volk nunmehr endlich in kürzester Frist die Möglichkeit geboten wird, durch eine wirkliche Volksabstimmung seine Zukunft und damit sein Schicksal selbst zu gestalten. Hinter diesen Verbänden aber steht der Wille und die Entschlossenheit der ganzen deutschen Nation! Ich selbst als Führer und Kanzler des deutschen Volkes werde glücklich sein, nunmehr wieder als Deutscher und freier Bürger jenes Land betreten zu können, das auch meine Heimat ist. Die Welt aber soll sich überzeugen, daß das deutsche Volk in Österreich in diesen Tagen Stunden seligster Freude und Ergriffenheit erlebt. Es sieht in den zu Hilfe gekommenen Brüdern die Retter aus tiefster Not. Es lebe das nationalsozialistische Deutsche Reich! Es lebe das nationalsozialistische Deutschösterreich!

Berlin, den 12. März 1938.
Adolf Hitler.

[280] **47. Der Widerruf des Anschlußverbotes**

Ansprache des Bundeskanzlers Dr. Seyß-Inquart beim Führerempfang in Linz.

März 1938.

Mein Führer!

In einem für das deutsche Volk und in seinen Fernwirkungen für die Gestaltung der europäischen Geschichte bedeutsamen Augenblick begrüße ich und mit mir die ganze Heimat Sie, mein Führer und Reichskanzler, zum erstenmal wieder in Österreich! Die Zeit ist da, in der trotz des Friedensdiktates Zwang, Mißgunst und Unverständnis einer ganzen Welt endgültig Deutsche zu Deutschen gefunden haben...

Sie, mein Führer, haben Volksnot und Volksleid als Sohn der Grenzmark erfahren. Aus diesem Wissen erwuchs in Ihnen der große Gedanke, alles einzusetzen, um das deutsche Volk aus seiner schwersten Niederlage herauszuführen. Sie haben es herausgeführt. Sie sind der Führer der deutschen Nation im Kampf um Ehre, Freiheit und Recht. Jetzt haben wir Österreicher uns für alle Zeiten frei und offen, deutsch und unabhängig zu dieser Führung bekannt, indem wir zugleich in feierlicher Weise den Artikel 88 des Friedensvertrages als unwirksam erklären.

47a. Führer-Ansprache an das Volk vom Rathaus in Linz

12. März 1938.

Deutsche! Deutsche Volksgenossen und -genossinnen! Herr Bundeskanzler! Ich danke Ihnen für Ihre Begrüßungsworte. Ich danke aber vor allem euch, die ihr hier angetreten seid und die ihr Zeugnis ablegt dafür, daß es nicht der Wille und der Wunsch einiger wenigen ist, dieses große volksdeutsche Reich zu begründen, sondern daß es der Wunsch und der Wille des deutschen Volkes selbst ist. Möchten doch an diesem Abend hier einige unserer bekannten internationalen Wahrheitsforscher die Wirklichkeit nicht nur sehen, sondern später auch zugeben. Als ich einst aus dieser Stadt auszog, trug ich in mir genau dasselbe gläubige Bekenntnis, das mich heute erfüllt. Ermessen Sie meine innere Ergriffenheit, nach so langen Jahren dieses gläubige Bekenntnis zur Erfüllung gebracht zu haben.

[281] Wenn die Vorsehung mich einst aus dieser Stadt heraus zur Führung des Reiches berief, dann muß sie mir damit einen Auftrag erteilt haben, und

es kann nur ein Auftrag gewesen sein, meine teure Heimat dem Deutschen Reich wiederzugeben. Ich habe an diesen Auftrag geglaubt, habe für ihn gelebt und gekämpft, und ich glaube, ich habe ihn jetzt erfüllt, und ihr seid Zeugen. Und ihr alle seid Zeugen und Bürgen dafür! Ich weiß nicht, an welchem Tage ihr gerufen werdet. Ich hoffe, es ist kein ferner. Dann habt ihr einzustehen mit eurem eigenen Bekenntnis, und ich glaube, daß ich vor dem ganzen anderen Deutschen Volk dann mit Stolz auf meine Heimat werde hinweisen können. Es muß dieses Ergebnis dann der Welt beweisen, daß jeder weitere Versuch, dieses Volk zu zerreißen, ein vergeblicher sein wird.

So wie ihr dann verpflichtet sein werdet, für diese deutsche Zukunft euren Beitrag zu leisten, so ist ganz Deutschland bereit, auch seinen Beitrag zu leisten, und es leistet ihn schon am heutigen Tage. Sehen Sie in den deutschen Soldaten, die aus allen Gauen des Reiches in dieser Stunde einmarschieren, opferbereite und opfergewillte Kämpfer für des ganzen großen, deutschen Volkes Einheit, für unsere Freiheit, für unseres Reiches Macht, für seine Herrlichkeit jetzt und immer. Deutschland, Sieg Heil!

47b. Mitteilungen des Führers über die Entscheidung

an den Publizisten Ward Price in Linz.

14. März 1938.

Ich versichere Ihnen in aller Aufrichtigkeit, daß ich vor vier Tagen keine Ahnung von alledem hatte, was sich heute hier ereignen sollte, oder daß Österreich ein deutsches Land werden würde wie Bayern oder Sachsen. Ich habe dies getan, weil ich von Herrn Schuschnigg getäuscht wurde und Verrat ist etwas, was ich nicht dulden werde...
Ich hatte mich mit Herrn Schuschnigg darüber geeinigt, daß er seine Unterdrückung der Mehrheit des Volkes in seinem Lande einstellen sollte. Ich befaßte mich mit ihm völlig fair in meiner Reichstagsrede... [282] Statt dessen versuchte Herr Schuschnigg diesen Volksentscheid durchzudrücken, den er für sein Land geplant hatte.

Zunächst konnte ich die Nachricht gar nicht glauben; ich schickte einen Abgesandten (von Keppler) nach Wien, um festzustellen, ob sie wirklich wahr sein könnte. Dieser teilte mir mit, daß es wirklich wahr sei, und daher beschloß ich zu handeln, und zwar so, daß ich an dem gleichen Tage, an dem Schuschnigg seinen Volksentscheid abhalten wollte, die Vereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reiche verwirklichte. Diese Vereinigung wird einem andern, einem nationalen Volksentscheid unterworfen werden. Sie

werden das Ergebnis sehen. Es wird eine überwältigende Mehrheit sein wie an der Saar.

Hier ist meine Heimat. Lange habe ich darunter gelitten, das Volk, zu dem ich durch Geburt gehöre, unterdrückt und leiden zu sehen. Mehr als 2000 von ihnen haben ihr Leben gelassen. Viele sind im Gefängnis gewesen. Einige von ihnen sind wegen ihrer politischen Anschauungen und wegen ihres Glaubens an ihre Ideale gehängt worden. Eine Minderheit von 10 Prozent hat eine Mehrheit von 90 Prozent unterdrückt. Dem habe ich ein Ende gesetzt. Ich habe verhindert, daß die Mehrheit sich an ihren Unterdrückern rächte. Ich hoffe, daß die Welt verstehe, daß das ein Friedenswerk ist, was ich hier geleistet habe. Wenn ich nicht interveniert und wenn die Schuschnigg-Regierung versucht hätte, ihren Trick-Volksentscheid durchzuführen, dann würde es hier eine blutige Revolution gegeben haben. Österreich hätte dann sehr gut ein zweites Spanien im Herzen Europas werden können.

48. Das Anschlußgesetz

13. März 1938.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

Artikel 1:

Das von der österreichischen Bundesregierung beschlossene Bundesverfassungsgesetz über die Wiedervereinigung Österreichs mit dem Deutschen Reich vom 13. März 1935 wird hiermit Deutsches Reichsgesetz; es hat folgenden Wortlaut:

[283] "Auf Grund des Artikels III, Absatz 2 des Bundesverfassungsgesetzes über außerordentliche Maßnahmen im Bereich der Verfassung BGB. I Nummer 255/1934 hat die Bundesregierung beschlossen:

Artikel I: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches.

Artikel II: Sonntag, den 10. April 1938, findet eine freie und geheime Volksabstimmung der über 20 Jahre alten deutschen Männer und Frauen Österreichs über die Wiedervereinigung mit dem Deutschen Reiche statt.

Artikel III: Bei der Volksabstimmung entscheidet die Mehrheit der abgegebenen Stimmen.

Artikel IV: Die zur Durchführung und Ergänzung dieses Bundesverfassungsgesetzes erforderlichen Vorschriften werden durch Verordnung getroffen.

Artikel V: Dieses Bundesverfassungsgesetz tritt am Tage seiner Kundmachung in Kraft.

Mit der Vollziehung dieses Bundesverfassungsgesetzes ist die Bundesregierung betraut.

Wien, den 13. März 1938."

Artikel II:

Das derzeit in Österreich geltende Recht bleibt bis auf weiteres in Kraft. Die Einführung des Reichsrechtes in Österreich erfolgt durch den Führer und Reichskanzler oder den von ihm dazu ermächtigten Reichsminister.

Artikel IV:

Das Gesetz tritt am Tage seiner Verkündung in Kraft.
Linz, den 13. März 1938.

Der Führer und Reichskanzler
Adolf Hitler.

Der Reichsminister der Luftfahrt
Göring, Generalfeldmarschall.

Der Reichsminister des Inneren
Frick.

Der Reichsminister des Äußeren
von Ribbentrop.

Der Stellvertreter des Führers
R. Heß.

[284] **48a. Telegrammwechsel Hitler - Mussolini**

13.März 1938.

Der Führer an den Duce:

Mussolini, ich werde Ihnen dieses nie vergessen!

(Amtliche Mitteilung dazu: Das Danktelegramm, das der Führer am frühen Nachmittag von Linz aus an Mussolini richtete, galt der hervorragenden Haltung Mussolinis während der Tage der nationalsozialistischen Machtergreifung in Österreich.)

Antwort des Duce an den Führer:
Hitler, Wien. Meine Haltung ist durch die Freundschaft unserer in der Achse verbündeten Länder bestimmt.

Mussolini.

49. Vollzugsmeldung des Führers

15. März 1938.

Deutsche! Männer und Frauen!

In wenigen Tagen hat sich innerhalb der deutschen Volksgemeinschaft eine Umwälzung vollzogen, die wir heute wohl in ihrem Umfange sehen, deren Bedeutung aber erst spätere Geschlechter ganz ermessen werden.

Es ist in den letzten Jahren von den Machthabern des nunmehr beseitigten Regimes oft von der besonderen "Mission" gesprochen worden, die in ihren Augen dieses Land zu erfüllen hätte. Ein Führer der Legitimisten hat sie in einer Denkschrift genau umrissen. Nach ihr war es die Aufgabe dieser sogenannten Selbständigkeit des Landes Österreich, die in den Friedensverträgen fundiert und von der Gnade des Auslandes abhängig war, die Bildung eines wahrhaft großen Deutschen Reiches zu verhindern und damit den Weg in die Zukunft des deutschen Volkes zu verriegeln.

Ich proklamiere nunmehr für dieses Land seine neue Mission. Sie entspricht dem Gebot, das einst die deutschen Siedler aus [285] allen Gauen des Altreiches hierher berufen hat. Die älteste Ostmark des deutschen Volkes soll von jetzt ab damit das jüngste Bollwerk der deutschen Nation und damit des Deutschen Reiches sein.

Jahrhundertelang haben sich in den unruhevollen Zeiten der Vergangenheit die Stürme des Ostens an den Grenzen der alten Mark gebrochen, jahrhundertelang für alle Zukunft soll sie nunmehr ein eiserner Garant sein für die Sicherheit und Freiheit des Deutschen Reiches und damit ein Unterpfand für das Glück und für den Frieden unseres großen Volkes.

Und ich weiß: die alte Ostmark des Deutschen Reiches wird ihrer neuen Aufgabe genau so gerecht werden, wie sie die alte einst gelöst und gemeistert hat.

Ich spreche im Namen der Millionen Menschen dieses wunderschönen deutschen Landes, im Namen der Steirer, der Nieder- und Oberösterreicher, der Kärntner, der Salzburger, der Tiroler, und vor allem im Namen der Stadt Wien, wenn ich es den in diesem Augenblick zuhörenden 68 Millionen übrigen deutschen Volksgenossen in unserem weiten Reich versichere: dies Land ist deutsch, es hat seine Mission begriffen, es wird diese erfüllen und es soll an Treue zur großen deutschen Volksgemeinschaft von niemandem jemals überboten werden.

Unsere Aufgabe aber wird es nun sein, durch Arbeit, Fleiß und gemeinsames Einstehen und Zusammenstehen die großen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben zu lösen, vor allem aber Österreich immer mehr zu einer Trutzburg nationalsozialistischer Gesinnung und nationalsozialistischer Willenskraft zu entwickeln und auszubauen.

Ich kann diesen Appell an Sie aber nicht schließen, ohne nun der Männer zu gedenken, die es mir mit ermöglicht haben, die große Wende in so kurzer Zeit mit Gottes Hilfe herbeizuführen.

Ich danke den nationalsozialistischen Mitgliedern der Regierung, an ihrer Spitze dem neuen Reichsstatthalter Seyß-Inquart. Ich danke den zahllosen Parteifunktionären, ich danke aber vor allem den ungezählten namenlosen Idealisten, den Kämpfern unserer Formationen, die in den langen Jahren der Verfolgung bewiesen haben, daß der Deutsche, unter Druck gesetzt, nur noch härter wird.

[286] Diese Jahre der Leidenszeit haben mich in meiner Überzeugung vom Werte des deutschösterreichischen Menschen im Rahmen unserer großen Volksgemeinschaft nur bestärkt. Die wunderbare Ordnung und Disziplin dieses gewaltigen Geschehens ist aber auch ein Beweis für die Kraft der diese Menschen beseelenden Idee. Ich kann somit in dieser Stunde dem deutschen Volk die größte Vollzugsmeldung meines Lebens abstatten.

Als Führer und Reichskanzler der Deutschen Nation und des Reiches melde ich vor der Geschichte nunmehr den Eintritt meiner Heimat in das Deutsche

Reich.

Deutschland und sein neues Glied, die Nationalsozialistische Partei und die Wehrmacht unseres Reiches
Sieg Heil!

49a. Reichsstatthalter Dr. Arthur Seyß-Inquart an den Führer und Reichskanzler

auf dem Heldenplatz in Wien.

15. März 1938.

Mein Führer!

Als letztes oberstes Organ des Bundesstaates Österreich melde ich dem Führer und Reichskanzler den Vollzug des gesetzmäßigen Beschlusses nach dem Willen des deutschen Volkes und seines Führers: Österreich ist ein Land des Deutschen Reiches!

Dem deutschen Volke und der ganzen Welt verkündige ich, daß Adolf Hitler als Führer und Reichskanzler zur Stunde in die Burg der alten Reichshauptstadt, der Hüterin der Krone des Reiches, eingezogen ist.

Wonach Jahrhunderte deutscher Geschichte gerungen, wofür ungezählte Millionen der besten Deutschen geblutet haben und gestorben sind, was im heißen Ringen letztes Ziel, was in bittersten Stunden letzter Trost war, heute ist es vollendet. Die Ostmark ist heimgekehrt (Sprechchöre: Wir danken unserm [287] Führer!). Das Reich ist wieder erstanden, das Volksdeutsche Reich ist geschaffen.

Mein Führer! Die Kräfte aller Generationen des deutschen Volkes sind in Ihrem Willen zusammengeballt und Sie, mein Führer, schufen das Werk für alle Generationen der deutschen Zukunft! Heute grüßen alle Deutschen aus der Ewigkeit den Führer als den Vollender, heute grüßt der Führer das neue, ewige Deutschland!

Mein Führer! Wir kennen nur eins: Wir danken dem Führer, wir sagen Dank, den Dank, der restlose Liebe und bedingungslose Treue ist.

Mein Führer! Wie immer der Weg führt, wir folgen nach.

Heil! Mein Führer!

50. Aus Adolf Hitlers Aufruf zum Großdeutschen Reichstag

Zugleich letzte Führer-Erklärung über Österreich im Reichstag.

18. März 1938.

Ich habe nun schon in meiner Rede am 20. Februar ausgeführt, daß es eine allseits befriedigende Regelung der völkischen und territorialen Verhältnisse in Europa kaum geben wird. Allein es gibt staatliche Konstruktionen, die den Charakter des bewußten und gewollten nationalen Unrechts so sehr in sich tragen, daß auf die Dauer ihre Aufrechterhaltung nur durch die brutalste Gewalt möglich sein kann. So war z. B. die Bildung des neuen österreichischen Rumpfstaates eine Maßnahme, die die nackte Vergewaltigung des Selbstbestimmungsrechts von 6½ Millionen Menschen deutscher Volkszugehörigkeit bedingte. Diese Vergewaltigung wurde mit zynischer Offenheit zugegeben.... Ja, als man sich damals in Österreich trotzdem entschloß, Abstimmungen für den Anschluß vorzunehmen - und dies möchte ich besonders den Herren Demokraten in London und Paris in das Gedächtnis zurückrufen - in einer Zeit, da weder in Deutschland noch in Österreich ein Nationalsozialismus [288] existierte, und diese Abstimmungen nun über 95 v. H. aller Stimmen für die Vereinigung ergaben, da wurde von den Aposteln des neuen Völkerrechtes einfach mit Hilfe der Macht, der brutalen Gewalt auch diese friedliche Demonstration des wahren Willens der unglücklichen, von ihrem Volk getrennten Menschen, kurzerhand verboten. Dabei war das tragische, daß dieser Staat Österreich von vornherein ein vollkommen lebensunfähiges Gebilde darstellte. Die wirtschaftliche Not war dementsprechend grauenhaft. Die jährliche Sterblichkeitsquote stieg erschreckend. Allein in einer Stadt wie Wien sind im letzten Jahr auf 10 000 Geburten 24 000 Todesfälle gekommen. Ich sage dies nicht in der Meinung, auf die demokratischen Weltbiedermänner damit Eindruck zu machen, denn ich weiß, daß ihr Herz solchen Dingen gegenüber vollständig gefühlsroh ist... Daß sich später auch innere Handlanger fanden, die bereit waren, durch ihre persönliche Unterstützung einer solchen, von außen aufgezogenen, scheinbar unabhängigen Souveränität sich selbst die Stellung von Regierenden auf Kosten ihres unglücklichen Volkes zu sichern, nimmt den, der einen Einblick in die so oft feststellbare moralische und geistige Unzulänglichkeit der Menschen besitzt, nicht wunder. Allein es darf ebensowenig wundernehmen, daß sich in der Masse der dadurch betroffenen national denkenden Menschen allmählich eine empörte Verbitterung zu verbreiten begann, und daß eine fanatische Entschlossenheit entstand, eine solche naturwidrige und empörende Mißhandlung eines Tages zu beseitigen und an die Stelle einer demokratisch-lügenhaft verbrämten Volksvergewaltigung die heiligeren Rechte des ewigen, volklichen Lebens zu setzen...

Meine Parteigenossen! Abgeordnete! Männer des Reichstages!

Ich glaube, daß in diesen großen geschichtlichen Stunden, da dank der Kraft der nationalsozialistischen Idee und der aus ihr neuerstandenen Stärke des Reiches ein ewiger Traum der deutschen Menschen verwirklicht wurde, nicht ein einzelner Teil unseres Volkes berufen sein kann, durch seine Zustimmung das gewaltige Ereignis der endlichen Gründung eines wahrhaft [289] großen deutschen Volksreiches zu bestätigen. Am 10. April werden Millionen Deutschösterreicher vor der Geschichte ihr Bekenntnis ablegen zur großen deutschen Volks- und Schicksalsgemeinschaft. Sie sollen schon auf diesem ersten Wege im neuen Deutschen Reiche nicht mehr vereinsamt sein.

Ganz Deutschland wird sie von jetzt ab begleiten. Denn vom 13. März dieses Jahres ist ihr Weg gleich dem Wege aller anderen Männer und Frauen unseres Volkes. Es soll daher am 10. April zum erstenmal in der Geschichte die ganze deutsche Nation, soweit sie sich im heutigen großen Volksreich befindet, antreten und ihr feierliches Bekenntnis ablegen. Nicht 6½ Millionen werden befragt, sondern fünfundsiebzig.

Und zweitens: ich löse damit den Reichstag des alten Deutschen Reiches auf und verfüge die Wahl der Vertretung Großdeutschlands. Ich bestimme als Termin ebenfalls den 10. April. Nahezu 50 Millionen Wahlberechtigte unseres Volkes rufe ich damit, indem ich sie bitte, mir jenen Reichstag zu schenken, mit dem es mir unter der gütigen Hilfe unseres Herrgotts möglich sein wird, die neuen großen Aufgaben zu lösen...

Wenn wir die Erfüllung kühnster Träume vieler Generationen heute vor uns sehen, dann empfinden wir das Gefühl grenzenloser Dankbarkeit gegenüber all jenen, die durch ihre Arbeit und vor allem durch ihre Opfer mitgeholfen haben, dieses höchste Ziel zu erreichen. Jeder deutsche Stamm und jede deutsche Landschaft, sie haben ihren schmerzlichen Beitrag geleistet zum Gelingen dieses Werkes. Als letzte Opfer der deutschen Einigung aber sollen in diesem Augenblick vor uns auferstehen jene zahlreichen Kämpfer, die in der nunmehr zum Reich zurückgekehrten alten Ostmark die gläubigen Herolde der heute errungenen deutschen Einheit waren und als Blutzeugen und Märtyrer mit dem letzten Hauch ihrer Stimme noch das aussprachen, was von jetzt an uns allen mehr denn je heilig sein soll:

Ein Volk! Ein Reich! Deutschland!

Sieg Heil!

[290]

50a. Generalfeldmarschall Hermann Göring über den Kampf Österreichs

Einleitung seiner Wiener Wahlrede über die wirtschaftliche Eingliederung der Ostmark in den Vierjahresplan.

27. März 1938.

Es ist wirklich wie ein Wunder! Träumt man oder ist es wahr, daß jetzt endlich auch im deutschen Wien eine Versammlung von Nationalsozialisten in diesem Ausmaß stattfinden kann? So wird man begreifen, was ich in diesem Augenblick empfinde, wo ich dieses grandiose Bild nun wirklich vor mir sehe und wie aus innerstem Herzen heraus mein Gruß kommt: Ich grüße euch, die ihr frei geworden seid in Österreich!

Ich bin unsagbar glücklich, heute hier vor euch sprechen zu können. Ich habe in den vergangenen Jahren nicht nur mit euch Österreichern gefühlt, sondern auch für Österreich praktisch gearbeitet. Erstens kenne ich seit meiner frühesten Jugend dieses Volk. Ich habe selbst unter diesem Volke gelebt und habe zu ihm enge Bindungen, so daß ich auch persönlich immer wieder Anteil nehmen mußte an den Leiden und der Not des deutschen Menschen in Österreich. Zweitens mußte ich Jahre hindurch das furchtbare Leid miterleben, das den Führer erfüllte, wenn er mit sehnsüchtigen Augen von dem Haus am Berg in die österreichischen Gaue hinüberblickte, wenn wir sahen, wie dieses Land sich in seinen Mienen widerspiegelte, wie innerer Grimm ihn erfüllte, wenn immer wieder Meldungen von Leid, Terror und Not über unsere Brüder in Österreich eintrafen. Drittens, und dies ist die tiefste Ursache für mein Miterleben und Mitfühlen: Der Glaube an die Mission des Führers, daß Gott ihn nicht umsonst in Österreich zur Welt kommen ließ. Es war seine Mission als Österreicher, Österreich zu Deutschland zu bringen! Und nun, meine Volksgenossen, hat sich das Wunder vollzogen und wir haben es erlebt: Österreich ist frei und gehört wieder dem Reich!

Wenn ihr, meine Volksgenossen, den Ablauf der Ereignisse der letzten vierzehn Tage betrachtet, so werdet ihr mit mir empfinden, daß es unsere Pflicht ist, in tiefer Demut und Dank- [291] barkeit hinzuknien und dafür zu danken, daß diese Wandlung in so kurzer Zeit geschehen konnte. Was alles ist in diesen vierzehn Tagen geschehen, von dem Augenblick an, als der Schrei der Erlösung durch die Gaue Österreichs ging, bis zum heutigen Tage!

Auch vor zwei Wochen war eine Wahl in Österreich angekündigt, auch damals sollte das Volk Österreichs an die Urne treten, um angeblich über sein Schicksal zu bestimmen. Heute stehen wir auch vor einer Wahl. Aber welch ein gewaltiger Unterschied! Welch eine völlig andere Lage! In den vergangenen Jahren mußten wir erleben, wie man hier in Österreich

versuchte - weil man die Macht besaß - all das zu unterdrücken, was deutsch hieß und deutsch fühlte, wie man mit Haß und Widerwillen sich gegen alles sträubte, was aus dem großen Reiche kam. Man machte uns vieles nach, äußerlich schien es vielleicht dasselbe, aber innerlich war es gottlob grundverschieden. Eine kleine Clique bildete sich ein, über das Volk herrschen zu können! Die Regierung in Österreich aber stützte sich nicht auf das Volk, sondern sie stützte sich auf fremde Bajonette gegen das eigene Volk und unterdrückte es mit allen Mitteln.

....

Eine völlige Einmütigkeit bestand zwischen dem Führer und den nationalsozialistischen Vertrauensleuten Österreichs. Auch nach ihrer Meinung war jetzt die Stunde des Handelns gekommen, aber sie glaubten, nicht mehr mit demokratischen Methoden verhandeln zu können, sondern sie nahmen das Gesetz des Handelns in ihre eigenen starken Hände und zwangen die anderen zurückzutreten!

Wenn die nationalsozialistische Erhebung so rasch, so durchgreifend und so unblutig zum Durchbruch kam, so ist dies vor allem auch das Verdienst der ruhigen, festen, klugen und entschlossenen Haltung des jetzigen Reichsstatthalters Seyß-Inquart und seiner Vertrauensmänner gewesen. Das bewies aber auch die Richtigkeit der vorher betriebenen Politik. Denn wären unsere Vertrauensmänner nicht in der Regierung gewesen, so wäre dieser Ablauf nicht möglich geworden.

So begann die nationalsozialistische Erhebung Österreichs.

[292] 50b. Adolf Hitler am Tage des Großdeutschen Reiches

9. April 1938.

Am 9. April proklamierte Reichsminister Dr. Goebbels vom Wiener Rathaus aus den Tag des Großdeutschen Reiches. Am Abend beendete der Führer seine Wahlwerbung in der Nordwestbahnhalle zu Wien.

Der Führer legte sein Recht dar, heute hier zu stehen und zu sprechen:

1. Dieses Land hier ist ein deutsches Land und seine Menschen sind deutsch. Das Reich hat einst diese Ostmark begründet. Seine Menschen sind hierhergezogen und haben in Jahrhunderten ihre Aufgaben der Ostmark des Reiches erfüllt. Sie sind dabei nicht nur deutsch geblieben, sie sind geradezu die Schildträger Deutschlands gewesen!

2. Dieses Land kann auf die Dauer ohne das Reich nicht leben. Was bedeuten heute 84 000 Quadratkilometer? Was bedeuten sechseinhalb Millionen Menschen? Sie werden nicht beachtet. Hier gilt die Erkenntnis, daß jeder deutsche Stamm für sich allein jederzeit gebrochen werden kann, aber alle vereint sind sie unüberwindbar...

3. Dieses Volk wollte sich auch gar nicht vom Reiche trennen. Im Augenblick, in dem seine Mission als führendes Volk im großen Reiche erloschen war, erhob sich sofort die innere Stimme des Blutes. Nach dem Zusammenbruch 1918 wollte Deutschösterreich sofort wieder zum Reiche zurück. Die demokratische Umwelt verhinderte den Anschluß Deutschösterreichs. Das Volk aber hat sich gegen diese Welt gewendet und in der Zeit, in der in Deutschland das nationalsozialistische Banner emporstieg, da hat man auch hier immer mehr nach dem Zeichen geblickt; Hunderttausende haben ihm innerlich angehört. Dann wurde dieses Volk mißhandelt von einer Gruppe, die weder zahlen- noch wertmäßig ein Recht hatte, dieses Volk in diesem Lande zu führen.

4. Wem auch dieser Grund nicht genügt, dem muß ich sagen: Es ist meine Heimat!... Ich habe gekämpft als anständiger deutscher Soldat und als der Krieg zu Ende ging, bin ich nach Deutschland gezogen und habe dieses Land, dieses liebste, teuerste Land mir erobert.

[293] 5. Wen auch das noch kalt läßt, dem muß ich sagen: Ich stehe hier, weil ich mir einbilde, mehr zu können als Herr Schuschnigg.

Ich glaube, daß es auch Gottes Wille war, von hier aus einen Knaben in das Reich zu schicken, ihn groß werden zu lassen, ihn zum Führer der Nation zu erheben, um es ihm zu ermöglichen, seine Heimat in das Reich hineinzuführen. Es gibt eine höhere Bestimmung und wir alle sind nichts anderes als ihre Werkzeuge. Als am 9. März Herr Schuschnigg sein Abkommen brach, da fühlte ich in dieser Sekunde, daß nun der Ruf der Vorsehung an mich ergangen war, und was sich dann abspielte in drei Tagen, war nur denkbar im Vollzug eines Wunsches und Willens dieser Vorsehung.

In drei Tagen hat sie der Herr geschlagen!

Und mir wurde die Gnade zuteil, am Tage des Verrats meine Heimat in das Reich eingliedern zu können!

Wenn wir einmal nicht mehr sein werden, dann sollen die kommenden Generationen mit Stolz auf diesen Tag einer Bestätigung der deutschen Gemeinschaft durch ein großes Volk blicken. Für dieses Reich haben in der Vergangenheit Millionen deutscher Männer ihr Blut gegeben. Eine gnädige

Führung des Schicksals hat es uns ermöglicht, ohne jeglichen Schmerz dieses Reich heute zu bilden.

Deutsches Volk, stehe jetzt auf, unterschreibe es, halte es fest in deinen Händen!

Ich möchte denen danken, die mich zurückkehren ließen in meine Heimat, auf daß ich sie nun hineinführe in mein Deutsches Reich! Möge am morgigen Tage jeder Deutsche die Stunde erkennen, sie ermessen und sich in Demut verbeugen vor dem Allmächtigen, der in wenigen Wochen ein Wunder an uns vollzogen hat!

50c. Der 10. April 1938 und die tausendjährige, gesamtdeutsche Geschichte

Professor Heinrich Ritter von Srbik zum Volksentscheid in der Ostmark.

Der Wiener Historiker hatte drei Monate vorher, unter ganz anderen Verhältnissen, in einem Vortrag über Mittel- [294] europa vor dem Österreichisch-Deutschen Volksbund der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß vom deutschen Gesamtvolk aus das Gestaltungsprinzip für die durch Schicksalsgemeinschaft verbundene gesamte Erdteilsmitte, die bisher volklich unvollendet war, ausgehen müsse. Nun steuerte er für die Wahlwerbefolge der neubegründeten Wiener Ausgabe des Völkischen Beobachters einen Aufsatz "1000 Jahre Deutschland", mit folgendem Schluß bei:

Als ein unschätzbarer Gewinn erwuchs auf den blutgetränkten Schlachtfeldern die Saat des gesamtdeutschen Volksbewußtseins. Immer wird man im Weltkrieg die Wurzel des ganz großen Neuen erkennen: des Verlangens, den Staat nicht auf den bisherigen Herrschaftsfaktoren der Einzelmenschen oder der "oberen" Klassen aufzubauen, sondern den Staat zur wahren politischen Lebensgestaltung des Volkes zu machen.

Dieser Volksstaatsgedanke erlebte in Not, Schwäche, Demütigung und Zerspaltung der Nachkriegszeit trotz aller Widerstände sein Aufwachsen zur unüberwindlichen Kraft. Aus kleiner Zelle unter einem Führer, dessen Mission anfangs nur wenige, dann eine immer größere Masse erkannte, ist das Dritte Reich entstanden. In ihm hat das neue Zeitalter der Volksgemeinschaft, ihrer Reinheit des Blutes und ihres stolzen Selbstbewußtseins, ihrer Freiheit nach außen und ihrer Geschlossenheit nach innen, der Sicherheit ihres Bodens und nicht zuletzt der sozialen Idee die größte Verkörperung der

Weltgeschichte erfahren. Der Vorsehung gebührt unser tiefster Dank, daß dem deutschen Volke ein Führer in der Größe eines begnadeten Menschen geschenkt wurde. Aber noch war das Dritte Reich zunächst auf den gekürzten Rahmen des Zweiten Reiches beschränkt. Noch fehlte ihm die Ausweitung auf Österreich, den eigentlichen Erben des Ersten Reiches, zu jenem Wesen eines Reiches, in dem sich der alte Sinn der Erhabenheit, der Großräumigkeit und der Vielheit in der Einheit vereinigt mit dem Gedanken des nationalen Staates, den das Zweite Reich zum Teil verwirklicht hatte.

Das ist die unermeßliche Bedeutung des 13. März und des 10. April 1938: Das Großdeutsche Volksreich, geboren aus dem Willen der Nation und geschaffen durch die Tat eines [295] genialen Deutschen, und in ihm fügt sich das bleibende Erbe der Geschichte des Ersten und Zweiten Reiches nach einem Jahrtausend zu einer großen und, wie wir heiß ersehnen, gesegneten Einheit mit dem Neuen zusammen.

Professor Karl Alexander von Müller zum Volksentscheid im Altreich

7. April 1938.

...Und so begrüßen wir sie denn endlich wieder in einem Staat, die treuen Steiermärker und die tapferen Kärntner, das alte Land Tirol und das herrliche Salzkammergut, die gottgesegneten Marken und Städte an der alten Nibelungenstraße der Donau entlang, Ober- und Niederösterreich, das Burgenland und das einzige Wien! - Dies deutsche Volk bekennt sich zu sich selbst und zu seiner Zukunft... wenn es am 10. April als seine Antwort auf die Frage, die ihm vor der Geschichte gestellt ist, vom Rhein zur Donau und von den Alpen zum Meer den Ruf aufnimmt, der vor 20 Jahren in dieser Stadt hier zuerst der Zuruf einiger weniger Getreuer war, der dann der Kampfruf der Bewegung wurde, und der jetzt zum Kampfruf und Dankruf geworden ist von 75 Millionen Deutschen: Adolf Hitler - Sieg Heil!

(Aus der Rede des Münchener Historikers vor der Dozentenschaft der Hauptstadt der Bewegung am 7. April 1938, gedruckt im Verlag F. Bruckmann.)

50d. **Meldung des Reichskommissars Gauleiter Bürckel über den Volksentscheid und Erwiderung des Führers**

10. April 1938.

Reichskommissar Gauleiter **Bürckel**:

Sie, mein Führer, waren einst der unbekannte Meldegänger im Großen Kriege. Sie wurden zum Meldegänger des Schöpfers. Sie sind der Meldegänger des Herrgotts zum deutschen Herzen! Und
Sie haben nicht nur so vielen das Leben gerettet oder entscheidende Wendungen im kleinen herbeigeführt, nein, jetzt haben Sie ein ganzes Volk befreit und es dann so [296] groß, so herrlich und so stark gemacht, es zu einer Gemeinschaft geschmiedet, die sich zuerst selber gehört, keinen Teufel zu fürchten braucht und die deshalb auch der Herrgott mit seiner Gnade segnet. Sie, mein Führer, haben allen Deutschland, das Vaterland, erobert. Vor allem aber haben Sie jenen wieder ein Vaterland geschenkt, die keines mehr besaßen und von denen ich in dieser Feierstunde sagen möchte: Mein Führer, diese braven Arbeiter in den Stadtvierteln von Wien und sonst im Lande haben Ihnen heute treuesten Dank ausgesprochen. Mein Führer! Sie wissen nicht, wie glücklich dieses Volk heute ist. Ich möchte im Namen aller Österreicher, die glücklich sind, aus übervollem Herzen Ihnen, mein Führer, zurufen: Du bist der deutscheste aller Österreicher, sei nun du ihr Schirmherr! Denn sie lieben dich doch über alles, weil du ihnen ein großes Vaterland geschenkt hast!

Der Führer:

Ich habe von meiner Heimat viel erhofft. Die Ergebnisse dieser Abstimmung aber übertreffen nun doch, wie im ganzen übrigen Reich, meine Erwartungen. Ich bin so glücklich über die damit endlich bewiesene, wahre Gesinnung Deutschösterreichs und über das mir geschenkte Vertrauen. Denn diese nunmehr vom ganzen deutschen Volke vollzogene geschichtliche Bestätigung der Vereinigung Österreichs mit dem Reich bedeutet zugleich die höchste Rechtfertigung meines Handelns. Für mich ist diese Stunde damit die stolzeste meines Lebens. Ich kann nicht anders, als dem ganzen deutschen Volk und vor allem meiner eigenen teuren Heimat aus meinem tiefsten Herzen danken.

Das ziffernmäßige Ergebnis
von Volksabstimmung und Wahl zum Großdeutschen Reichstag:
Von 49 580 072 Stimmberechtigten stimmten 48 850 452 für die Führer-Liste (99,08%); davon in Österreich allein 4 484 475 Berechtigte und 4 453 772 Ja-Stimmen (99,73%).

[297]

Nachwort

Nicht nur dank einem organischen Wachstum der großdeutschen Idee, sondern wie mit einem Schlage war nach der Überwindung des Staates wider Willen das Großdeutsche Reich als gewappnete Athene in die Welt getreten. Ohne Umschweife sah sich diese plötzlich vor Entscheidungen gestellt, denen sie beim Fortbestand des politischen Homunkulus von St. Germain noch jahrzehntelang auszuweichen hoffte. Aber auch der Reichsdeutsche selbst wurde alsbald gewahr, daß dieses große Ereignis, das ganzen Generationen als geschichtliche Erfüllung ihrer letzten Sehnsucht gegolten hätte, keine Zeit zu bedachtsamem Genießen der Ernte einleite. Und gar der Deutschösterreicher selbst, der in den Monaten nach dem März 1938 erstaunlich rasch zum Ostmärker innerhalb des Reiches wurde, er sah nun das neue Haus, das auch das seine war, so hoch hinaufgeführt, daß es in die Zone stärkster Stürme ragte und den Blick auf alle europäischen Verhältnisse veränderte.

Das übermächtige Schicksal eines Jahrhunderts hatte die Österreicher trotz Zugehörigkeit zum Deutschen Bunde und dann zum mitteleuropäischen Bündnis mit dem unaufhaltsam sinkenden Habsburgerreich und dann gar mit dem Zwangsstaat von St. Germain fast unauflöslich verkettet. Der gewaltsam unterdrückte Drang zu der dem Österreicher als Träger einer deutsch-europäischen Großmachtbildung eigen gewesenen, großen politischen Linie konnte ihn gefährlich irreführen. Er war wohl z. B. sogar mitbeteiligt an krankhaft wuchernden Mißbildungen wie dem sogen. "Austro-Marxismus", der im Wiener Wohnbau ein Modell für Europa schaffen und eine eigene "Internationale Zweieinhalb" von hier aus begründen wollte; ja auch das großkapitalistische und "patriotische" Judentum hat wieder in seiner Art dabei den Hebel angesetzt, um über seine Parasitenrolle hinwegzutäuschen. So war hier wirklich [298] die Versuchung gegeben, daß die Politik den Charakter in Gefahr bringe - wie es auch Millionen aus dem Lebens- und Kampfbuch des Mannes wissen, der nach langjährigem, persönlichem Verzicht auf die geliebte Heimat jene problematisch gewordene Staatlichkeit durch seine Tat schließlich entwurzelte und überwand. Auch im Rahmen dieses Buches fehlt nicht tiefer Schatten, zumal nicht die Geschichte des ostmärkischen Freiheitskampfes an sich oder gar der großdeutschen Idee in ihrer Reinheit sein Gegenstand ist, sondern die Frage nach der Struktur und den äußeren Lebensbedingungen des fast 20 Jahre sein Leben fristenden Staates wider Willen.

Jedes Verständnis für Österreich muß eben vom Hintergründigen einer einmaligen, geschichtlichen Lage ausgehen. Wenn aber schon die herkömmliche Staatstreue des Alt-Österreichers oder seine beginnende Distanzierung von der Dynastie immer irgendwie von der Bindung an das

Gesamtdeutschtum mitbestimmt war, so ist die im Grunde heroische Selbstbehauptung des Deutschösterreichers nach 1918 (wie die des Sudetendeutschen) überhaupt nur dem nie ganz untergegangenen gesunden, volklichen Selbstbewußtsein des einzelnen, der Gruppen, der Gesamtheit zu danken. Das bestand, wenn auch im leidigen politischen oder wirtschaftlichen Alltag mit dem "Anschluß" als einer greifbaren Münze anscheinend gar nicht mehr gerechnet wurde. Daher ist etwa die allgemein anerkannte Stellung der Deutschen Gesandtschaft in Kulturpolitik und Gesellschaft von Wien bis in die Diktaturjahre hinein doch durchaus nicht mit der irgendeiner anderen, diplomatischen Auslandsvertretung zu vergleichen gewesen, denn sie vertrat gleichsam den Kernstaat in dem Vorfeld des Reiches auch in seiner unglücklichsten Zeit. Daher auch die unverhohlene Enttäuschung des Auslandes über Männer, deren nationaler Einsatz nichts weniger als folgerichtig war, deren letzte Ziele überhaupt nicht durch die Stimme des Blutes bestimmt schienen, sobald sie unversehens vor die letzte Frage an Österreich gestellt wurden. So auch bei Ignaz Seipel - trotz des ihm im Juni 1925 vertraulich in die Schweiz übermittelten Wunsches des Wiener französischen Gesandten weigerte er sich, seiner in Zürich gefallenen Äußerung über den unvermeidlich positiven Ausgang einer allfälligen [299] (deshalb freilich von ihm noch nicht gewünschten) Volksabstimmung zur Anschlußfrage eine dem Quai d'Orsay genehmere Deutung zu geben bzw. sie zu dementieren, was um so schwerer wog, als unter dem Druck ständiger Wirtschaftskrisen die damals im Amt befindliche Regierung Ramek und besonders ihr Außenminister Dr. Mataja Donauföderationsplänen nicht unzugänglich blieb. Sogar die persönlich so zerfahren wirkende Politik des unglückseligen ersten Diktatur-Kanzlers ist sicher auch durch den innerlich niemals überwundenen Bruch mit seiner eigenen anschlußfreundlichen Vergangenheit zu erklären. Allein die Überlistung und nackte Gewalt ermöglichten die Herrschaft von Elementen, die schon durch ihre blutsmäßige Herkunft oder durch vollkommene Entartung jedes Funkens völkischer Verantwortung bar gewesen sind. Die geschichtliche Entscheidung selbst konnten freilich nicht die Anschlußartikel der demokratischen Parteien Österreichs, ja nicht einmal die vielfach geleistete, "überparteiliche" Erziehungsarbeit zum Anschluß erreichen, sondern sie fiel dem Manne zu, der wie keiner die Einigung aller Deutschen zur politisch und sozial umwälzenden Idee zu gestalten wußte und der eine Bewegung entfesselte, die für sich überhaupt nicht mehr die rot-weiß-roten Grenzpfähle anerkannte und daher als einzige, auch reichsdeutsche die Anschlußforderung zentral enthielt. Diese steht an der Spitze ihres verbindlichen Parteiprogramms von 1920, ihres Führerbuches von 1925 und ihrer Reichstagsanträge von 1930 (hier in der Form der Forderung nach Zollunion). Und seit der Machtergreifung läßt sich an den Führerreden Jahr um Jahr verfolgen, wie im Zuge des weltpolitischen Aufstieges des Reiches die Anschlußfrage bis zu ihrer überlegen gemeisterten Lösung abgewandelt wird.

Sobald die totale Bewegung der NSDAP. aber einmal das Problematische im engeren "österreichischen" Raum überwunden hatte, mußte wie mit Urgewalt die gesammelte Volkskraft weiterströmen und der bisherige Opfergang des Österreichers für das Gesamtvolk vereinigte sich mit einem Siegeszug des Reiches ohnegleichen. Die volle Eingliederung der Ostmarkgaue in die Ordnung des Dritten Reiches, die teilweise sogar für künftige, im Altreich erst zu treffende Maßnahmen richtungweisend sein sollte, ging dank der volksverbundenen Mitt- [300] lerstellung Josef Bürckels, des Saarpfälzers, als Reichskommissar reibungslos und umfassend vor sich. So konnte der Führer schon auf dem "Reichsparteitag Großdeutschland" im September 1938 das volle Gewicht des nunmehrigen 75-Millionen-Reiches in die Waagschale der notwendig werdenden, weltpolitischen Entscheidungen werfen. Noch stand Nürnberg, dem Wien die alten Reichskleinodien als Morgengabe dargebracht, im Banne des Einzuges der sieggekrönten Ostmarkkämpfer, als die sudetendeutsche Frage unabdingbar ihr Recht verlangte und dieses hier zum erstenmal durch den Führer vor aller Welt verkündet wurde. Den heimrollenden Kolonnen der Parteitagsteilnehmer folgte alsbald der Aufmarsch gegen die widerspenstig gemachte Tschecho-Slowakei, und zwanzig Jahre nach Weltkriegsende zogen nun neben den Jungen auch altösterreichische Kriegsteilnehmer als Reservisten den Rock des deutschen Soldaten an. Der starke, sudetendeutsche Einschlag machte sich belebend geltend; hatten zu ihrem Leidwesen ja in Wien allein Zehntausende mit tschecho-slowakischer Zwangsstaatsbürgerschaft nicht an dem Volksbekenntnis des 10. April teilnehmen können. Durch die Münchener Entscheidung vollzog sich nun in friedlich-rechtlicher, wenn auch machtgetragener Weise die Vereinigung der Sudetendeutschen mit Großdeutschland, so wie sie in großen Zügen zwanzig Jahre früher trotz Wilsons "Selbstbestimmungsrecht" vergeblich angestrebt worden. Der damalige Znaimer Kreis und Böhmerwald-Gau kamen nun wirklich an die Reichsgaue Nieder- und Oberdonau, während Österreich allein bei der "befreundeten" Tschecho-Slowakei auch nur die Rückgabe der dem historischen Kronland Niederösterreich entrissenen Grenzstreifen nie hätte zur Sprache bringen können. Und schon am 2. November sah das im Ruhme Eugens strahlende Wiener Belvedere eine zwischenstaatliche Konferenz, die als erste in und um Nachkriegs-Österreich nicht der Abwandlung eines Siegerdiktats galt, sondern einem von Ungarn und der Tschecho-Slowakei gemeinsam angerufenen Schiedsspruch Deutschlands und Italiens zur Regelung der Grenzen auf dem Boden der ehemaligen Länder der Stephanskrone. Ist Wien und sein Vorfeld im September, der dem Anschluß folgte, in die kritische Zone der Weltpolitik gerückt gewesen, die damals über der [301] Linie London - Paris - Prag - Moskau mit unheilschwangeren Entladungen drohte, fügte sich der Wiener Schiedsspruch dagegen in die anhebende Rolle der zweitgrößten Stadt des Reiches als Tor Deutschlands zum Südosten Europas ein, so konnte schon der März 1939 nicht mehr nur im Zeichen friedlicher Besinnung anläßlich der ersten Wiederkehr des

Anschlußtages stehen. In der Reichstagssitzung vom 30. Jänner hatte der Führer in dankbarer Freude nach den erwählten österreichischen, auch die sudetendeutschen Abgeordneten begrüßt und in ergreifenden Worten zugleich der Überzeugung Ausdruck gegeben, daß mit der Heimholung dieser zehn Millionen Südostdeutschen die nationale Einheit auf Grund des Selbstdestimmungsrechtes ohne Schuß und Streich kraft ihrer inneren Stärke im wesentlichen vollendet sei; Mißverständnisse und Gegensätze, die so viele Generationen unseres großen Volkes spalteten und schwächten, dürfen sich in die höhere Einheit eines neuen gesamtdeutschen Geschichtsbildes einordnen. Die Frage aber, ob der so vollendete Nationalstaat im Wege nachbarlicher Bindung oder durch unmittelbaren Einsatz der Reichsgewalt die über den deutschen Volksboden hinausgreifende mitteleuropäische Ordnung vollenden könne, sie erhielt durch den anhebenden inneren Zerfall der Nach-Münchener Tschecho-Slowakei eine gefahrdrohende Wendung, bei der sich für die Ostmark neue Reichssorgen und ererbte Interessen unauflöslich verschlangen. Von Wien aus wurde den Slowaken, die sich nach dem Recht der Notwehr die volle Geltung als Staatsvolk errangen, wertvolle politische Hilfe zuteil. Unsere Soldaten aber zogen wieder nordwärts und diesmal ins innere Böhmen und Mähren hinein, woher Jahrzehnte hindurch so viele tschechische Parlamentarier und Bürokraten samt ihrem zahlreichen Anhang nach Wien geströmt waren, um die Regierung des Völkerstaates nach ihrem Sinne zu beeinflussen. Über der alten Kaiserburg an der Moldau ging am 15. März 1939 die Führerstandarte hoch, ein Vorgang, dessen ungeheure, sinnbildliche Bedeutung wohl nirgends besser als in den jüngsten Gauen des Reiches verstanden wurde.

Im Zuge der Reaktion einer überalterten Welt gegen die natürliche Neubildung Mitteleuropas und der von den Polen daraufhin herausgeforderten, blutigen Entscheidung aber erwei- [302] terte sich der politisch-historische Horizont des Ostmärkers in den geschichtlich Preußen zugehörigen Teilbereich Großdeutschlands hinein als einer jetzt auch für ihn unmittelbar mitbestimmenden Schicksalsgemeinschaft. Zugleich fand er bei dem nun unvermeidlich eingetretenen blutigen Ernstfall die seinen Weltkriegsteilnehmern so vertrauten Spuren der Feldzüge zwischen Karpaten, Weichsel und Bug, Krakau und Przemysl, ja bis vor Lemberg wieder; in einem achtzehntägigen, stürmischen Siegeszug dieses September 1939 gewannen unsere Soldaten - manchmal geradezu an den Gräbern der Väter und Brüder aus dem großen Kriege vorbei - die nördlichen Hauptkampffelder Österreich-Ungarns dem Einflußbereich des neuen Deutschland. Daran nicht genug, traf die Ostmärker wie einst in der preußisch-österreichischen Kameradschaft der Freiheitskriege von 1813/15 der Ruf zum Waffengange mit Frankreich! Verblendet von den Aussichten seines Bündnisses mit England und auf den unauslöschlichen Spuren Richelieus, erhob es die Forderung nach der "Befreiung" der Polen, Tschecho-Slowaken und der - Österreicher in einer Linie. Verspätete

Revanche für die vollzogene Bildung Großdeutschlands! Auch die letzte Warnung des Führers zu Beginn des Jahres 1940 - Herr Daladier würde seine Ostmärker noch kennenlernen! - riß es nicht mehr aus den Illusionen, die ihm ein volksentfremdetes Emigranten-Häuflein als letzter Repräsentant des untergegangenen Staates wider Willen vorgaukelte. Wie nur je seit den Tagen Prinz Eugens und des Türkenlouis, hielten sich Ost- und West-, Rhein- und Donauschicksal der Nation wieder die Waage, als nunmehr auch stattliche, ostmärkische Divisionen einen langen, harten Winter hindurch die Wacht am neuen Westwall bezogen, während die Heimat, endlich dem harten Los der Arbeitslosigkeit und der politischen Verfolgung entrissen, wie jede andere deutsche Landschaft in Selbstzucht durchhielt. Als mit dem Frühjahr 1940 aber die letzten Entscheidungen "für 1000 Jahre" unwiderruflich wurden, da stellten innerhalb der einzigartig entfalteten Wehrkraft des neuen Achtzig-Millionen-Reiches die Ostmärker vor der ganzen Welt ihren Mann - wie in wunderbarer Verwandlung der Dinge, wenn wir noch einen Augenblick an ihre Kleinstaaterei vor kaum drei Jahren zurückdenken dürfen. Ihre [303] Gebirgsjäger trugen weiter, als es irgend sonst deutschen Soldaten in der Geschichte vergönnt war, des Reiches Fahne nach Norden sogar über den Polarkreis hinaus und errangen im merkwürdigsten aller Heldenkämpfe dieses Krieges vor Narvik gegen schließlich sechsfache Überlegenheit dank ihrer Kameradschaft mit den Marinern von der Waterkante einen vollkommenen Sieg. Wenn die Churchill, Chamberlain, Daladier usw. über das Wesen der großdeutschen Einigung schlecht unterrichtet waren, dann wird ihnen, wie der Führer abschließend feststellen konnte, gerade der Einsatz ostmärkischer Gebirgsjäger in dieser nördlichsten Front unseres Freiheitskampfes die nötige Aufklärung beigebracht haben. Und während die Alpensöhne im Schein der Mitternachtssonne noch mit dem Briten die Klinge kreuzten, warfen andere Divisionen verwandten Stammes als Glieder der großdeutschen Wehrmacht den gallischen Hochmut nieder, der ihnen einmal in der haßerfüllten Fratze des greisen Clemenceau von St. Germain und dann wieder in der unerwünschten Gönnermiene der Protektoren legitimistischer Umtriebe ihre gottgewollte, deutsche Bestimmung verweigern wollte. Als die ganze Welt durchhallende Antwort darauf marschierten am 14. Juni ostmärkische Regimenter unter den ersten Deutschen in Paris ein, um auf den Wahrzeichen der Seine-Kapitale die Hoheitszeichen des nun allen gemeinsamen Reiches zu hissen!

Aber auch zu großen volkspolitischen und staatsmännischen Aufgaben sieht sich der Ostmärker berufen, Aufgaben, zu denen ihm der Staat wider Willen ungeachtet alles nichtsnutzigen Geredes von Österreichs wahrer Sendung in der Systemzeit nur den Weg versperrt hätte. Zwei Monate nach dem 13. März 1938 war der Führer als Gast des König-Kaisers und des Duce in der Ewigen Stadt und es wurde schon damals sichtbar, daß erst der Anschluß im Gegensatz zu allen mißgünstigen Vorhersagen die Gelegenheit bot zu einer vollständigen Abstimmung der Politik Deutschlands und Italiens, des neu

geschaffenen Großdeutschen Reiches und des nun klar zur Mittelmeerherrschaft aufgerichteten Römischen Imperiums, aufeinander. Und die gesammelten Kräfte der nahtlosen Nord-Süd-Achse Berlin - Rom ermöglichen erst wieder den Neuaufbau Europas nach den Maßen des seiner selbst bewußt gewordenen 20. Jahrhun- [304] derts und in einer sinnvollen Ordnung der rassisch und räumlich und wirtschaftlich zusammengehörigen Lebenskreise unseres Erdteils. Was da die Ostmark im Verhältnis des Reiches einerseits zu den Südoststaaten und -völkern, andererseits zur böhmischen Zitadelle des mittleren Europa bedeutet, bedarf keiner weiteren Begründung. Der deutsche Österreicher nach vielhundertjähriger Erfahrung Pionier im Völkerleben, ja hierin wohl mehr als ein anderer Stamm auch Erbe des Ersten Reiches der Deutschen, gehört nun einem Weltvolke an, das ganz steil in die neue Mittaghöhe seiner tausendjährigen Geschichte eingetreten ist - mit dem Worte, alle Generationen unserer Geschichte grüßen den Führer und der Führer grüßt das neue, ewige Deutschland, ist denn auch Adolf Hitler am 15. März 1938 auf dem Boden der Hauptstadt seiner Heimat empfangen worden! Über den engeren nachbarlichen Kreis strebt nun auch längst nicht nur die in der großdeutschen Wehrmacht gesammelte Wehrkraft des Südostdeutschtums hinaus. "Illegale" Kämpfer von einst wirken heute am Einsatz Deutschlands im polnischen Generalgouvernement mit, Wiens Bürgermeister wurde vom Führer eine für das Reich höchst wichtige Sondermission in einer Balkanhauptstadt anvertraut, und in den Niederlanden ist der einstige Reichsstatthalter in Österreich selbst der erste Repräsentant der Reichshoheit geworden.

Gewaltigeres aber wird keine Jugend mehr erleben als die, die noch selbst das Joch des Staates wider Willen kämpfend abgeschüttelt hat. Ihr Marsch durch die Nacht hat wirklich, wie es einer ihrer Dichter (Wilh. Granner) vorausahnend verkündete, in der Morgenwende ein neues Volk geboren! Sie vollendete die Revolution, welche die Stärksten vor ihr dies- und jenseits der heimatlichen Grenzen vor zwanzig Jahren begannen.

Zum Außerordentlichen hat der Führer die Kraft und den Blick des Deutschen dieser Zeit aus tiefstem Fall heraus erhoben und außerordentlich - weit über die bloß staatliche Bedeutung des "Anschlusses" hinaus - ist auch der Beitrag zugemessen, den die befreite und befriedete Ostmark an der beginnenden europäischen Neuordnung durch und mit dem "Reiche" leistet.